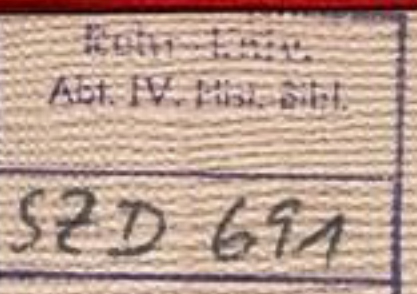
# Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Jahrgang 2
21. Juli 1977

Nr. 6/77




Die Slowenen in Kärnten
(Teil II)
Der antifaschistische nationale Befreiungskampf

Die objektiven und subjektiven Faktoren in der Revolution

Aufbau und Aufgaben der Post – Lage und Kampf der Postbediensteten in Österreich

Interview mit Mohammed Salem, Mitglied des politischen Komitees der F. Polisario für Beziehungen mit dem Ausland (2. April 1977)




Kommunistischer
Bund
Österreichs

# Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Inhalt



Eigentümer und Herausgeber: Kommunistischer Bund Österreichs, 1070 Wien, Halbgasse 12. Für den Inhalt verantwortlich: Georg Fischer, 1070 Wien, Halbgasse 12. Druck: Alois Wieser Ges.m.b.H., 1040 Wien, Rienößlgasse 12. Erscheint im Verlag Alois Wieser Ges. m.b.H., 1040 Wien, Rienößlgasse 12.
Erscheinungsort Wien

Verlagspostamt: 1070 Wien

# Die Slowenen in Kärnten II. Teil

## Der antifaschistische nationale Befreiungskampf

## Die Eingliederung Kärntens ins Dritte Reich

Bereits im ersten Abschnitt des Artikels haben wir gezeigt, wie bereits in der Zeit der austrofaschistischen Herrschaft verschiedene Elemente einer Revolutionierung der Verhältnisse in Kärnten heranreiften. Es gab erste Erschütterungen der Hegemonie der Sozialdemokratie über das Kärntner Proletariat, der Einfluß der klerikalen, bürgerlichen slowenischen Agrarpartei, die mit den Austrofaschisten verbunden war, auf die slowenische Bauernmasse ging zurück; das wirtschaftliche Elend aller werktätigen Schichten Kärntens verschärfte sich – Hunger, Not und Arbeitslosigkeit waren alltäglich geworden. Dies alles führte bereits in dieser Zeit zu einer merkbaren Stärkung der KPÖ. Die unterdrückten, ihres Selbstbestimmungsrechtes beraubten Slowenen begannen in der KPÖ diejenige Kraft zu erkennen, die die Befreiung aller Völker auf ihre Fahnen geschrieben hatte und das Ziel der Wiedervereinigung der slowenischen Nation in einem Arbeiter- und Bauernstaat propagierte.

Zugleich breitete sich der Nationalsozialismus rasch aus. Vor allem die Kärntner Bourgeoisie, die Mittelsmänner des deutschen Finanzkapitals in den Kärntner Großbetrieben und in deren Gefolge große Teile des deutschsprachigen Kleinbürgertums setzten auf die NSDAP. Der „Kärntner Heimatbund" wurde nach dem mißglückten Staatsstreich der Nazis 1934, bei dem Dollfuß ermordet wurde, zu einem Auffangbecken der illegalen NSDAP.

Dementsprechend einfach gingen Anschluß und Eingliederung der Kärntner Verwaltung in den nazistischen Staatsapparat vor sich. Die Kärntner Kapitalisten und Großgrundbesitzer sahen in Hitlerdeutschland und dem Nationalsozialismus nicht nur eine treibende antislawische Kraft, die den Chauvinismus entfalten würde, sondern auch den Kriegstreiber Nr. 1. Sie hofften, an dessen Seite ihre expansionistischen und aggressiven Pläne zur Rückereroberung der 1918 verlorenen Einflußgebiete und Betriebe verwirklichen zu können. Zu recht erwarteten sich diese von den Hitlerfaschisten eine Belebung ihrer Betriebe durch die faschistische Kriegswirtschaft, die Niederhaltung der Arbeiter und eine harte Gangart gegenüber der slowenischen Minderheit.

Mit dem faschistischen Staatsapparat und dem Nationalsozialismus im Rücken, konnten die Kärntner Faschisten – großteils Führer des Abwehrkampfes, leitende Mitglieder des KHD – daran gehen, jene Absichten in die Tat umzusetzen, die sie schon 1920 auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Kärnten sollte deutsch werden, das Slowenische in jeder Form auch immer sollte hier nichts zu suchen haben.

Die letzten Reste des zweisprachigen Schulwesens, die utraquistische Schule, wurde vollständig abgeschafft, dies hieß die Einstellung von 67 Schulen mit insgesamt 10.235 Schülern. Damit einher ging die Versetzung sämtlicher slowenischer Lehrer in reine deutschsprachige Gebiete sowie die Einsetzung von Lehrern ohne jegliche Slowenischkenntnisse. Die Zielsetzungen der Nazifaschisten hat die rechte Hand Hitlers, Martin Bormann, folgendermaßen formuliert: *„Die Slawen sollen für uns arbeiten. Soweit wir sie nicht brauchen, mögen sie sterben. Impfzwang und deutsche Gesundheitsfürsorge sind daher überflüssig. Die slawische Fruchtbarkeit ist unerwünscht. Sie mögen Präservative benützen oder abtreiben, je mehr desto besser. Die Bildung ist gefährlich, es genügt, wenn sie bis hundert zählen können. Höchstens die Bildung, die uns brauchbare Handlanger schafft, ist zulässig. Die Religion lassen wir ihnen als Ablenkungsmittel.*



*An Verpflegung bekommen sie nur das Notwendige. Wir sind die Herrn, wir kommen zuerst."* (2)

Bekannte politische Führer der Slowenen wurden verhaftet und zum Teil ermordet. Die weltliche und geistliche Intelligenz wurde des Landes verwiesen. Sämtliche slowenische Aufschriften sowie kulturelle Veranstaltungen wurden verboten. Um der Zielsetzung, der „Endlösung" des Minderheitenproblems gerecht zu werden, wurde alles daran gesetzt, die ethnische Struktur des Landes zu verändern. Dabei begann man bereits bei den Kindergärten. Die Presse schrieb öffentlich, daß sich die Kinder „des Grenzlandes mit den Kindergärten früher und ausgiebiger als durch die Schulen an die deutsche Sprache und Eigenheit gewöhnen." Insgesamt wurden zu diesem Zweck bis 1939 95 sogenannte „Erntekindergärten" sowie 40 normale Kindergärten mit insgesamt 5.200 Kindern eingerichtet. (3)

Nach dem Anschluß wurden auch wieder die Pläne der deutschen Kolonisation Südkärntens wachgerufen. Es ging hier vor allem um die Umsiedlung von Südtirolern und Kanaltalern ins deutsche Reich. Vor allem A. Maier Kaibitsch, langjähriger Sekretär des KHD und dann Mitglied der faschistischen Landesregierung, forcierte solche Pläne. Schon im Jahre 1939 überlegte er, wie „jegliche Gelegenheit im Grenzgebiet mit der Ansiedlung deutscher Grenzbauern zu nutzen wäre." Mit dem Angriff auf Jugoslawien wurden diese Pläne dann auch realisiert. (4)

## Die Anfänge des Widerstands

Mit dem Anschluß Österreichs ans Deutsche Reich begann auch die Mobilisierung. Es häuften sich die Musterungen, es häuften sich die Einberufungen in die deutsche Armee bzw. zum Arbeitsdienst. Die Kärntner Slowenen waren in ihrer Existenz bedroht. Sie waren dem Terror der Hitlerfaschisten und seiner einheimischen Kumpanen ausgesetzt, aber sie waren nicht bereit, sich in ihr „Schicksal" zu fügen, ihre Nationalität aufzugeben und sich in ein „Dienervolk" der deutschen Monopolherren zu verwandeln. Am wenigsten dachten sie daran, für den deutschen Imperialismus, der sie selbst unterjocht hatte, in den Krieg zur Unterjochung anderer Völker zu ziehen.

Viele Kärntner Slowenen widersetzten sich diesen Befehlen, versteckten sich in den Wäldern oder desertierten aus der deutschen Armee. Den Weg dieser sogenannten „grünen Kader" beschreibt Karl Prušnik-Gašper in seinen Erinnerungen am Beispiel eines solchen „grünen Kaders" aus Zell Pfarre/ Sele:

*„Als Hitler die deutsche Armee zu mobilisieren begann, brachte die Post oder die Gendarmerie auch nach Zell Pfarre/ Sele die Einberufungsbefehle. Aber diesen folgten nur wenige.*

*Am 6. 12. 1939 kehrte mein Bruder aus Klagenfurt heim, wo er von der Mobilisierung erfuhr. Alle drei, Feliks, Ludvik und ich, beschlossen wir, nach Jugoslawien zu fliehen. Das haben wir auch getan. Wir dachten, daß man uns als Brüder empfangen wird. Aber sie haben uns für drei Wochen eingesperrt. ....*

*Es war gerade Palmsonntag des Jahres 1941 als über Ljubljana die ersten Hitlerflieger kreisten.*

*..... Wir berieten uns: 'Wohin jetzt, wie weiter?'*

*'Nach Hause! In die heimischen Wälder!' beschlossen wir einhellig.*

*.....*

*Noch ehe wir nach Hause kamen, erfuhren wir, daß die Gendarmerie das Haus durchsucht hatte.*

*.....*

*Mit den Gendarmen sind wir des öfteren zusammengestoßen. Auch die gräflichen Jäger waren uns des öfteren an den Fersen, mit den Partisanen aber hatten wir noch keinen Kontakt. Wir mußten uns also auf die erste Überwinterung vorbereiten. Wir fingen Rehe und Gemsen, salzten das Fleisch und trockneten es im Rauch, so daß wir für den ganzen Winter Vorrat hatten. ..... In der Koschuta errichteten wir einen Felsbunker, worin wir ein Jahr verbrachten.*

*Im Herbst 1942 besuchte uns erstmals Genosse Matija Verdnik-Tomaž, der Sekretär der Befreiungsorganisation."* (5)

Die meisten, die sich der Einberufung entzogen, waren Waldarbeiter, Bauern und Studenten. Sie schlossen sich nach dem Angriff auf Jugoslawien entweder der dort entstandenen Volksbefreiungsorganisation an oder began-

nen, eine solche in Kärnten selber aufzubauen. Ganze Gruppen von jungen Burschen aus den Dörfern Sele/Zell Pfarre, Slovenji Plajberk/ W. Bleiberg, Kočuha/Gotschuchen und Libuče/Loibach und aus dem Gebiet von Pliberk/Bleiburg. In der Folge dehnte sich das Einzugsgebiet der ersten Partisanengruppen nach Norden und Westen ins Jauntal und in die Umgebung Ferlachs aus. Spontan kam es im Herbst 1942 in der Umgebung von Korte/Trögern bei Eisenkappel zu einem Angriff der Bauern auf eine motorisierte deutsche Militärkolonne, bei dem mehrere deutsche Soldaten getötet wurden und drei LKW vernichtet wurden.

## Die Ziele des slowenischen Partisanenkampfs

Bekanntlich wurde die slowenische Nation im Gefolge des 1. Weltkrieges auf die verschiedenen Nachfolgestaaten der Monarchie aufgeteilt, ohne daß sie in einer frei von nationaler Unterdrückung gewesen wäre.

Bereits in der Erklärung der österreichischen, jugoslawischen und italienischen kommunistischen Partei (siehe Kommunist 3/77, Seite 30f) wurde das Selbstbestimmungsrecht der slowenischen Nation anerkannt und die Losung eines vereinten, slowenischen Staates ausgegeben. Das vereinte Slowenien sollte im Zuge der Revolution in Mitteleuropa durch den Sturz der reaktionären Klassen in allen drei Ländern entstehen. Mit der Herausbildung des Hitlerfaschismus als dem Feind aller Völker Europas, mit der Okkupation Österreichs und dem Angriff auf das jugoslawische Königreich, bildeten sich immer mehr gemeinsame Aufgaben der Völker dieser Staaten heraus: den Hitlerfaschismus zu besiegen und zu vertreiben, die einheimischen Reaktionäre niederzuwerfen und an die Stelle der Herrschaft der Bourgeoisie und des Kapitalismus die Arbeiter und Bauernmacht zu setzen und den Weg des Sozialismus einzuschlagen.

Wäre es eine reaktionäre Idee gewesen, die Kärntner Slowenen und die Küstenslowenen für den Anschluß an das großserbische Königreich Jugoslawien zu mobilisieren, so war es eine revolutionäre Aufgabe, die Slowenen aller Staaten in den Krieg gegen den Hitlerfaschismus zu rufen, um im nationalen Befreiungskrieg die Einheit der slowenischen Nation wiederherzustellen.

Dieses Ziel stand weder im Widerspruch zu den Interessen des österreichischen Proletariats noch zu denen des italienischen. Ganz im Gegenteil waren sie an einer starken, konsequenten und revolutionären antifaschistischen slowenischen Befreiungsbewegung interessiert.

Die nationale Frage der Slowenen selbst umfaßte aber auch die Beziehungen zu den anderen südslawischen Völkern. Selbstverständlich konnte zu keinem Zeitpunkt – weder unmittelbar vor noch während des zweiten Weltkrieges – der slowenische Befreiungskampf mit dem Ziel eines von Jugoslawien unabhängigen slowenischen Kleinstaates geführt werden. Eine solche Losung hätte nur den Zerstückelungsplänen des Hitler- und Mussolinifaschismus in die Hände gearbeitet. Deshalb orientierten sich die jugoslawischen Befreiungsbewegungen von Anfang an auf den gemeinsamen Kampf der Völker Jugoslawiens gegen die ausländische Okkupation und gegen die einheimische Reaktion. Das Ziel des slowenischen Befreiungskampfes mußte damit ein Vereintes Slowenien in einem antiimperialistischen, demokratischen freien Bund der jugoslawischen Völker sein. Dieses Ziel bedeutete die Befreiung der Masse der jugoslawischen Arbeiter und Bauern von der politischen Unterdrückung, der nationalen Entrechtung und der Ausbeutung und Ausplünderung durch Imperialismus, Großgrundbesitzer und Großkapitalisten.

Von diesen Zielen ließ sich die KP Sloweniens leiten, als sie die „antiimperialistische, slowenische Befreiungsfront OF (Osvobodilna fronta)" ins Leben rief.

Das erste Programm der slowenischen Volksbefreiungsfront (OF) (6), das am 15. Juni 1941, d.h. noch vor dem Angriff Hitlers auf die Sowjetunion, erstellt wurde, lautete:

1. Das Recht des slowenischen Volkes auf Selbstbestimmung, einschließlich des Rechtes auf Lostrennung und Vereinigung mit anderen Völkern! Wer ausdrücklich dem slowenischen oder sonst irgendeinem Volk dieses Recht in seiner Gesamtheit nicht zuerkennt, lügt, wenn er sagt, er wäre ein Kämpfer gegen den Imperialismus; er bleibt auf diesen oder anderen Positionen des Imperialismus, mag er auch noch so viel „Befreiungsphrasen" schäumen.

2. Befreiung und Vereinigung der versklavten Völker Jugoslawiens und des Balkan, einschließlich der Kärntner und Küstenslowenen.

3. Einheit der versklavten Völker Jugoslawiens und des ganzen Balkans in ihrem Kampf für die Befreiung.

4. Die Sowjetunion ist die führende Kraft und die Hauptstütze im Befreiungskampf des slowenischen Volkes und aller unterdrückten Völker; sie ist uns Vorbild des gleichberechtigten Zusammenlebens der Völker, ihrer Einheit und der Bedingungen für ihre uneingeschränkte nationale Entwicklung, ohne nationale Unterdrükkung und ohne chinesische Mauer zwischen den Völkern!

5. Die Befreiung des slowenischen Volkes ist nur auf den Trümmern des Imperialismus möglich! Wer für die Befreiung des slowenischen Volkes ist, muß sowohl gegen den deutsch-italienischen Imperialismus als konkrete Form des Imperialismus auf unserem Boden, als auch gegen die Propaganda des anglo-amerikanischen Imperialismus, die beide versuchen, den Kapitalismus und Imperialismus zu erhalten, kämpfen ....

6. Ohne Kampf gegen die eigenen verräterischen kapitalistischen Herrn kann sich das unterdrückte Volk nicht befreien.

7. Brüderlichkeit und Frieden zwischen den Völkern! – So muß das siegreiche Resultat des antiimperialistischen Kampfes sein, der den Imperialismus in seinen Grundfesten zerschlagen wird. (7)

Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion hat nach den damaligen Analysen des ZK der KPS die Lage wesentlich verändert. Der Angriff auf den ersten und einzigen Staat des Sozialismus erforderte die internationalistische Hilfe aller kommunistischen Parteien – was auch eine Depesche der Komintern des gleichen Tages forderte – er veränderte das Wesen des bis dahin imperialistischen Kriegs in einen Befreiungs- und Vaterlandskrieg; die Rote Armee aber band das bis dahin unbesiegbare deutsche Kriegspotential an sich. Wir finden im Aufruf des ZK der KPS vom 22. Juni 1941 wesentlich neue Elemente, die auch dazu führten, daß das Programm der OF verändert wurde. Die wesentlichen davon sind: Der nationale Befreiungskampf des slowenischen Volkes tritt als gleichberechtigter Kampfgenosse an die Seite der Sowjetunion gegen den gleichen faschistischen Angreifer, der das slowenische Territorium versklavte und zerstückelte. Das slowenische Volk wird in diesem Kampf nicht aufhören, bis die Faschisten nicht geschlagen und die Slowenen vereint sowie alle Völker Jugoslawiens befreit sind.

Das ZK der KPS rief die Slowenen auf, sich geschlossen in der OF zusammenzuschließen, den Kampf gegen den Okkupanten zu führen und in den einheitlichen Block der unterdrückten Völker unter Führung der SU als gleichberechtigter und vollwertiger Genosse zu treten. (8)

Auf Grund dieser Veränderungen wurde auch die Plattform der OF modifiziert:

1. Gegen den Okkupanten muß eine unerbittliche Aktion geführt werden.

2. Diese Aktion ist der Ausgangspunkt für die Vereinigung aller Slowenen.

3. Vom Standpunkt der natürlichen und schicksalhaften Gemeinschaft der jugoslawischen Völker aus, erkennt die OF die Zerstückelung Jugoslawiens nicht an und arbeitet mit allen Kräften für die Einheit der Völker Jugoslawiens. Zugleich strebt sie die Verbindung der slawischen Völker unter Führung des großen russischen Volkes, auf der Grundlage des Rechtes jedes Volkes auf Selbstbestimmung an.

4. Mit der Befreiungsaktion und der Aktivierung der slowenischen Massen formt die OF den slowenischen nationalen Charakter. Die slowenischen Volksmassen, die für ihre nationalen und menschlichen Rechte kämpfen, schaffen einen neuen Typ des aktiven Slowenentums.

5. Alle Gruppen, die in der OF zusammenarbeiten, verpflichten sich, in den gegenseitigen Beziehungen loyal zu sein.

6. Nach der nationalen Befreiung übernimmt die OF die Macht auf dem gesamten slowenischen Territorium.

7. Nach der nationalen Befreiung führt die OF die konsequente Volksdemokratie ein. Alle Fragen, die den Rahmen der nationalen Befreiung übersteigen, werden auf konsequent volksdemokratische Art gelöst.

8. Im Einklang mit den feierlichen Erklärungen Churchills, Roosevelts und Stalins wird nach der nationalen Befreiung über die inneren Verhältnisse des Vereinten Sloweniens und

über seine äußeren Beziehungen das slowenische Volk selbst entscheiden. Die OF wird dieses elementare Recht des slowenischen Volkes verwirklichen und mit allen Mitteln verteidigen.

9. Die Volksarmee auf dem slowenischen Territorium wächst aus den slowenischen Volksbefreiungspartisanengruppen sowie des Volksschutzes, in den alle bewußten Slowenen gerufen sind. (9)

## Nach dem Angriff auf Jugoslawien

Beim deutschen Angriff auf Jugoslawien im Frühjahr 1941 wirkten auch Kärntner Einheiten mit. Die Führer der Einheiten waren die uns schon bekannten Maier-Kaibitsch, Semmering u.a. Der Kader für die Verwaltung der nunmehr dazugewonnenen Territorien wurde zu einem großen Teil aus Kärnten rekrutiert. Die Frühjahrsmonate des Jahres 1941 waren für Kärnten die Monate der „Expansion". Beträchtliche Teile Sloweniens wurden dem „Gau Kärnten" zugeordnet. Für die Rechtfertigung dieser Expansion wurde wieder die 'Wissenschaft' bemüht. War die 'Wissenschaft' anläßlich es Plebiszits im Jahre 1920 dazu angehalten, „die Unteilbarkeit Kärntens durch die natürliche Grenze der Karawanken" zu beweisen, so mußte sie diesmal 'wissenschaftlich' das Gegenteil beweisen. Für diese Aufgabe wurden jene Männer herangezogen, die anläßlich der Volksabstimmung einschlägige Erfahrungen gesammelt hatten. Wutte, Paschinger u.a. sprachen jetzt davon, daß „heute die Karawanken nicht mehr die Grenze bilden ... sondern eine brauchbare Brücke zwischen zwei Gebieten geworden sind." Haben diese Herren 1920 davon gesprochen, daß eine Abtrennung Südkärntens an Jugoslawien „aus wirtschaftlichen Gründen undenkbar wäre", so war dies plötzlich 20 Jahre später sehr wohl möglich, denn „der Anschluß slowenischer Gebiete stellt auch für die Wirtschaft Kärntens eine wertvolle Vervollständigung dar, da dadurch die wirtschaftliche Kraft des Landes merklich steigen wird." Mit der Erweiterung wird das Land Kärnten „in einem viel größeren Maße als bisher die Aufgabe als Verteidiger des Staates im Süden erfüllen." (10)

Neben wichtigen Arbeitskraftreserven brachten die besetzten Gebiete vor allem eine hochentwickelte Industrie, die der des „Alt-Gaues" zum Teil überlegen war, mit. Vor allem die Basisindustrie stellte für die Kärntner Kapitalisten sowie die gesamte Kriegsindustrie „eine gelungene Ergänzung" dar. (14)

Es ist an dieser Stelle nötig, sich die Kärntner Industrie etwas näher anzusehen.

Bereits 1940 waren die großen Kärntner Betriebe der Schwer- und Chemieindustrie durch die Kriegswirtschaft wieder voll ausgelastet. Teilweise wurden die Betriebe von deutschen Konzernen übernommen (KESTAG, Hüttenberger Werk und Radenthein), teilweise aber sanierten sich die Kärntner Kapitalisten und Gesellschaften durch die Kriegswirtschaft. Sie konnten Kriegsgefangene und „Fremdarbeiter" beschäftigen und so ungeheure Profite erarbeiten lassen.

Jeder der großen Betriebe war direkt Kriegsproduzent. Vor allem aber konnten einige der Großbetriebe alte Anlagen aus der Zeit der Monarchie in Slowenien, vor allem in Krain und im Mießtal, wieder zurückerhalten. Zum Teil konnten sie ihre Konzerne mehr als verdoppeln. Die Bleiberger Bergwerksunion (BBU), die Akkumulatorenfabrik Jungfer, die Treibacher Chemie und die Holzwerke Funder und Leitgeb beschäftigten Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter. Die BBU eignete sich das große Werk in Mieß/Mežica an. Der ehemalige Generaldirektor dieses Werkes beschreibt diesen Vorgang: „Die Bleiberger wurde beauftragt, die Bergbaue kommissarisch zu übernehmen. Und da sind wir eben rausgefahren und haben gesagt: ‚Ihr habt einmal zu uns gehört, das Schicksal hat uns hierher geschickt; wir geben Euch den guten Rat, schaut auf euren Platz, denkt an eure Familien ....' Und der Direktor Tschernig, der schon früher dort tätig war, hat dann die Leitung übernommen ...." (12)

Die BBU sicherte sich auch die Zinkhütte in Celje. Damit wurde sie zu einem der größten Buntmetallproduzenten in Europa.

Die KESTAG in Ferlach war direkt in die Produktion des Tigerpanzers einbezogen.



Die Ferlacher Büchsenmacher und die Jagdgewehrfabrik Franz Sodia produzierten Gewehre für die Wehrmacht und waren an der Produktion des Panther-Panzers beteiligt.

Die Akkufabrik Dr. Jungfer ließ sich auf dem Gelände einer Jesenicer Fabrik in Feistritz nieder.

Die Treibacher Werke waren der größte Zündmetallproduzent der Welt und in die Vorbereitung für die Atombombe einbezogen.

Die Holzwerke Funder und Leitgeb streckten gleich nach dem Angriff auf Jugoslawien ihre Hände nach den Waldbeständen südlich der Karawanken aus.

Diese Tatsachen über die Kärntner Industrie muß man sich vor Augen halten, wenn man die Bedeutung der Besetzung und Einverleibung Krains und Nordsloweniens durch die Hitlertruppen nicht nur für die deutschen Faschisten, sondern auch für die Kärntner Kapitalisten und die Großindustrie in Kärnten verstehen will. Diese Tatsachen muß man sich weiters vor Augen halten, wenn man die Bedeutung des Sabotageprogramms der Kärntner Partisanen in ihrem Kampf verstehen will.

Wenn es etwa den slowenischen Partisanen gelungen war, die Arbeit der BBU-Betriebe ernstlich zu behindern, die Stromversorgung vieler Rüstungsbetriebe zu unterbrechen, so fügten sie damit dem deutschen Imperialismus großen Schaden zu. Wenn es ihnen gelang, vornehmlich in Krain, die Arbeiter der BBU und der Jesenicer Stahlindustrie zum aktiven Kampf gegen die Kriegsproduktion bis hin zum Verlassen der Arbeitsplätze und zur Teilnahme am Partisanenkampf zu bewegen, dann waren dies äußerst schwere Schläge für die Hitlerfaschisten.

Entsprechend der Bedeutung des Gebietes wurde seiner politischen Absicherung große Aufmerksamkeit geschenkt: Als am 16. 12. 1941 Dr. Friedrich Rainer zum Gauleiter Kärntens bestellt wurde, erhielt er die Aufgabe, „dieses Land wieder völlig deutsch zu machen". Auf einer großen Versammlung im Mai 1943 in Völkermarkt/Velikovec versicherte Rainer persönlich Himmler: „Der Gau erfüllt den Befehl des Führers, und macht das alte Land des Reiches, Gorenjsko, wieder deutsch und festigt die südlichste Grenze ... " (13)

Maier Kaibitsch erläutert dies: „Die Ereignisse am Balkan im vergangenen Jahr (nämlich der Angriff auf Jugoslawien 1941) haben uns die Gelegenheit geboten, daß wir mit der sogenannten nationalen Minderheit nördlich der Karawanken Schluß machen. Von diesem Zeitpunkt an gibt es in Kärnten kein slowenisches Problem mehr .... Sicherheitsmaßnahmen erforderten damals, daß wir einen Teil der Führer im ehemaligen zweisprachigen Gebiet verhafteten, und die anderen aus dem Lande vertrieben ....

Wer hier noch an die Errichtung eines slowenischen Staates oder an den Sieg der Sowjetunion glaubt, für den ist in diesem Grenzgebiet kein Platz mehr. Unsere Aufgabe in Gorenjsko und unsere Verpflichtung gegenüber dem Mießtal verlangen, daß der Tisch in kürzester Zeit gesäubert wird. Nur eine Linie muß klar sein. Auf dem Gebiet nördlich der Karawanken müssen wir den Standpunkt vertreten, daß die Verwendung der deutschen Sprache auch als Ausdruck des Denkens bzw. des Bekenntnisses zu welchem Volk wer gehört, sein muß. Niemand kann heute sagen, er hätte nicht die Möglichkeit gehabt, deutsch zu lernen. Wer noch weiter slowenisch spricht, bekennt sich eben bewußt zum slowenischen Volk und damit zum Slawentum .....

Mit der Verwendung der slowenischen Umgangssprache muß endlich aufgehört werden, und zwar auch im persönlichen Bereich, auf dem Territorium nördlich der Karawanken muß man deutsch sprechen; dies muß mit allen Mitteln durchgesetzt werden. ....." (14)

Für die Verwirklichung dieses Plans erließ der deutsche Kommissar für die Festigung des Deutschtums, Heinrich Himmler, am 25.8.1941 einen besonderen Erlaß. Darin wird befohlen, schon im Jahre 1941, zwei Drittel der angesiedelten Kanaltaler in Kärnten anzusiedeln.

Angesichts des wachsenden Widerstandes der Slowenen und der übrigen Antifaschisten gegen den Nationalsozialismus wurde die Kolonisierung mit geeichten Faschisten für die Naziverwaltung eine brennende Aufgabe. Maier-Kaibitsch mußte selbst eingestehen: „Vom Zeitpunkt, als wir in den Krieg mit der Sowjetunion traten, und somit in den entscheidenden Kampf gegen den Weltkommunismus, haben wir auch in Kärnten Leute feststellen können, die uns mit allen Mitteln schaden wollen." (18)

Für Kärnten wurde festgelegt, daß für die Ansiedlung das zweisprachige Gebiet in Frage kommt und zu diesem Zweck etwa 200 „national- und staatsfeindliche" slowenische Familien ausgesiedelt werden sollen. Diese Aktion wurde durch Maier-Kaibitsch mit Hilfe der lokalen nazistischen Elemente durchgeführt.

(16)
Der Tag der Aussiedlung war der 14.4. 1942. die Ausgesiedelten (178 Familien) durften nur das Allernötigste mit sich nehmen, binnen einer halben Stunde mußten sie Hab und Gut verlassen. In Ebental/Žrelec wurden sie in einem Auffanglager gesammelt, von wo sie dann in verschiedenste Lager des Deutschen Reiches verschickt wurden.

Nach diesem 14. 4. 1942 bestand der Plan, noch weitere 50.000 Kärntner Slowenen auszusiedeln, und zwar in die Ukraine, wo bereits die Lager errichtet waren. Der Vorstoß der Sowjetunion an der östlichen Front sowie der immer stärker werdende Partisanenkampf selber verhinderten die Realisierung dieser Pläne; dies bedeutete einen ernsten Rückschlag für die Nazis. (17)

# Der Partisanenkrieg

## Militärische Aktionen, Propagandaarbeit und wirtschaftliche Sabotage

Die Führung der slowenischen Volksbefreiungsarmee hatte von Anfang an an Kärnten gedacht. Im Jahre 1942 ging die erste Gruppe von 20 Leuten nach Kärnten, darunter einige Einheimische.

Danach kam es in Robež – östlich von Ferlach/Borovlje – zu einer bewaffneten Auseinandersetzung, bei der etwa 10 Faschisten fielen. Dieser Kampf war der erste Kampf der Partisanen und hob die Moral der Kärntner Slowenen.

Im Gebiet um Eisenkappel/Železna Kapla und Zell/Sele kam es zum ersten aktiven Widerstand. Hier wurden bereits 1942 Ausschüsse der OF organisiert. Die Ausschußmitglieder hatten die Aufgabe, Waffen zu sammeln, Kontakt mit Männern, Söhnen und Brüdern herzustellen, die in der Wehrmacht waren. Diese wollten ihre Desertation vorbereiten (18).

In den Wintermonaten führten die Partisanen verschiedene Aktionen durch. Sie besetzten z.B. am 15.12. 1942 das Dorf Solčava am Südostrand der Karawanken, entwaffneten die dortige Polizeiwache und führten eine politische Versammlung durch.

Seit Juni 1942 entwickelte sich die Partisanentätigkeit im westlichen Rosental um Bistrica/-Feistriz. Von hier gelang es 1943 die Drau zu überwinden und in der Folge dehnte sich das Tätigkeitsfeld der Partisanen auf die Umgebung von Bilčovs/Ludmannsdorf und das Gebiet zwischen dem Wörthersee und der Drau und in die Richtung zum Gailtal aus. Der erste Drauübergang erfolgte so: Die Partisanen Verdnik und Ulčar benutzten in Zivil mit Hakenkreuzabzeichen und deutsche Lieder singend, die Fähre über die Drau. In St. Egyden/St. Ilj wurde daraufhin im Pfarrhaus eine OF-Versammlung als „Apostolische Männer- und Burschenkongregation" abgehalten.

Von Anfang an stützten sich die Partisanen in ihrer gesamten Arbeit auf die Arbeiter- und Bauernmassen. Die Partisanen, die ihre Stützpunkte in den Karawanken hatten, bezogen auf vielfältige Weise Informationen von der Bevölkerung. Bei Ferlach etwa, wo viele Partisanen selbst Holzarbeiter waren, erhielten sie regelmäßig Nachrichten über Truppenbewegungen u.a.m. von den Arbeitern der örtlichen Industriebetriebe, so daß sie rechtzeitig zur Stelle sein konnten, um die Faschisten anzugreifen bzw. sich zurückziehen konnten. Ein Beispiel für die Unterstützung der Partisanen durch die einfachen Leute ist etwa ein Rot-Kreuz-Fahrer, der im Sanitätswagen entflohene sowjetische Kriegsgefangene, Wehrmachtdeserteure und andere von Villach in das Arbeitsgebiet der Partisanen transportierte. Die OF hatte ein Benachrichtigungssystem aufgebaut. In der Umgebung von St. Veit/St. Vid im Jauntal/Podjuna hatten sie es so gut organisiert, daß die Vertrauensleute wichtige Informationen jeweils um ein Dorf weiterbrachten, bis zu den Partisanen. Als im Winter 1944 sieben LKW's mit Polizei als Verstärkung nach Gallizien/Gallicija kamen, erfuhren das die Freiheitskämpfer schon am selben Tag.

Und besonders die Winteroffensive 1944 konnten die Partisanen nur überstehen, weil sie breite Unterstützung unter der Bevölkerung hatten. Die Bevölkerung versteckte sie in ihren Häusern und warnte sie bei Gefahr. Sie wurden mit Nahrung, Winterausrüstung, Wäsche und Medikamenten versorgt. Es ist sogar vorgekommen, daß das Gesammelte mit Ochsenwagen zusammengeführt werden mußte. Im Winter verwischten die Bauern mit ihren Ochsen die Spuren der Partisanen oder stampften mit eigenen Füßen falsche Spuren in den Schnee.

Für ihre Propagandaarbeit errichteten die Partisanen sehr bald eine illegale Druckerei mit einer Schreibmaschine und einem Vervielfältigungsapparat. Länger als ein Jahr war sie im Keller einer Mühle versteckt. Später war sie in Erdbunkern und selbstgebauten Baracken in den Karawanken untergebracht. Verbreitet wurden die Aufrufe der OF, Flugblätter, die die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes erklärten, in denen die nationale Befreiung der Slowenen propagiert wurde. Abgedruckte Radioberichte von der Front im Osten stießen auf großes Interesse, auch im Gailtal, wo sich der bewaffnete antifaschistische nationale Befreiungskampf nicht verankern konnte. Auf Interesse stießen diese Berichte auch immer mehr bei jenen Teilen der Bevölkerung, die durch den Deutschnationalismus der letzten Jahrzehnte zur zeitweiligen Unterstützung der Faschisten verleitet wurden. Teilweise wurden diese ins Deutsche übersetzt, um auch unter der österreichischen Bevölkerung den Widerstand wecken zu können.

Ein besonders verbundenes Verhältnis herrschte in den Gebieten der slowenischen Bergbauern, wo öfters größere Gruppen von Partisanen bewirtet wurden und die Familie gerührt und begeistert mit den Partisanen Kampflieder sang und mit ihnen diskutierte.

Eine wichtige Aufgabe der Partisanenbewegung war die Lähmung der deutschen Kriegsindustrie.

Am 27.4.43 steckten die von Verdnik geführten Partisanen ein Sägewerk in Feistriz in Brand, das Holzbaracken für die Ostfront produzierte. Dabei wurden 40 sowjetische Kriegsgefangene, die im Werk arbeiten mußten, befreit, die sich den Partisanen anschlossen. Die Akkumulatorenfabrik Jungfer, die Akkus für die Flugzeuge und LKW's der deutschen Wehrmacht herstellte, und ein E-Werk wurden mit Handgranaten beschädigt.

So stellte das Rüstungskommando in Klagenfurt am 13. 7. 1943 fest: „Die im Gebiet südlich Eisenkappel eingesetzten Holzarbeiter der Firma Leitgeb wurden durch die Partisanen unter Androhung des Erschießens aufgefordert, die Arbeitsstätten zu verlassen. Die Holzknechte verweigerten seither die Arbeiten in diesem Gebiet. Bereits geschlägerte 8000 Meter Holz können nicht abgeseilt werden, die Schlägerung weiterer 120.000 Meter mußte unterbrochen werden." (19)

Wie schnell sich der antifaschistische Kampf in Kärnten entwickelte, beweist die Angst, die aus der Rede des Gauleiters Rainers spricht, die er in Klagenfurt/Celovec zum fünften Jahrestag des Anschlusses Österreichs an Deutschland hielt: „Der Feind spekuliert darauf, daß er angesichts schwerer Kämpfe an den deutschen Fronten die Widerstandskraft nach innen aufweichen und einen Keil zwischen Volk und Führung schlagen werde ..." (20)

Um die Widerstandsbewegung zu unterdrücken, und einzuschüchtern, organisierten die Faschisten am Jahrestag der Aussiedlung in Klagenfurt/Celovec einen Prozeß, um den Slowenen zu zeigen, was sie erwarte, wenn sie weiterhin gegen das deutsche Reich seien. Es wurden 36 Slowenen der Unterstützung von Partisanen angeklagt, sie gaben ihnen Verpflegung, Unterkunft, warnten sie oder zeigten sie nicht an, wenn sie wußten, wo sie sich gerade versteckten. Alle Slowenen waren aus der Umgebung Eisenkappel/Železna und Zell Pfarre/Sele. 13 wurden zum Tode verurteilt und in Wien geköpft. Die übrigen wurden zu insgesamt 103 Jahren Kerker verurteilt. (21)

## Zusammenarbeit mit den österreichischen Antifaschisten

Bereits im Jahr 1943 kommt es zu regelmäßigen Treffen von Vertretern der OF und der KPÖ. Der antifaschistische Widerstand erreichte im Arbeitsbereich der KPÖ nicht den Charakter eines militärischen Kampfes, aber Untergrundarbeit fand statt. Insbesondere in Klagenfurt gründeten KPÖ und OF gemeinsam eine Untergrundgruppe, die antifaschistische Propaganda und Zersetzungsarbeit betrieb. Diese Gruppe wurde von den Faschisten zerschlagen, aber die Versuche, sie wieder zu konstituieren, konnten nicht vereitelt werden.

Im April und Mai gingen 3 österreichische Antifaschisten, Deserteure der Wehrmacht, die sich unter den slowenischen Partisanen befanden, über die Drau nach Donawitz, um Sabotageaktionen durchzuführen. Matija Verdnik-Tomaž hatte mit ihnen und mit Antifaschisten in Graz und Klagenfurt/Celovec weiteren Kontakt. Über diesen Kanal erfuhren die OF über

die Bewegungen der deutschen Armee und erhielt finanzielle Hilfe und Sanitätsmaterial.

Der Kärntner Vorsitzende der KPÖ, Genosse Katzianka, führte immer wieder Aussprachen mit Partisanen in der Nähe seiner Heimatgemeinde Ferlach/Borovlje durch. Deutschsprachige Bauern waren aber auch in gewissen Teilen Kärntens bereit, die Partisanen zu unterstützen. Dies ist jedenfalls von der Saualpe, auf die die Partisanen 1944 vordrangen und von der Umgebung von Arnoldstein bekannt.

Diese Überschneidung der Arbeit – einerseits Kampf der deutschsprachigen Antifaschisten andererseits nationaler antifaschistischer Befreiungskampf – warf für die Partisanen und die Kommunisten verschiedene Probleme auf. Zu diesen äußerte sich das ZK der KPS und übte an bestimmten aufgetretenen Fehlern Kritik:

1. Die Arbeit ist wegen des national gemischten Territoriums sehr kompliziert und gerade deswegen soll man sich nicht nach engen nationalen Gesichtspunkten orientieren, sondern man muß den deutschen Faschismus und seine Helfer vor Augen haben. Deswegen sei es durchaus unangebracht, die Diskussion über die Zugehörigkeit einzelner Orte zu Slowenien oder Österreich unter die Massen zu tragen. Alle diese Fragen wie auch die der Einheit der slowenischen Nation werden am leichtesten gelöst, wenn im Kampf die Einheit des österreichischen und slowenischen Volkes in diesem Gebiet geschaffen wird. Auf keinen Fall darf der Nationalismus die Beziehungen zwischen den fortschrittlichen und antifaschistischen Kräften in Kärnten vergiften!

Angeregt wurde die Bildung eines Kontaktkomitees, das gemäß den Beschlüssen von KPÖ und KPS die antifaschistische Bewegung organisieren sollte. In jedem Fall sollte die Partisanenarmee österreichische Kämpfer organisieren und ausbilden und österreichische Einheiten bilden, die im deutschsprachigen Gebiet operieren sollten. Bei der gesamten Arbeit sei zu berücksichtigen, daß die Kärntner Arbeiterschaft mehrheitlich deutschsprachig und deutsch gesinnt sei. Sie könne auch nur gewonnen werden, wenn der antifaschistische Charakter des Kampfes in den Vordergrund gestellt werde. So müsse man alles dazu beitragen, daß auch in Österreich die volksdemokratische Bewegung Fuß fasse, denn Österreich könne nach dem Krieg zwei Wege gehen, wovon nur der eine eine Lösung der Probleme bringe: Entweder wird Österreich ein Stützpunkt der internationalen imperialistischen Reaktion oder es geht den volksdemokratischen Weg. (22)

Im September 1944 weilte dann der Sekretär des ZK der KPÖ, Franz Honner, in Slowenien, wo er mit der Führung der KPS die Schaffung eines österreichischen Freiheitsbataillones diskutierte. Ende 1944 wurde dann das erste der vier Freiheitsbataillone gegründet.

## 1944 – Höhepunkt der Partisanenbewegung

So entwickelte sich die Zusammenarbeit zwischen Partisanen und österreichischen Antifaschisten. Die slowenische Partisanenbewegung in Kärnten erreichte 1944 ihren Höhepunkt. Es wurde eine einheitliche militärische Führung geschaffen. Ein großer Teil der slowenischen Bevölkerung verfolgte bereits die Partisanentätigkeit und ihre Reihen wuchsen durch den laufenden Zustrom aus den Südkärntner Haupttälern. Diese Ausweitung der Tätigkeit der OF war möglich, weil die Kärntner Slowenen in der OF einen verläßlichen Garanten ihrer nationalen und sozialen Befreiung zu sehen begannen. Zu dieser Zeit intensivierte die OF auch die Propaganda des Dekretes über die Enteignung des deutschen Großgrundbesitzes, der den slowenischen Klein- und Mittelbauern vor noch nicht hundert Jahren den Boden geraubt hatte und jetzt auf den Bauern lastete.

Im Jahr 1944 wurden SS-Stützpunkte in Südkärnten angegriffen. In der Nähe von Črna kam es in der Zeit vom 19. – 24.8. zu einer größeren Schlacht, in die 2.500 deutsche Soldaten verwikkelt wurden. Die Partisanen, die das bergige Gelände kannten, schlugen den Angriff der Faschisten zurück und töteten unter Ausnutzung der Ortskenntnis und der Unterstützung durch die Bevölkerung 400 Faschisten.

Mehr als 1000 Arbeiter der Jesenicer Stahlfabrik verließen im ersten Viertel des Jahres 1944 die Fabrik und schlossen sich den Partisanen an. Auch im Mießtal verließen Arbeiter die Fabrik und gingen zu den Partisanen. In Südkärnten wurden Komitees der Arbeitereinheit gegründet, an denen auch deutschsprachige Arbeiter teilzunehmen begannen.

## Die Gegenoffensive der Partisanen

Ende 1944 rückte die deutsche Front immer näher heran. Dies zwang die Nazis, die „Banditenbewegung" noch ernster zu nehmen als bis-



her. Immerhin arbeiteten jetzt schon mitten in Kärnten die Partisanen. Die Karawanken und die anderen Gebirge im Süden aber wurden von Partisanen genau kontrolliert. Falls die Front wirklich nach Kärnten rückte, mußte die Partisanenbewegung ernstlich eingedämmt werden. Daher organisierten die Faschisten im Winter 1944/45 eine Offensive gegen die Befreiungsbewegung und ihre Unterstützung durch die Zivilbevölkerung. Dies war eine der härtesten Prüfungen der Partisanen, die unzählige Verluste hinnehmen mußten. Aber auch diese Offensive konnte die Kampfmoral nicht brechen. Karl Prušnik-Gašper erinnert sich: *„Die Unsrigen sind gefallen .... Überall lagen ihre Knochen und die ganze Saualm war mit Blut bespritzt.*

*Es lagen zwei Meter Schnee. Wir besaßen nichts, wir hatten keine Nahrung, es fehlte uns die Munition. Die SS-ler waren auf Skiern. Jeden weiteren Tag der Offensive waren wir in einer aussichtslosen Lage. Wir waren hungrig, zerfetzt, schmutzig... Es lag zwei Meter Schnee und die Temperatur betrug 30 Grad unter Null. .... Aber unsere Augen leuchteten. In ihnen war ein Feuer, das sich nicht durch Offensiven, durch Hunger und Kälte löschen ließ. In uns war ein Feuer, das man nur mit der Freiheit löschen konnte."* (23)

War die Niederlage Hitlers bei Stalingrad die erste große Veränderung und die Kapitulation Italiens die zweite, die auf die Geschehnisse in Kärnten positiv einwirkte, so beflügelte das Vordringen der sowjetischen Armee nach Mitteleuropa auch die Partisanen, die im Frühjahr 1945 erneut eine Offensive starteten. Das Eintreffen der Roten Armee in Jugoslawien war das Zeichen des nahenden Endes des Krieges. Zur Feier der Ankunft der Roten Armee brannten in Kärnten in der Nacht vom 4.4. auf den 5. 4. 45 zahlreiche Freudenfeuer, die weithin im ganzen Land sichtbar waren. Über die Offensive der Partisanen noch einmal Prušnik-Gašper:

*„Es kam der Frühling. Wir gingen zur Offensive über. Wir schlugen sie auf jedem Schritt, wo wir sie erreichten. Wir zerschlugen ihre Stützpunkte, zerstörten Straßen, überfielen Lastwägen und jagten ihnen so endlich Angst in die Knochen."* (24)

Die slowenische OF hatte jetzt noch größeren Zustrom; so ging der ganze Volkssturm von Ferlach zu den Partisanen über, sogar der Stadtsekretär Richter war dabei. Es gelang ihr noch vor dem Eingreifen der westlichen Alliierten, annähernd das gesamte Gebiet südlich der Drau zu befreien! In den befreiten Gebieten entstanden Anfänge einer neuen revolutionären Volksmacht. An die 95 Ausschüsse der OF, auf das gesamte Südkärntner Gebiet verteilt, wurden die neue politische und militärische Autorität.

Die Partisanen haben auf zirka 2.000 km² 15.000 feindliche Soldaten gebunden und ihre Einsetzung an anderen Fronten verhindert. In ca. 600 bewaffneten Kämpfen und Aktionen haben sie neben dem materiellen Schaden noch 3.855 faschistische Soldaten liquidiert, 3.353 feindliche Soldaten verletzt und 1.936 gefangengenommen. Die Partisanen hatten 1.080 Tote, 710 Verletzte und 317 gefangene bzw. vermißte Kämpfer zu beklagen. (25)

Die revolutionäre Volksmacht ging daran, das gesellschaftliche Leben, angefangen von der Versorgung, bis hin zur Volksgerichtsbarkeit, zu organisieren. An die 70, durch ihre Greueltaten während des Krieges bei der örtlichen Bevölkerung äußerst verhaßte Faschisten, wurden durch das Volksgericht zum Tode verurteilt, so z.B. auch die Holzkapitalisten Leitgeb aus Kühnsdorf/Sinča vas.

Die gesamte österreichische Bourgeoisie, allen voran der KHD, ergießen sich noch heute in einer schamlosen und niederträchtigen Hetze gegen die gesamte Partisanenbewegung: In der Broschüre der Kärntner Landmannschaft „Kärnten – eine Information" aus dem Jahre 1974, stellt dessen Obmann Franz Koschier (im zweiten Weltkrieg Leiter einer Lehrerbildungsanstalt in Kranj in Slowenien und heute noch Direktor des Kärntner Landesmuseums) fest: *„Den Höhepunkt des Terrors aber stellte die* Verschleppung und Ermordung *jener Kärntner noch* nach dem 8. Mai 1945 *dar, die hauptsächlich Menschen traf, die nach dem Zusammenbruch des Jahres 1918 für Kärnten eingetreten waren".* (26)

Daß Herr Koschier den Grund „für die Verschleppung und Ermordung" dieser Menschen allein in ihrem Eintreten anläßlich der Volksabstimmung für Österreich sucht, liegt wohl darin, daß er seine Tätigkeit als Hitlerknecht und imperialistischer Kolonisator wohl als „Verdienst um die Heimat" betrachtet. Die Hetze der österreichischen Bourgeoisie gegen die Partisanen liegt auf der Hand: Waren es doch die Partisanen, die in ihrem Kampf sowohl die Faschisten vertrieben, als auch daran gingen, eine neue Gesellschaftsordnung, beruhend auf der tatsächlichen Herrschaft des Volkes, aufzubauen. Die Hetze der Bourgeoisie liegt einfach darin begründet, daß ihnen die Angst in den

Knochen sitzt, das Volk könnte sich dieser revolutionären Traditionen besinnen und der Bourgeoisherrschafft ein Ende bereiten.

## Die Machtübergabe an die bürgerlichen Politiker

Mit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Armee in Italien (29.4.), mit dem Fall Berlins (30.4.), zeichnete sich das Ende des Kriegs ab. Um die Volksrevolution in Kärnten vor imperialistischen Zugriffen zu sichern, schickte die jugoslawische Volksbefreiungsfront Partisaneneinheiten nach Kärnten.

Gleichzeitig aber begannen die Kärntner Politiker der Vorkriegszeit Verhandlungen mit der slowenischen Partisanenbewegung in Kärnten. Sie versuchten, nach dem Zusammenbruch Hitlerdeutschlands die Macht unter anglo-amerikanischem Schutz in Kärnten zu übernehmen und somit einer erwarteten Gebietsforderung Jugoslawiens entgegentreten zu können. Diese Verhandlungen wurden von einigen Vertretern des faschistischen Regimes unterstützt. Der Wunsch dieser Vertreter, die jugoslawische Armee solle Südkärnten nicht besetzen, erfüllte sich natürlich nicht. (27)

Einen Tag vor der Besetzung Klagenfurts/Celovec durch englische Soldaten und slowenische Partisanentruppen, wurde eine provisorische Landesregierung gebildet. Sie entstand in dreitägigen Verhandlungen zwischen dem Gauleiter Rainer und den „demokratischen" Parteien. Sie entstand im Einvernehmen mit dem Gauleiter, der sich nur schweren Herzens entschließen konnte, abzutreten. Am 7.5. gab er eine Erklärung durch das Radio:

*„Die Besetzung Kärntens durch feindliche Streitkräfte hat begonnen. Die politische Tätigkeit der Partei findet damit ihr Ende. Ich verfüge die Einstellung der Tätigkeit in den Gebieten, die vom Feind erreicht sind. Ich selbst werde als Nationalsozialist von den Feinden als Sprecher für Kärntens Interesse nicht anerkannt und nicht gehört. Ich mache daher als Reichsstatthalter Platz, um jenen Kräften, die der Auffassung unserer Feinde besser entsprechen, Gelegenheit zur Bildung einer neuen politischen Plattform zu geben ....*

*Nationalsozialisten und Nationalsozialistinnen! Ich danke Euch für Eure Treue zum Führer. Seine Idee lebt in uns. Tretet jetzt alle geschlossen und mit allen Kräften für ein freies und ungeteiltes Kärnten ein."* (28)

Nach dem Abtritt Rainers übernahm seine Position sein Bevollmächtigter Natmessnig. Anläßlich der feierlichen Übergabe der Amtsgeschäfte an die provisorische Regierung bedankte er sich bei dieser:

*„.... weil sie bei den Verhandlungen mit ihm und Gauleiter Rainer immer wieder, und das von sich aus, das unveränderliche Wollen zum Ausdruck brachten, daß kein Landsmann wegen seiner Parteizugehörigkeit verfolgt werden darf.*

*Dieses Verhalten garantiert mir, daß das Kärntner Volk einheitlich und stark sein wird, wenn es darum gehen wird, gegenüber dem inneren und äußeren Feind, den schon vor 25 Jahren ausgedrückten Volkswillen über die Unteilbarkeit unseres Landes zur Geltung zu bringen.*

*Ganz Kärnten wird dem Wollen zustimmen, das ihr ausgedrückt habt, den alten Kampfruf, Kärnten frei und ungeteilt, als Richtschnur Eurer Arbeit zu machen."* (29)

Darauf antwortete der Landeshauptmann Piesch (SP), daß die Hauptaufgabe der neuen Regierung die Erhaltung des freien und ungeteilten Kärntens sein wird.

## Die internationale Lage nach dem Krieg

Mit dem Ende des 2. Weltkrieges traten in der ganzen internationalen Lage gewaltige Änderungen ein. *„Die militärische Zertrümmerung des Blocks der faschistischen Staaten, der antifaschistische Befreiungscharakter des Krieges, die entscheidende Rolle der Sowjetunion bei der Erkämpfung des Sieges über die faschistischen Aggressoren, haben das Kräfteverhältnis zwischen den beiden Systemen – dem sozialistischen und dem kapitalistischen – stark zugunsten des Sozialismus verändert."* (30)



Mit der militärischen Niederringung des faschistischen Deutschland und Japans wurden die Pläne der reaktionärsten, imperialistischen Elemente in der ganzen Welt zunichte gemacht:

1. Die Vernichtung oder zumindest Schwächung der Sowjetunion
2. Die Niederschlagung der revolutionären Arbeiterbewegung.

*„War das wichtigste Ergebnis des ersten Weltkrieges die Durchbrechung der einheitlichen imperialistischen Front und der Ausfall Rußlands aus dem Weltsystem des Kapitalismus, hatte der Kapitalismus als Ergebnis des Sieges der sozialistischen Ordnung in der UdSSR aufgehört, ein einheitliches allumfassendes Weltwirtschaftssystem zu sein, so führten der zweite Weltkrieg und die Zertrümmerung des Faschismus, die Schwächung der Weltpositionen des Kapitalismus und die Verstärkung der antifaschistischen Bewegung zum Ausfall einer Reihe von Ländern Mittel- und Südosteuropas aus dem imperialistischen System."* (31) Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien, Polen, die Tschechoslowakei und Albanien schufen einen neuen Typus des Staates, die Volksrepublik, in dem die Macht dem Volke gehörte, in dem der Block der werktätigen Klassen der Bevölkerung, mit der Arbeiterklasse an der Spitze, die führende Kraft war.

Der Krieg, durch die ungleichmäßige Entwicklung des Kapitalismus hervorgerufen, verschärfte diese nur noch mehr. Die USA, die erst spät in die Kriegsereignisse eintrat, ist gestärkt aus diesem Krieg hervorgegangen.

*„Die Beendigung des Krieges stellte die Vereinigten Staaten von Amerika vor eine Reihe neuer Probleme. Die kapitalistischen Monopole waren bestrebt, ihre Profite auf dem früheren hohen Niveau zu halten. Sie machten daher alle Anstrengungen, damit der Umfang der Lieferungen gegenüber der Kriegszeit nicht verringert werde. Voraussetzung hiefür war jedoch, daß die USA alle Außenmärkte für sich behielten, die während des Krieges die amerikanische Produktion aufgenommen hatten und darüber hinaus neue Märkte gewannen, da sich infolge des Krieges die Kaufkraft der meisten Staaten stark verringert hatte. Auch die finanzielle und wirtschaftliche Abhängigkeit dieser Staaten von den USA verstärkte sich. Amerika hat im Ausland Kredite in der Höhe von 19 Milliarden Dollar investiert, wobei die Investitionen in die Weltbank und in den internationalen Valutafonds nicht eingerechnet sind. Die Hauptkonkurrenten der USA, Deutschland und Japan sind vom Weltmarkt verschwunden, woraus sich neue, sehr große Möglichkeiten für die USA ergaben."* (32)

Die USA mußten die im Krieg eroberten Auslandspositionen halten und erweitern. Von diesen Zielen ausgehend betrieben die USA einen offenen expansionistischen Kurs. Sie strebten danach, die geschwächten Länder der Nachkriegszeit zu Satelliten zu degradieren und in ihnen Regimes zu errichten, die alle Hindernisse von seiten der demokratischen Bewegung bei der Ausbeutung dieser Länder durch das amerikanische Kapital aus dem Wege zu räumen.

Diesem Streben der USA nach der Weltherrschaft standen die Sowjetunion und die neu entstandenen volksdemokratischen Staaten im Wege.

*„Deshalb ist der neue expansionistische und reaktionäre Kurs der Politik der USA auf den Kampf gegen die UdSSR, gegen die Länder der neuen Demokratie, gegen die Arbeiterbewegung in allen Ländern, gegen die Arbeiterbewegung in den USA, gegen die antiimperialistischen Befreiungskräfte in allen Ländern gerichtet."* (33)

Das politische Kräfteverhältnis der Nachkriegszeit bewirkte die Teilung der Weltarena in zwei Lager: in das imperialistische und antidemokratische Lager einerseits und das antiimperialistische und demokratische Lager andererseits. *„Die führende Hauptkraft des imperialistischen Lagers sind die USA. Mit Amerika verbündet sind England und Frankreich.*

*.....*

*Das Hauptziel des imperialistischen Lagers ist die Festigung des Imperialismus, die Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges, der Kampf gegen den Sozialismus und die Demokratie und allerorts die Unterstützung der reaktionären und antidemokratischen profaschistischen Regimes und Bewegungen.*

*Zur Lösung dieser Aufgabe ist das imperialistische Lager bereit, sich auf die reaktionären und antidemokratischen Kräfte in allen Ländern zu stützen und die gestrigen militärischen Gegner gegen seine eigenen Bundesgenossen im Krieg zu unterstützen."* (34)

Die veränderte internationale Lage hatte für Österreich und Kärnten weitreichende Folgen.

## Die Alternative: Volksdemokratie oder Imperialismus und Herrschaft der Bourgeoisie

Vor dieser Alternative stand die österreichische Arbeiterklasse und das Volk. Entweder den bereits begonnen Weg der Zerschlagung des faschistischen Terroregimes, der Errichtung der Volksherrschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung voranzutreiben oder aber wieder die Herrschaft der Kapitalisten. Eine Volksrepublik Österreich würde auch die Frage des Selbstbestimmungsrechtes der Slowenen mit der Volksrepublik Jugoslawien einvernehmlich lösen. Die österreichische Arbeiterklasse und das Volk und insbesondere die slowenischen und deutschsprachigen Antifaschisten in Kärnten, versuchten, den ersten Weg zu gehen. Auf der Grundlage der im Kampf gegen den Faschismus entstandenen Einheit gingen sie daran, eine Volksmacht ohne Ausbeutung und Unterdrükkung, eine Volksmacht ohne nationalen Haß und Chauvinismus, eine Volksmacht der brüderlichen Einheit der werktätigen Massen zu errichten. Dabei widersprach es nicht den Interessen der österreichischen Arbeiterklasse, daß die Slowenen im antifaschistischen Kampf die Einheit der slowenischen Nation herstellten und jetzt nach territorialem Zusammenschluß strebten.

Diesen Bestrebungen der österreichischen Arbeiterklasse und des Volkes standen die Pläne der Bourgeoisie und der Imperialisten, die wieder ihre Herrschaft aufrichten wollten, entgegen. Dabei trat jene Wechselbeziehung zwischen österreichischer Bourgeoisie und den Imperialismus zu Tage, die wir bereits anläßlich der Volksabstimmung sehen konnten. Die österreichischen bwz. Kärntner Kapitalisten konnten mit Hilfe des englischen Imperialismus ihre Herrschaft wieder errichten und umgekehrt nutzte der US-Imperialismus diese Tatsache aus, um Kärnten als Vorposten gegen die entstehenden Volksdemokratien, insbesondere der in Jugoslawien, aufzubauen. Für beide war es notwendig, die demokratischen Bestrebungen der Volksmassen zu liquidieren. Für beide war notwendig, mit Hilfe von Terror, Druck und Chauvinismus das Selbstbestimmungsrecht der Slowenen mit Füßen zu treten. Den gigantischen Volksbetrug erleichterte wieder die Sozialdemokratie. Es waren die sozialdemokratischen Herrn Piesch, Wedenig und Co., die mit dem faschistischen Gauleiter tagelang über die Bedingungen der Machtübergabe verhandelten. Es waren dieselben sozialdemokratischen Herrn, die dann auch die Zusicherung gaben, die Verfolgung der Faschisten praktisch nicht durchzuführen und es waren dieselben Sozialdemokraten, die mit ihrer Demagogie der „freien österreichischen Republik“ die Volksmassen auf die Herrschaft der Bourgeoisie einschworen.

## Die Befreiung, die keine war

Nach der Einrichtung der Organe der OF und der Verstärkung durch die jugoslawische Befreiungsarmee , mit der Besetzung Kärntens durch britische Besatzungstruppen, entstand somit eine Situation in Kärnten, in der drei Regierungen wirkten: die britische Besatzungsmacht, die jugoslawische Macht mit der OF sowie die provisorische Regierung. Dabei verfolgten die Engländer und die provisorische Regierung das Ziel, den Zusammenschluß Südkärntens mit Jugoslawien zu verhindern. Die jugoslawische Regierung forderte bereits im April in einer Note das Recht, als offizielle Besatzungsmacht für Südkärnten neben den vier Besatzungsmächten anerkannt zu werden. Auf diese Note antwortete nur die Sowjetunion positiv. (36) Die englische und amerikanische Regierung beriefen sich auf die Moskauer Deklaration, in der England als Besatzungsmacht Kärntens festgelegt worden war, und forderten den sofortigen Rückzug der jugoslawischen Armee. Diesem Druck der westlichen Imperialisten mußte sich Jugoslawien beugen und zog am 19. 5. bzw. 21. 5. seine Truppen ab. Damit wurde der Kärntner Partisanenbewegung ein nicht unwesentlicher Schlag versetzt. Somit wurde ein neues politisches Kräfteverhältnis geschaffen. Es wurde aber auch klar, daß die feierlichen Erklärungen der westlichen Imperialisten zu Beginn des Krieges (Selbstbestimmungsrecht .. etc.) in den Wind geschlagen wurde.

Trotz dieses Schlages ging die OF daran, ihre politische Macht im Süden Kärntens zu konsolidieren. Am 16.5. fand trotz Verbot der Briten in Klagenfurt/Celovec eine Konferenz der Vertreter der OF, der revolutionären Sozialisten sowie der Kommunisten statt, um einen Verwaltungskörper als höchstes Organ der Volksmacht zu wählen. Um dies zu verhindern, errichteten die Briten um Klagenfurt eine Blockade. Nichts desto trotz beteiligten sich an dieser Konferenz 500 Kärntner Slowenen sowie Österreicher. (37) In das Führungsgremium wurden auch Vertreter des österreichischen Widerstandes gewählt. So der erste stellvertretende Sekretär Heinrich Dicken. In einer Deklaration wurde die Erneuerung des Landes sowie der Aufbau der Demokratie „im Rahmen des neuen Jugoslawien“ proklamiert. (38)

Die britischen Besatzungstruppen haben zwar dieses Organ anerkannt, seine Tätigkeit in Südkärnten aber von vornherein behindert. So wurde der Druck slowenischer Publikationen verboten. In Villach wurde das dortige Lokal des OF-Ausschusses geschlsosen. Die Legalisierung der OF wurde an die Bedingung der Anerkennung der österreichisch-jugoslawischen Grenze geknüpft.

Nach dem Abzug der jugoslawischen Truppen errichtete die englische Besatzungsmacht südlich der Drau eine Sperrzone, die nur mit einem Passierschein betreten werden durfte. Diese Sperrzone war gegen die OF gerichtet, erschwerte sie doch die Tätigkeit der OF, da ihr Zentrum in Klagenfurt, außerhalb der Sperrzone, lag und ein großer Teil der Slowenen gerade in dieser Sperrzone lebte. (39)

Die britische Besatzungsmacht war über die Stärke der antifaschistischen, revolutionären Bewegung in Südkärnten in besonderem Maße beunruhigt. Die slowenische Partisanenbewegung und auch der von der KPÖ geführte Widerstand war in die große volksdemokratische Befreiungsbewegung eingebunden. Diese Befreiungsbewegung begnügte sich in allen Erdteilen nicht mit dem Sturz des Faschismus sondern kämpfte überall um die endgültige Befreiung von Imperialismus und Ausbeutung. Südlich der Karawanken hatte sich die jugoslawische antiimperialistische Volksmacht unter Führung des Proletariats zu festigen begonnen. Die amerikanischen Imperialisten und ihre britischen Partner mußten sich für den Augenblick damit abfinden, daß im Osten Europas die Völker den Weg der Volksdemokratie und des Sozialismus einschlugen. Sie dachten jedoch nicht daran, dies auf die Dauer zu tun . Somit war für sie die Vorbereitung der Aggression gegen das im Entstehen befindliche demokratische Lager ein entscheidendes Ziel. Dafür mußten und wollten sie sich die Randgebiete zum demokratischen Lager sichern. Österreich im allgemeinen und Kärnten im besonderen waren solche Gebiete. Umso weniger konnten die britischen Imperialisten die slowenische Befreiungsbewegung in Südkärnten brauchen. So wurde aus dem früheren Verbündeten – den britischen Truppen – ein neuer entschlossener Feind.

In der Liquidierung der slowenischen Befreiungsbewegung, in der Niederringung der antifaschistischen Bewegung unter Führung der KPÖ, lag die unmittelbare Aufgabe der militärischen Sperrzone. Längerfristig sollte Südkärnten durch die Sperrzone in ein Aufmarschgebiet des imperialistischen Lagers gegen den revolutionären Osten verwandelt werden.

Um dieses strategische Ziel zu erreichen, scheuten die britischen Imperialisten nicht davor zurück, sich auf ihre Feinde von früher, die Nationalsozialisten, zu stützen. Um dieses strategische Ziel zu erreichen, setzten sie im neuen Gewand auf die Politik der Kolonialisierung Südkärntens mit „zuverlässigen“ Elementen: sudetendeutsche und kroatische Faschisten wurden angesiedelt. Vor allem aber konnten sie sich auf die österreichische Sozialdemokratie stützen, die an der Restauration der Herrschaft der österreichischen Bourgeoisie arbeitete und der treueste Diener des amerikanischen Imperialismus war.

Die englischen Imperialisten gingen nun daran, jegliche politische Tätigkeit der OF zu unterbinden. Zahlreiche Lokale der OF wurden geschlossen, die gesamte Publizistik verhindert. In der Zeit vom 27.5. 45 bis 31. 1. 1947 wurden 197 (und nach unbestätigten Angaben 250) Aktivisten der OF verhaftet. (40) Als am Jahrestag der Aussiedlung der Kärntner Slowenen

der Verband der ausgesiedelten Slowenen eine Erinnerungsveranstaltung anmelden wollte, wurde sie von den Sicherheitsbehörden verboten. Als sie dann von der OF erzwungen wurde, durfte sie nicht öffentlich sein. Trotz der Blockade der Zufahrtswege, vor allem im Rosental, kamen 2.000 Teilnehmer. Als sich die empörten Massen in Klagenfurt/Celovec zu einem Demonstrationszug sammelten, wurden sie von der Polizei mit Wasserwerfern daran brutal behindert und die Versammlung aufgelöst. 58 Teilnehmer wurden verhaftet und einige verletzt. (41) Die britischen Imperialisten, die sich wie alle Besatzungsmächte verpflichtet hatten, eine Entnazifizierung durchzuführen, dachten – trotz ständiger Ermahnungen der SU – nicht daran. Sie beließen die Faschisten an ihren Posten im Staatsapparat und in den Fabriken. Die Kärntner Arbeiterbewegung, allen voran die KPÖ und die slowenische Befreiungsbewegung, prangerten dies an. In gan Kärnten wurden „antifaschistische Komitees" gegründet, die besonders dort, wo der Antifaschismus unter den Arbeitern stark war, selbst gewisse Entnazifizierungen vornahmen.

Im Jahre 1947 häuften sich die physischen Angriffe auf Gruppen und einzelne slowenische Aktivisten und Partisanen. Dabei spielten die Nazis und Faschisten eine hervorstechende Rolle. Den Höhepunkt dieser Angriffe bildete die Ermordung einer OF-Aktivistin aus Eisenkappel/Železna kapla im März 1947. Weder die Briten noch der dortige Arzt (ein Nazi) leisteten Hilfe und ließen die Aktivistin verbluten.

In einem Rundbrief an alle Sicherheitsstellen des Landes der englischen Besatzungsmacht wurde das Verhältnis gegenüber der OF festgelegt. Demnach ist strafbar:

— unerlaubter Übertritt der Staatsgrenze; unerlaubter Eintritt in die Sperrzone; unerlaubtes Tragen von Waffen; unerlaubtes Weitergeben von Informationen ins Ausland; Plakatieren; Herstellung von Flugblättern und anderer Literatur mit politischem Inhalt, Organisierung von verbotenen Sitzungen; Versuche der Änderung der bestehenden österreichisch-jugoslawischen Grenze.

Im Rundbrief wurden die Aufgaben der Polizei festgelegt, nämlich alle illegalen Vereinigungen und Tätigkeiten zu unterbinden. Es wurde festgehalten, welche Organisation legal und welche illegal ist.

Legal waren:
- slowenischer Kulturverein (slovenska prosvetna zveza)
- Bauernbund (Kmečka zveza)
- Verein der pol. Internierten und Verurteilten für Slowenisch-Kärnten (Društvo političnih Interniran cev in obsojenih za slovensko Koroško)

Illegal bzw. verboten:
- Verein der Kärntner Partisanen (Društvo koroških partizanov)
- Verein der ausgesiedelten Slowenen (Zveza slovenskih izseljencev)
- Slowenische Jugend für Slow. Kärnten (Slovenska mladina za slovensko Koroško)

Trotz aller dieser Terrormaßnahmen der englischen Imperialisten und der heimischen Reaktion regte sich das kulturelle Leben der Kärntner Slowenen. Allein im Jänner 1946 beteiligten sich 15.000 Slowenen an kulturellen Veranstaltungen.

Auf internationaler Ebene trat der westliche imperialistische Block (USA, Großbritannien, Frankreich) von Anfang an gegen jegliche demokratisce und dem Willen der österreichischen Arbeiterklasse und des Volkes entsprechenden Lösung der Slowenenfrage in Kärnten auf. Einzig die damals noch revolutionäre Sowjetunion unterstützte das Selbstbestimmungsrecht der Kärntner Slowenen und die Lostrennung von Österreich.

Aus dem Kampf gegen den Hitlerfaschismus entwickelten sich Kräfte in beiden Völkern heraus, die mit ihm gründlich aufräumen wollten. Dazu wäre es notwendig gewesen, die soziale Stütze des Faschismus, die Kapitalisten und Großgrundbesitzer, zu enteignen und sie völlig zu entmachten, die alle selbst durch die Kriegsindustrie riesige Gewinne herausschlagen konnten.

Diesen Wunsch gab es unter dem slowenischen Volk und auch unter den antifaschistisch gesinnten Arbeiter und anderen Teilen der österreichischen Bevölkerung.

Obwohl sich die KPÖ in den letzten Kriegsjahren konsolidieren konnte und die KP Sloweniens über die OF auf die Arbeiter einzuwirken versuchte, war die Arbeiterklasse nicht die führende Kraft im antifaschistischen Kampf und hatte sie nicht die Kraft, in ganz Kärnten und ganz Österreich zum Aufbau der Volksdemokratie überzugehen.

Und auch nach dem Ende des Krieges ging die Sozialdemokratie daran, die Arbeiter wieder unter die Herrschaft des Kapitals zu unterwerfen. Das machte sie unter dem Deckmantel der



antifaschistischen Parolen und mit der Propagierung der „freien Republik".

Übersehen darf auch nicht werden, daß zum einheimischen reaktionären Klein- und Großbürgertum noch an die 40.000 Flüchtlinge aus den neuentstandenen Volksdemokratien dazukamen. Sie wurden von den Engländern und der heimischen Reaktion begünstigt, der Großteil wurde bald eingebürgert, so daß sie massiv ihre Propaganda gegen den gerechten Kampf aller Antifaschisten, die neuen Volksdemokratien und den Kommunismus verbreiten konnten.

B.M.St.

(wird fortgesetzt)

ANMERKUNGEN

(1) Slovenci v zamejstvu, Pregled zgodovime 1918 - 1945, Državna založba Slovenije, str. 169 (Die Slowenen hinter der Grenze, Überblick der Geschichte 1918 - 1945, Seite 169)
(2) Zit. nach Karl Prušnik-Gašper: Die Kärntner Slowenen im bewaffneten Kampf gegen den Faschismus, Referat, gehalten anläßlich der Kärntner Kulturtage im Februar 1977
(3) Vestnik koroških partizanov 2, letnik V, str. 36 (Der Bote der Kärntner Partisanen 2, Jg. V, Seite 36)
(4) Slovenci v zamejstvu ..... S. 169
(5) Karl Prušnik-Gašper: Gamsi na plazu, str. 40f, Založba Borec 1974 (Karel Prušnik-Gašper: Die Gemsen auf der Lawine, Verlag Borec 1974)
(6) Die slowenische Volksbefreiungsfront nannte sich im Zeitraum vom Angriff auf Jugoslawien und dem Angriff auf die Sowjetunion „Antiimperialistische Front"
(7) Dokumenti ljudske revolucije v Sloveniji str. 42 f. (Dokumente der Volksrevolution in Slowenien, herausgegeben vom Institut für die Geschichte der Arbeiterbewegung in Ljubljana, Ljubljana 1962, S. 42 f)
(8) Temeljne točke Osvobodilne fronte slovenskega naroda str. 281 f. (Programmpunkte der Befreiungsfront des slowenischen Volkes S. 281 f) In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 1966 1-2
(9) ebenda, Seite 282 f.
(10) Koroški zbornik, Državna založba Slovenije v Ljubljani 1946, Seite 496 f.
(11) Stefan Karner: Kärntens Wirtschaft 1938 - 1945, Wissenschaftliche Veröffentlichungen der Landeshauptstadt Klagenfurt 1976, Seite 31
(12) Stefan Karner, ..... Seite 145
(13) Koroški zbornik .... Seite 498
(14) ebenda, Seite 501f
(15) ebenda, Seite 499 f.
(16) Metod Mikuž: Zgodovina slovenskega osvobodilnega boja (Geschichte des slowenischen Befreiungskampfes Seite 69)
(17) Slovenci v zamejstvu .... Seite 278
(18) Karel Prušnik-Gašper: Die Kärntner Slowenen im bewaffneten Kampf ..... Seite 3
(19) Stefan Karner .... Seite 269
(20) Zit. nach Karel Prušnik-Gašper: Die Kärnter Slowenen im bewaffneten .... Seite 5
(21) Slovenci v zamejstvu .... Seite 286
(22) Metod Mikuž: Pregled zgodovine NOB III, Cankerjeva založba 1973 (Überblick über die Geschichte des Volksbefreiungskampfes) Seite 369 ff.
(23) Karel Prušnik-Gašper: Gamsi na plazu .... S 345
(24) ebenda.
(25) Koroški zbornik Seite 588
(26) Kärnten, eine Information, Sonderdruck der Oktobernummer 1974 der Zeitschrift „Die Kärnter Landsmannschaft", Seite 8
(27) Koroški zbornik, Seite 582
(28) ebenda
(29) ebenda, Seite 582f.
(30) Ždanov: Die internationale Lage nach dem Krieg, S. 3
(31) ebenda: Seite 4
(32) ebenda, Seite 7
(33) ebenda, Seite 8
(34) ebenda, Seite 11
(35) Gradivo o odnosu socialistov do slovenske manjšine na Koroškem, Vletik 1945 - 1958 (T. Zorn: Material über die Beziehung der Sozialisten zur slowenischen Minderheit in Kärnten in den Jahren 1945 - 1958, Ljubljana 1964), S V
(36) T. Zorn: Slov. manjšina na Koroškem v letih 1945 - 1950 (Die slowenische Minderheit in Kärnten in den Jahren 1945 – 1950), Ljubljana 1965, Seite 22
(37) ebenda, Seite 35
(38) ebenda, Seite 36
(39) ebenda, Seite 43
(40) ebenda, Seite 115
(41) ebenda, Seite 117
(42) ebenda, Seite 119
(43) ebenda, Seite 123f
(44) ebenda, Seite 124

**DAS VOLKSGRUPPENGESETZ**

Eine Lösung?

Der Standpunkt der Kärntner Slowenen

Herausgeber dieser Broschüre ist das „Slowenische Informationszentrum" in Klagenfurt. Es legt die Gründe der slowenischen Organisationen für ihre kompromißlose Ablehnung des Volksgruppengesetzes und der Verordnungen dar.

Preis S 20,- zu beziehen über die Ortsgruppen des KB Österreichs und über: Zentraler Vertrieb, Halbgasse 12, 1070 Wien

**Kommunist**

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Jahrgang 1/Nr. 2 November 1976



**KB** Kommunistischer Bund Österreichs

* Zur Auseinandersetzung mit der „Roten Fahne der MLPÖ über das Programm des Kommunistischen Bundes Österreichs
* Programmkritik der „Roten Fahne"
* Stellungnahme zur Programmkritik
* Einige Lehren aus den Auseinandersetzungen mit der Liquidatorenfraktion in der Wiener Ortsgruppe des KB
* Die Linie der VRA in der Minderheitenfrage – rechte Abweichungen vom Marxismus-Leninismus

*82 Seiten Preis: 20,-*
*Best. Nr.: Z 01200*

**Programm und Statut des Kommunistischen Bundes Österreichs** (Taschenausgabe)

(Auch auf slowenisch erhältlich)
*Preis: 5,-* Best.Nr.: 377-012-6

**Südkärnten: Karte der gewaltsamen Aussiedlung der slowenischen Bevölkerung im Jahre 1942**



Die Aussiedlung der slowenischen Familien zeigt anschaulich das geschlossene Siedlungsgebiet der kärntner Slowenen. Die Punkte stellen die ausgesiedelten Personen dar. 500 Partisanengräber, die ebenfalls auf diesem Gebiet zerstreut liegen, erinnern an den antifaschistischen Kampf.

**Übersicht über die Ausschüsse der Befreiungsfront OF = Osvobodilna Fronta nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches**

- ▲ Ausschuß der OF (Befreiungsfront)
- Grenze des politischen Bezirkes
- Grenze des Gerichtsbezirks
- Gemeindegrenze

Die Ausschüsse der slowenischen Befreiungsfront zeigen die weitverzweigten Ansätze der revolutionären Volksmacht in Südkärnten.



# Die objektiven und subjektiven Faktoren in der Revolution

## (von Foto Çami – Mitglied des ZK der Partei der Arbeit Albaniens (PAA)

**Über die richtige marxistische Interpretation und Auslegung der Faktoren in der sozialistischen Revolution und beim sozialistischen Aufbau. Über den Zusammenhang zwischen der historischen Gesetzmäßigkeit und der revolutionären Initiative. Über die Vorhutsrolle der Partei in der revolutionären Bewegung.**

Eines der wichtigsten Probleme der revolutionären Theorie und Praxis ist das richtige materialistische Verständnis und Anwenden der Rolle der objektiven und subjektiven Faktoren in der Revolution und beim sozialistischen Aufbau.

Diese Frage ist sehr kompliziert. Sie enthält das Verhältnis zwischen dem Materiellen und dem Ideellen, zwischen dem Sein und dem sozialen Bewußtsein, zwischen der Basis und dem Überbau, zwischen Wirtschaft und Politik, zwischen Praxis und Theorie, zwischen der spontanen Bewegung und der bewußten und organisierten Tätigkeit usw.

Wird die eine oder die andere Seite verabsolutiert, so führt das in der Theorie zum vulgären Materialismus, zum Ökonomismus und zur Propagierung der Spontaneität, oder zum Idealismus, Subjektivismus und Voluntarismus. In der Politik jedoch führt diese Verabsolutierung zu Opportunismus, Reformismus und Revisionismus oder zu Abenteurertum, Dogmatismus und Sektierertum.

In dieser Sichtweise bleibt dies ein großes Problem von lebenswichtiger Bedeutung für den Sieg der Revolution und des Sozialismus. Die Einstellung zu diesem Problem ist die Trennungslinie, die Materialisten von Idealisten, die Marxisten-Leninisten von den Opportunisten aller Schattierungen unterscheidet.

### Marx und die historischen Verdienste Lenins

Marx entdeckte die materialistische Bedeutung der Geschichte. Er war der erste, der das Verhältnis zwischen dem materiellen und ideellen, dem objektiven und dem subjektiven Faktor in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft richtig erklärte. Mit dieser großen Entdeckung versetzte Marx nicht nur dem Idealismus im gesellschaftlichen Leben, sondern auch dem Vulgärmaterialismus einen tödlichen Schlag – *„Die Waffe der Kritik* – schrieb er – *kann natürlich die Kritik durch die Waffe nicht ersetzen, die materielle Kraft muß ebenfalls durch materielle Kraft gestürzt werden; aber auch die Theorie wird zu einer materiellen Kraft, sobald sie von den Massen Besitz ergreift."* (Karl Marx und Friedrich Engels, Werke, Band 1, Seite 406, russi-

sche Ausgabe).

Marx und Engels lebten zu einer Zeit, in der durch die Bewegung der Arbeiterklasse und durch die Ausarbeitung ihrer Ideologie Aufgaben entstanden, die es notwendig machten, vor allem den Idealismus zu verwerfen und die materialistische Grundthese zu beweisen, daß die materiellen Lebensbedingungen der Gesellschaft, also die Produktionsweise jene entscheidende Kraft ist, die das ganze Gesicht der gesellschaftlichen Entwicklung bestimmt, darunter auch die Entstehung und die Entwicklung der gesellschaftlichen Ideen und Theorien. *„Daß von den jüngeren zuweilen mehr Gewicht auf die ökonomische Seite gelegt wird, als ihr zukommt, haben Marx und ich teilweise selbst verschulden müssen"* – schreibt Engels. *„Wir hatten den Gegnern gegenüber das von diesen geleugnete Hauptprinzip zu betonen, und da war nicht immer Zeit, Ort und Gelegenheit, die übrigen, an der Wechselwirkung beteiligten Momente zu ihrem Recht kommen zu lassen."* (Karl Marx und Friedrich Engels, Brief an J. Bloch, Ausgewählte Werke, Seite 458, deutsche Ausgabe – 1947).

In den letzten Jahren seines Lebens ging Marx in einer Reihe von Briefen nochmal auf diese Frage ein und versuchte, die aktive Rolle des subjektiven Faktors, der Ideen, der Parteien und der verschiedenen Institutionen des Überbaus im allgemeinen hervorzuheben, wobei er den Vulgärmaterialismus und den Ökonomismus kritisierte. *„Die ökonomische Lage – so betonte er – ist die Basis; aber die verschiedenen Momente des Überbaus .... üben auch ihre Einwirkung auf den geschichtlichen Kampf aus und bestimmen in vielen Fällen vorwiegend deren Form."* (Friedrich Engels, Brief an J. Bloch, Ausgewählte Werke, Band II, Seite 457, deutsche Ausgabe).

Das Übel aber, gegen das sich Engels wandte, konnte nicht vermieden werden. Der Opportunismus, dem der Vulgärmaterialismus und der Ökonomismus zugrunde lagen, nahm in der zweiten Internationale überhand. Die Theorie von den „Produktivkräften" und Bernsteins berüchtigte Losung „die Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts", wurden zur Grundlage aller opportunistischen Theorie. Die Revisionisten jener Zeit, die der revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse großen Schaden zufügten.

Was für Marx und Engels zu ihrer Zeit nicht möglich war, schaffte Lenin unter neuen historischen Bedingungen. Der Imperialismus, so sagte Lenin, ist die „Epoche, in der nach der allgemeinen Feststellung der Marxisten die objektiven Bedingungen für die Zerschlagung des Kapitalismus reif sind..." (Werke, Band 26, Seite 119, russische Ausgabe). Von entscheidender Bedeutung wurde unter diesen Umständen die Rolle des subjektiven Faktors, den Lenin gründlich untersuchte. In seinem Werk „Was tun?" und in vielen anderen seiner Schriften begründete er wissenschaftlich die Notwendigkeit und die Bedeutung der Theorie und der Partei der Arbeiterklasse, indem er mit Nachdruck auf die These hinwies, daß es ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Bewegung geben kann und daß nur eine Partei, die von der Vorhutrolle geleitet wird, die Rolle der Vorhut spielen kann.

Lenin arbeitete die Rolle des subjektiven Faktors in heftigem Kampf mit den ideologischen Gegnern des Marxismus aus. Diese betrachteten die Entwicklung der Gesellschaft als einen einfachen evolutionär-spontanen Prozeß, der sich ohne fremde Eingriffe weiterentwickelt. Sie behaupteten, der Sozialismus werde sich allmählich und spontan etablieren, als ein natürliches Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung, ohne Klassenkampf, ohne sozialistische Revolution, ohne Diktatur des Proletariats, ohne Führung durch die marxistische Partei. Es ist Lenins historisches Verdienst, den Opportunismus der verräterischen zweiten Internationale entlarvt und zerschlagen zu haben. Lenin entdeckte als erster in der Geschichte des marxistischen Denkens die ideologischen Wurzeln des Opportunismus. Er wies nach, daß der Opportunismus gerade dann aufkomme, wenn der Ökonomismus und die Spontaneität in der revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse gepredigt wird.

Lenin führte auch einen entschlossenen Kampf gegen den Subjektivismus und den Voluntarismus der kleinbürgerlichen und Narodnik-Ideologen, gegen die Syndikalisten, Trotzkisten und „linken" Opportunisten, die in der Tat die Rolle und die Bedeutung der objektiven Bedingungen verneinten und alles vom Willen und Bewußtsein der Menschen abhängig machten.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen kam die Rolle des objektiven und des subjektiven Faktors wieder als großes aktuelles Problem auf, da in der Theorie und Praxis große Entstellungen auftauchten, die der revolutionären Bewegung großen Schaden zufügen. „Gegenwärtig – betonte Genosse Enver Hoxha auf dem



VI. Parteitag der PAA – sind wieder verschiedene Theorien belebt worden, die die Spontaneität in der revolutionären Bewegung predigen, die Rolle des bewußten Faktors unterschätzen und die Rolle der Theorie und der Partei des Proletariats verleugnen."

Die modernen Revisionisten, mit den sowjetischen voran, stützen sich genau wie ihre Vorgänger – die Opportunisten der zweiten Internationale – auf die Theorien der Produktivkräfte, auf den Ökonomismus und Reformismus. Sie bemühen sich zu beweisen, daß der heutige Kapitalismus in den Sozialismus hinüberwächst: Die Arbeiterklasse könne den Weg zum Sozialismus auch im Rahmen der bürgerlichen Ordnung gehen, man könne durch Reformen, auf friedlichem Weg, durch eine Evolution zum Sozialismus gelangen, den Kampf für den Sozialismus könnten auch nicht proletarische Klassen und Parteien führen, der Sozialismus könne auch auf der Grundlage anderer „sozialistischer" Ideologien, also auch auf der nichtmarxistisch-leninistischer Ideologien, aufgebaut werden.

Andere Ideologen, die von der „neuen Linken" Lateinamerikas und Europas kommen, gehen noch weiter. Sie behaupten, es wäre nicht notwendig, sozialistisches Bewußtsein in die Arbeiterklasse und in die werktätigen Massen hineinzutragen. Sie meinen, die Rolle der Vorhut könne schon eine „aktive Minderheit" spielen, die „als Ferment" in der Revolution auftaucht. Sie behaupten, daß das Bewußtsein und die Organisation spontan im Kampf auftauche. Sie lehnen die Notwendigkeit einer marxistischen Partei, ihrer führenden Rolle und die leninistischen Prinzipien ihres Aufbaus ab.

Um diese unmarxistischen Aussagen zu rechtfertigen, versuchen ihre Parteigänger nachzuweisen, daß Lenin den marxistischen Begriff über das Verhältnis zwischen sozialistischem Bewußtsein und spontaner Bewegung, zwischen Partei und Masse entstellt habe. Sie behaupten, daß er die Lehre von Marx über die Partei nicht weiterentwickelt hat, sondern eine eigene Theorie schuf, die mit der Lehre Marx' nichts zu tun hat, ja ihr sogar widerspricht. Lenins Lehre könne vielleicht für rückständige Länder zutreffen, für die heutigen Bedingungen der fortgeschrittenen entwickelten kapitalistischen Länder sei sie jedoch ungeeignet. Denn dort habe sich der Abstand zwischen der Vorhut und der Klasse sehr verringert und verringere sich weiterhin. Die Arbeiterklasse sei heute imstande, selbst zum sozialistischen Bewußtsein zu gelangen.

Bei solch einer Verwirrung ist ein heftiger Kampf notwendig, um die marxistisch-leninistischen Prinzipien vor den revisionistischen Entstellungen der verschiedenen Revisionisten und Opportunisten zu beschützen. „Die Situation sieht so aus", sagte Genosse Enver Hoxha auf dem VI. Parteitag der PAA, „daß die praktische Bewegung der Massen stets vorwärtsschreitet, während der subjektive Faktor, ihr Bewußtsein, ihre Organisiertheit und Leitung in vielen Ländern zurückgeblieben ist und den Aufgaben der Zeit nicht entspricht." Dies liegt vor allem an dem großen Verrat der modernen Revisionisten, der in den Reihen der revolutionären Bewegung eine ideologische und politische Verwirrung stiftete. So blieben die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen vieler Länder unbewaffnet und ohne revolutionäre Bewegung. Diese Lücke wird jetzt dadurch gefüllt, daß junge marxistisch-leninistische Parteien gegründet wurden und sich festigten. Diesen fällt die historische Aufgabe zu, die Massen von Opportunismus und Revisionismus zu befreien und sie in die Revolution zu führen.

## Die historische Gesetzmäßigkeit und die revolutionäre Initiative

Auf dem VI. Parteitag der PAA analysierte Genosse Enver Hoxha die heutige Lage in der Welt. Er betonte in diesem Zusammenhang, daß sich die Situation zugunsten der Revolution entwickelt. Er sagte auch, daß die Völker allgemein die Revolution anstreben und daß die Revolution die Entwicklung der heutigen menschlichen Gesellschaft einleitet und bestimmt.

Diese Schlußfolgerung ist das Ergebnis einer wissenschaftlichen Analyse der heutigen Realität in der Welt. Sie ist das Ergebnis der Widersprüche im Kapitalismus und Imperialismus, von Widersprüchen, die die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen unvermeidlich zur Revolution führen. Dies ist der einzige Weg, damit sie von Unterdrückung und Ausbeutung erlöst werden, der einzige Weg um die Umgestaltung der Welt auf neuen sozialistischen und kommunistischen Grundlagen zu verwirklichen.

Der Kapitalismus schafft die materiellen Voraussetzungen und die sozialen Kräfte zur Durchführung der proletarischen Revolution. Ohne den bewußten Faktor jedoch kann keine gründliche Umgestaltung stattfinden. „Der Kapitalismus selbst", betonte Lenin, „bringt den

# I. Die Post – ein staatskapitalistischer Monopolbetrieb

Die Kapitalistenklasse hat wesentliche Teile des Verkehrs- und Kommunikationswesens, darunter auch das Post- und Fernmeldewesen, ihrem geschäftsführenden Ausschuß, dem bürgerlichen Staat überantwortet. Das ist das Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung des Imperialismus. Diese Entwicklung beschreibt unser Programm: *„Immer großer wird im Imperialismus auf Grundlage der zunehmenden Vergesellschaftung der Produktion bei Fortexistenz des Privateigentums die Rolle des Staates, immer mehr bläht sich der Staatsapparat auf. Immer mehr gesellschaftliche Funktionen zieht der Staat an sich und verwandelt sie in bürokratische Tätigkeiten seiner Verwaltungs- und Unterdrückungsmaschinerie. Immer häufiger und tiefgreifender werden die staatlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben bis zur direkten Übernahme und Leitung ganzer Wirtschaftszweige im Interesse der Kapitalistenklasse."* (a)

* Der Staat hat das *gesamte* Post- und Telegraphenwesen in seiner Hand. Er nimmt also Monopolstellung ein. Sein Monopol übt er aber nicht, wie gerne behauptet wird, im Dienste der Allgemeinheit, „für die Öffentlichkeit", aus, sondern im Dienste derjenigen Klasse, die alle Produktionsmittel besitzt und die politische Macht innehat. Das ist in Österreich die Kapitalistenklasse. die Post ist daher staatskapitalistisches Monopol.

Zugleich ist in der Post die Organisationsform für sozialistische Betriebe enthalten. Lenin erklärt diesen vermeintlichen Widerspruch so: *„Ein geistreicher deutscher Sozialdemokrat der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts bezeichnete die Post als Muster sozialistischer Wirtschaft. Das ist durchaus richtig. Gegenwärtig ist die Post ein Betrieb, der nach dem Typ des staats*kapitalistischen *Monopols organisiert ist. Der Imperialismus verwandelt nach und nach alle Trusts in Organisationen ähnlicher Art. Über den 'einfachen' Werktätigen, die schuften und darben, steht hier die gleiche bürgerliche Demokratie. Doch der Mechanismus der gesellschaftlichen Wirtschaftsführung ist hier bereits fertig vorhanden ..."* (b)

In diesem Ausdruck kommt auch der zwiespältige Charakter der Post zum Ausdruck: Einerseits „Öffentlicher Dienst", also Teil des staatlichen Verwaltungsapparates, im wesentlichen repräsentiert durch die bürgerliche Bürokratie an der Spitze dieses Apparats. Andererseits produktiver Betrieb, und als solcher heute ein strategisch wichtiger Bereich für die Kapitalistenklasse zur Abwicklung des Ausbeutergeschäfts (vor allem wegen der Vermittlung der wirtschaftlichen Kommunikation unter den Kapitalisten mittels Durchführung des Briefpostverkehrs und Fernmeldedienstes, Bau der technischen Anlagen für die bürgerlichen Massenmedien, Zahlungsverkehr usw.).

Dieser zwiespältige Charakter findet seinen Ausdruck auch in der Spaltung der Bediensteten zwischen der Dienstaufsicht einerseits und der Masse der kleinen und mittleren Bediensteten andererseits.

Als Teil des Verwaltungsapparates des Staates ist der Anteil der „toten Kosten" relativ hoch. Die realisierten Profite reichen daher nicht aus für den Ankauf von Arbeitskraft und Produktionsmitteln. Ein beträchtlicher Teil der Investitionen wird aus besonderen Mitteln angekauft, nämlich aus Steuergeldern, die der Staat den Arbeiter- und Volksmassen abpreßt. Das ist auch die Grundlage für die Spaltung zwischen den Postbediensteten und den anderen Werktätigen. Mit dem Argument der „teuren Beamten, die den Steuertopf leerfressen", versucht der Staat, das Mißtrauen der Arbeiter- und Volksmassen gegenüber dem aufgeblähten Unterdrückungs- und Verwaltungsapparat auf die Masse der kleinen und mittleren Bediensteten abzulenken. Tatsächlich muß der 'Steuertopf' deshalb herhalten, weil der komplizierte bürgerliche Verwaltungsapparat hohe Kosten erfordert und weil den Kapitalisten die Waren und Dienstleistungen der Post weit unter ihrem Wert verschleudert werden.

Da der Staat die Gesamtinteressen der Kapitalistenklasse wahrnimmt, sucht er sich zur Sicherung dieser Interessen einen Stamm besonders ergebener und zuverlässiger Lohnarbeiter aus bzw. versichert er sich der Treue seiner Bediensteten. Er verfügt nicht nur über die Arbeitskraft, sondern verlangt von ihr auch noch ein besonderes Treuegelöbnis auf das herrschende System: *„Ich gelobe, der Republik Österreich treu und gehorsam zu sein und die Staatsgrundgesetze sowie die anderen Gesetze unverbrüchlich zu beobachten ..."* Der Beamte hat *„alles zu vermeiden ....., was den geordneten Gang der Verwaltung beeinträchtigen könnte."* (c)

Mit dem besonderen Dienstrecht (Dienstpragmatik, Vertragsbedienstetengesetz, Gehalts-, Gehaltsüberleitungsgesetz usw.) fixiert der Staat nicht nur die politische und ideologische Unterordnung. Er regelt damit auch die Arbeitsbedingungen, wobei er zum Teil Schutzrechte, die sich die Arbeiterklasse erkämpft hat, außer Kraft setzt.

Dieses besondere Dienstrecht und diese besondere Dienstordnung kann er durchsetzen, da er ökonomisch eine uneingeschränkte Monopolstellung einnimmt und politisch als Gesetzgeber die Bedingungen für die Ausbeutung im allgemeinen wie auch im besonderen für seine Betriebe festlegt.

Auch für die Post als Teil des Öffentlichen Dienstes gilt das kapitalistische Lohnsystem, gelten die Gesetze des Kapitals. Auf der einen Seite steht der Staat in der Rolle des Ausbeuters, als Besitzer von Produktionsmitteln, Verkehrsanlagen usw. und als Käufer der Ware Arbeitskraft – auf der anderen Seite steht die große Masse der Bediensteten, die nichts anderes zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft, aus der der Staat unbezahlte Mehrarbeit herauspreßt. Wie jeder andere Kapitalist versucht der Staat, den Anteil der bezahlten Arbeit zugunsten der unbezahlten Arbeit zu senken. Seine Methoden sind die üblichen: direkter Lohnraub, Steigerung der Produktivkraft der Arbeit, Steigerung der Arbeitsintensität, absolute Verlängerung des Arbeitstages.

Trotz uneingeschränkter Monopolstellung und somit Kapitalkonzentration auf höchster Stufenleiter ist die Zersplitterung der Postbediensteten ungewöhnlich groß. Nur ganz wenige Dienststellen haben mehr als 500 Bedienstete. Insgesamt erschweren die Abgehobenheit von den Arbeiter- und Volksmassen, die Spaltung unter den Bediensteten selbst in Dienstaufsicht und kleine und mittlere Bedienstete sowie diese räumliche Zersplitterung die Bedingungen für den wirtschaftlichen und politischen Kampf erheblich. Andererseits erschüttern selbst wirtschaftliche Kämpfe im Öffentlichen Dienst den bürgerlichen Staat ganz unmittelbar.



## Organisation der österreichischen Post- und Telegraphenverwaltung

Der Staat, geschäftsführender Ausschuß der Kapitalistenklasse, repräsentiert den Dienstherrn gegenüber der großen Masse der Bediensteten. Die grundlegende Entscheidungsgewalt fällt den obersten Gremien des Staates, der Regierung und dem Parlament zu.

Der Ministerrat, also die gesamte Bundesregierung, beschließt Gesetzesentwürfe zu den zentralen Fragen der Unternehmensführung. Und zwar in Angelegenheiten wie: Aufgabenbereich der Post, Gesamtinvestitionen, Gebühren und Tarife (also Preise für Waren und Dienstleistungen), Gehaltssystem, Dienstpostenplan, besonderes Dienstrecht einschließlich Arbeitsrecht usw. In den Gehaltsverhandlungen, also den „Lohnrunden" im Öffentlichen Dienst, ist sie der Kontrahent der Gewerkschaft.

Die Ministerratsbeschlüsse sowie die speziellen Gesetzesentwürfe des Verkehrsministeriums werden vom Parlament „im Namen des Volkes" als Gesetze verabschiedet.

Die zentrale Betriebsführung liegt in den Händen der Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung, die eine Sektion des Bundesministeriums für Verkehr ist. Ihr untergeordnet sind für die regionalen Bereiche die Post- und Telegraphendirektionen, und zwar:

in Wien (für Wien, Niederösterreich und Burgenland),
Graz (für Steiermark)
Klagenfurt (für Kärnten)
Innsbruck (für Tirol und Vorarlberg) und
Linz (für Oberösterreich und Salzburg; der Linzer Direktion unterstellt ist das Post- und Telegrapheninspektorat für Salzburg, das in Personalangelegenheiten die erste Instanz ist, also Behördenstellung einnimmt).

Aufgaben der Direktionen und des Post- und Telegrapheninspektorats sind Funktionen der Verwaltung, Kontrolle und Planung. Ihnen zugeordnet und Teil des Verwaltungsapparates sind die Buchhaltungen.

Der Generaldirektion sind weiters noch zentrale Lager und Werkstätten direkt unterstellt: das fernmeldetechnische Zentralamt, die Fernmeldezentralbauleitung, die Postautohauptwerkstätte, die Post- und die Telegraphenzeugverwaltung. Die Leitungen dieser Betriebseinheiten gehören ebenfalls der Verwaltung an, zum Unterschied zu den Direktionen wird jedoch in diesen Betrieben auch produktive

eigenen Totengräber hervor, der Kapitalismus selbst bringt die Elemente einer neuen Ordnung hervor, gleichzeitig aber können diese besonderen Elemente ohne einen „Sprung" keine Veränderung in der allgemeinen Lage verursachen und greifen die kapitalistische Herrschaft nicht an." (W.I. Lenin, Band 16, Seite 405)

Die Reformisten und die modernen Revisionisten versuchen mit ihren antimarxistischen „Theorien" zu beweisen, daß der heutige Kapitalismus zum Sozialismus übergehen kann, und zwar durch Reformen und durch die Erweiterung der bürgerlichen Demokratie und ihrer Institutionen. Das heißt, allmählich werden wichtige Positionen in Wirtschaft und Politik besetzt und dann übernimmt man nach und nach die ganze Macht. Damit soll also der Übergang zum Sozialismus gewährleistet sein. Die Philosophie dieser Theorie ist der ökonomische Vulgärmaterialismus, der die Rolle des subjektiven Faktors in der Geschichte, die Rolle des Klassenkampfes und der marxistisch-leninistischen Partei verneint und das Objektive mit dem Spontanen vermischt. Methodologisch gesehen wird hier die Dialektik verneint und durch die einfache Evolution ersetzt. Politisch gesehen sind diese Theorien eine Kampfansage gegen die marxistisch-leninistische Theorie von der Revolution und der Diktatur des Proletariats. Diese Theorien sind nichts anderes als die Idee vom Hinüberwachsen des Kapitalismus zum Sozialismus.

Die sowjetischen und andere Revisionisten wollen ihre reformistischen Theorien glaubhafter machen. Deshalb entstellen sie völlig den Begriff der revolutionären Situation als notwendige objektive Voraussetzung für den Sieg der Revolution. Nach ihnen entsteht die revolutionäre Situation unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht durch die Verschärfung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Widersprüche bis zum kritischen Punkt. Nach ihnen kommt es auch nicht so weit, daß der Volkshaß dann stürmisch ausbricht. Sie behaupten dagegen, daß die Arbeiterklasse allmählich das Aufmarschgebiet gegen die Macht der Monopole vergrößern könne, indem sie diese schrittweise von den politischen und wirtschaftlichen Schlüsselstellungen verdränge. Unter diesen Umständen könne die revolutionäre Situation auch die Form einer Kette von miteinander eng verbundenen Teilkrisen annehmen, die sich hinanziehen und voneinander relativ unabhängig sind, während eine jede zur Eroberung bestimmter Positionen führt und alle zusammen die Revolution bilden.

Die modernen Revisionisten betrachten also die Revolution als einen einfachen revolutionären Vorgang, als einen Komplex von Reformen. Nach ihnen ist die Grenze zwischen Revolution und Reform verschwunden. Unter den heutigen Bedingungen, behaupten sie, werden die demokratischen Umwandlungen, die „Struktur"reformen zu Etappen des Weges zum Sozialismus, zu Formen der Annäherung an den Sozialismus, des Überganges zum Sozialismus.

Während die modernen Revisionisten sich als Rechtsopportunisten an die kleinen wirtschaftlichen Forderungen, an die Reformen, an die Almosen der Bourgeoisie klammern und ihnen zuliebe das Endziel opfern, die Revolution und die Diktatur des Proletariats leugnen, leugnen einige „linke" Elemente die Notwendigkeit der „Kleinarbeit", des Kampfes um wirtschaftliche, soziale und politische Forderungen der Werktätigen, der legalen Arbeit in den Massenorganisationen. Sie verwischen einfach die Etappen der Revolution und äußern sich gegen die verschiedenen Bündnisse. Sie wollen die Revolution sofort machen, sie wollen sofort die Macht erkämpfen und auf einen Schlag den Sozialismus errichten.

Die Opportunisten aller Schattierungen erkennt man natürlich am besten daran, daß sie alle Unterschiede vollständig vertuschen, die es gibt zwischen der Evolution und der Revolution, zwischen Reformen und dem qualitativen Sprung zwischen dem Kampf um Demokratie und Unabhängigkeit einerseits und dem Kampf um Sozialismus andererseits, zwischen dem Kampf um Tagesforderungen und dem Kampf um Grundsätzliches. Die Marxisten-Leninisten unterscheiden sich von den Reformisten, von den modernen Revisionisten und von den linken Opportunisten darin, daß sie das richtige Verhältnis zwischen diesen beiden Seiten des revolutionären Kampfes finden. Diese zwei Strömungen haben ihre ideologischen Wurzeln in der einseitigen Behandlung des revolutionären Prozesses, wie Lenin sagte, „übertreiben sie fortwährend und erheben einmal dieses, einmal jenes Merkmal der kapitalistischen Entwicklung, einmal diese, einmal die andere Lehre dieser Entwicklung zu einer einseitigen Theorie, zu einem einseitigen taktischen System.... Das reale Leben aber, die reale Geschichte *umfaßt* in sich diese verschiedenen Tendenzen, genauso wie das Leben in der Natur sowohl die langsame Evolution als auch die raschen Sprünge, sowohl die Unterbrechungen als auch die Allmählichkeit in sich einschließt." (Lenin, Werke, Band 20, Seite 66, russische Ausgabe).



Für die heutigen Revisionisten, wie für alle Rechtsopportunisten, ist die Philosophie der Spontaneität, der Passivität, des Beobachtens kennzeichnend, die die objektiven Bedingungen überschätzt und untätig abwarten läßt, bis alle Faktoren der Revolution reif sind. Die modernen Revisionisten tun aber nichts, um die subjektiven Bedingungen vorzubereiten. Durch ihren Verrat stiften sie nur große ideologische und politische Verwirrung. Wenn einmal eine revolutionäre Situation entsteht, so lassen sie nichts unversucht, um jede revolutionäre Bewegung der Massen zu bremsen und wollen nicht zulassen, daß sie den machthabenden Klassen den entscheidenden Schlag versetzen. Unter dem Vorwand, daß die „objektiven Voraussetzungen" fehlen und daß die Gefahr des Abenteurertums bestehe, wirken sie als Lakaien der Bourgeoisie und drosseln jede revolutionäre Initiative und Tätigkeit der Massen, die die Revolution näher bringen und beschleunigen.

Auch in dieser Frage kämpfen die Marxisten-Leninisten in zwei Richtungen: einmal gegen die modernen Revisionisten, zum anderen gegen die „linken" Strömungen, deren Vertreter die Rolle der „subjektiven Tätigkeit" bei der Umgestaltung der Wirklichkeit überschätzen, ja verabsolutieren und die Rolle der objektiven Voraussetzungen und der realen Möglichkeiten der Situation leugnen. Maßgebend ist für diese Vertreter nur der Wille der Revolutionäre zum Handeln sowie ihre Entschlossenheit, sich im Kampf einzusetzen, unabhängig von den Umständen und der Situation. Wenn keine revolutionäre Situation bestehe, dann könne und müsse diese nach ihnen künstlich heraufbeschworen werden und zwar durch „Aktionen" einer Kampfgruppe, die aus einigen bewaffneten tapferen und entschlossenen Leuten besteht. Das ist in der Tat eine Art Heldentheorie, die die Rolle der Volksmassen als Schöpfer der Geschichte leugnet.

Der Revolutionär ist ein Mensch der Tat, er legt nicht die Hände in den Schoß und wartet auf den „großen Tag" der Revolution, sondern er arbeitet ununterbrochen, um sie vorzubereiten. Die Richtung und die Formen seiner Tätigkeit müssen jedoch stets den objektiven Bedingungen, den realen Situationen entsprechen. Eine Umgestaltung, die der objektiven Realität nicht entspricht und dem Bewußtsein der Massen fremd ist, kann nicht vollzogen werden. Die Aufgaben können nur dann mit Erfolg gelöst werden, wenn sie den Erfordernissen der historischen Entwicklung eines jeden einzelnen Landes sowie dem Bewußtseins- und Organisationsstand der Massen entsprechen. Sonst löst sich die revolutionäre Avantgarde von den Massen und gleitet ab ins Abenteurertum.

Revolutionen – betonte der VI. Parteitag der PAA – reifen durch die Situation selbst heran, während ihr Sieg oder ihre Niederlage von dem Stand des subjektiven Faktors abhängt. Diesen Faktor kann aber nicht nur eine Gruppe von Menschen vertreten, auch wenn sie bezüglich der Revolution noch so bewußt und entschlossen sind, ja nicht einmal die Partei kann das. Es ist notwendig, daß der Großteil der Arbeiter die Notwendigkeit dieser Wendung verstanden hat und bereit ist, sich in den revolutionären Massenaktionen einzusetzen, daß die Kommunistische Partei die große Unterstützung der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen hat, und daß die anderen Schichten des arbeitenden Volkes, auch wenn sie die Partei schon nicht unmittelbar in ihrer ganzen Linie unterstützen, so dies doch in besonderen einzelnen Abschnitten des Kampfes tun. „Der subjektive Faktor", betonte Genosse Enver Hoxha auf dem VI. Parteitag der PAA, „wird weder einfach durch die Aktionen der Guerillazentrale noch durch bloße Agitation und Propaganda geschaffen. Dazu ist es unbedingt notwendig, wie Lenin lehrt, daß sich die Massen aus eigener Erfahrung und Praxis überzeugen.

## Die revolutionäre Bewegung und die Partei

Die Predigten von der Spontaneität, die eine Ideologie des Opportunismus in der Arbeiterbewegung darstellt, sollen in erster Linie die Notwendigkeit der marxistisch-leninistischen Theorie und der marxistisch-leninistischen Partei abstreiten. Die modernen Revisionisten verbreiten die Illusion, daß das sozialistische Bewußtsein im Kapitalismus, besonders in den entwickelten Industrieländern, eine spontane Bewegung hervorbringt. Sie behaupten, daß der Sozialismus von selbst komme, als ein Ergebnis der Entwicklung der Produktivkräfte und der Verschiebung des Kräfteverhältnisses auf der Welt zum Schaden des Imperialismus. Sie be-

haupten, daß unter diesen Umständen allerlei Parteien und Organisationen, angefangen von den bürgerlich-liberalen und den sozialdemokratischen Parteien bis hin zu den nationalen Befreiungsfronten und den Gewerkschaften, die im Dienste der Bourgeoisie stehen, Träger der Ideale des Sozialismus und Führer der Bewegung zur sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft werden können.

Auf dem Standpunkt der Anbeter der Spontaneität stehen tatsächlich auch einige Vertreter der „linken“ Kräfte, unabhängig von ihren subjektiven Absichten und Zielen. Diese leugnen die Notwendigkeit der Theorie des wissenschaftlichen Bewußtseins, sie erheben sich gegen die These Lenins, daß es ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Bewegung geben kann, sie verleugnen die Rolle der Vorhut, die mit der revolutionären Theorie des Marxismus-Leninismus gewappnet ist, sie halten es nicht für notwendig, klare politische Programme und eine wissenschaftliche Strategie und Taktik auszuarbeiten. Für sie ist nur wichtig, daß man die Revolution beginnt und durchführt. Wer sie leitet, ob das eine marxistisch-leninistische Partei oder eine andere Kraft ist, ist für sie ohne Bedeutung. Die Revolutionen, meinen sie, werden von parteilosen oder von einer Partei angehörenden Revolutionären durchgeführt. Sie meinen, es gebe keine mathematischen Gleichungen, wonach die Vorhut gleich der marxistisch-leninistischen Partei sei, daß die Guerillakräfte der Keim der Partei seien, daß die Volksarmee den Kern der Partei bilde und nicht umgekehrt usw. usf. Das Leben beweist jedoch auch heute, wie richtig die Schlußfolgerungen des großen Lenin sind, nämlich daß in den Predigten der Spontaneität die Wurzeln, die Ursprünge sowohl des rechten wie auch des linken Opportunismus zu suchen sind.

Genosse Enver Hoxha betonte in seinem Bericht an den VI. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens: „Es ist jetzt geschichtlich erwiesen, daß die Arbeiterklasse, unter welchen Bedingungen auch immer sie lebt und arbeitet, nicht ohne ihre Partei und nicht von selbst bewußt wird. Die Partei ist es, die die Arbeiterklasse aus einer 'Klasse an sich' in eine 'Klasse für sich' verwandelt!“ Aus den objektiven Bedingungen bzw. aus dem revolutionären Kampf selbst entsteht ein gewisses revolutionäres sozialistisches Bewußtsein. Es handelt sich in diesem Falle aber um eine sehr niedrige Stufe dieses Bewußtseins, ein – wie Lenin es nannte – tradeunionistisches Bewußtsein. Das hohe sozialistische Bewußtsein bildet sich nicht von selbst, spontan, sondern nur durch die marxistisch-leninistische Wissenschaft. Diese Wissenschaft eignet sich zunächst der fortschrittlichste Teil der Klasse an, jener Teil, der sich in der proletarischen Partei organisiert, die dann die ganze Klasse erzieht und dabei die revolutionären Ziele und Bestrebungen klar macht, den richtigen Weg zu diesen Zielen weist und die Klasse in ihrem historischen Kampf führt.

Die Partei ist unbedingt notwendig, nicht nur, damit in die Arbeiterklasse und in die werktätigen Massen das sozialistische Bewußtsein getragen wird und ihre Handlungen koordiniert werden. Ihr steht auch die führende Rolle zu, sie ist der theoretische, politische und praktische Stab der Revolution auf allen Gebieten – in Politik, Ideologie, Wirtschaft und Militär. Die führende Rolle der Partei leugnen bedeutet soviel wie die Arbeiterklasse vor der Bourgeoisie und der Reaktion unbewaffnet zu lassen. Die Geschichte kennt kein Beispiel, wo ohne die Kommunistische Partei der Arbeiterklasse, außerhalb ihrer führenden Rolle oder gar gegen die Kommunisten die proletarische Revolution gesiegt hat und der Sozialismus aufgebaut worden ist. Es kommt vor, daß dort, wo die kommunistischen Parteien schwach bzw. dem Revisionismus oder Reformismus verfallen sind, andere politische Kräfte die Führung der Revolution in die Hand nehmen. In diesem Fall handelt es sich aber um demokratische oder nationale Befreiungsrevolutionen, die sich nur dann in sozialistische proletarische Revolutionen umwandeln können, wenn sich die Arbeiterklasse und deren marxistisch-leninistische Partei an ihre Spitze stellen.

Damit eine Partei ihre erzieherische, organisatorische, mobilisierende und leitende Rolle auch tatsächlich spielen kann, darf sie nicht irgendeine beliebige Partei sein. Die Rolle der revolutionären Avantgarde der Arbeiterklasse kann nur die Partei spielen, die sich von der Vorhutstheorie des Proletariats leiten läßt und auf den organisatorischen Prinzipien des Marxismus-Leninismus aufgebaut ist. Lenin gehört das historische Verdienst, dem Proletariat gezeigt zu haben, daß es, um den Sieg zu erringen, unbedingt seine ideologische Einigkeit auf der Basis der marxistischen Ideologie mit der „materiellen Organsationseinheit“ festigen muß, daß es die „Millionen von Werktätigen in der Armee der Arbeiterklasse zusammenschließt“.



(Werke, Band 8, Seite 404). Darüber hinaus arbeitete Lenin die organisatorischen Grundlagen des Aufbaus der revolutionären Partei der Arbeiterklasse aus.

Die chruschtschowschen Revisionisten reden viel davon, daß sie den leninistischen Normen und Prinzipien des Parteiaufbaus getreu sind. In Wirklichkeit jedoch haben sie sie mit Füßen getreten, sie ihres revolutionären Inhalts beraubt, sie in revisionistische Normen gezwängt und degeneriert und verwenden sie für ihre konterrevolutionären Ziele. Unter der antimarxistischen Losung von der „Partei des ganzen Volkes“ oder der „Massenpartei“ liquidieren sie im Grunde genommen den Klassencharakter der proletarischen Parteien und verwischten den Unterschied zwischen der Partei und der Klasse und den Massen.

Als Parteien der sozialen Reformen innerhalb der kapitalistischen Ordnung organisierten sich die revisionistischen Parteien solcherart, daß sie nur noch für die legale Existenz und Tätigkeit innerhalb der bürgerlichen Gesetzlichkeit geeignet sind. Wie damals schon Kautsky und Konsorten, können sich auch die heutigen Revisionisten die Partei nur als legale Partei vorstellen. Auch die wenigen revisionistischen Parteien, die in einigen Ländern aus historischen Gründen noch immer illegal sind, bemühen sich mit allen Mitteln, das Recht zu erhalten, in die bürgerliche Legalität einzutreten und mit der Bourgeoisie gemeinsame Sache zu machen.

Im Gegensatz zu diesen Praktiken betonte Lenin, daß nur die Arbeiterpartei dieses Namens würdig ist, die imstande ist, notfalls in den illegalen Zustand überzugehen und die legale mit der illegalen Arbeit zu verbinden. Wenn man die legale Organisiertheit und die legale Tätigkeit nicht durch illegale Basen und durch illegale Organisierung und Tätigkeit ergänzt, kann man keine wirklich revolutionäre Arbeit leisten, können die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen nicht für die Revolution und die Diktatur des Proletariats vorbereitet werden.

Liberalismus und Legalismus sind organisatorisch die zwei wichtigsten Quellen der revisionistischen Entartung und zwei Hauptmerkmale der revisionistischen Parteien. Sie entspringen der revisionistischen Linie, Strategie und Taktik des „friedlichen Weges“ selbst. Die Abweichung von den ideologischen Prinzipien des Marxismus-Leninismus führt unvermeidlich auch zur Abweichung von den organisatorischen Prinzipien des marxistisch-leninistischen Parteiaufbaus. Das Leben hat bewiesen, daß die Parteien, die in Liberalismus und Legalismus abgleiten, entweder in bürgerliche Parteien des sozialdemokratischen Typs entarten, wie die heutigen revisionistischen Parteien, oder schreckliche Enttäuschungen erleben, die der revolutionären Bewegung sehr teuer zu stehen kommen, wie man es am Fall der KP Indonesiens sehen kann.

Einige der heutigen Revisionisten in Italien, Frankreich und anderswo gehen noch weiter. Sie bemühen sich zu beweisen, daß die leninistischen Normen und Prinzipien des Parteiaufbaus ihre Gültigkeit verloren haben, daß sie in einem bestimmten Maße nur noch für rückständige Länder gelten können, für die entwickelten kapitalistischen und sozialistischen Länder aber müßten sie durch neue Normen ersetzt werden. Sie sagen offen, daß es sich „nicht nur um einige Teilkorrekturen am Leninschen Parteimodell“ handle, sondern um „tiefgreifende Änderungen am Modell selbst.“ Sie sagen, daß man „das Problem global überprüfen und ein neues System der organisatorischen Prinzipien festsetzen“ müsse.

Sie greifen ganz besonders das Grundprinzip des Parteiaufbaus – den demokratischen Zentralismus – an, den sie als die Urquelle aller Übel betrachten, als die Wurzel des Bürokratismus und der Entartung der Partei. Sie sind für eine lockere Partei, ohne Disziplin und Gedanken- und Aktionseinheit, sie sind für die vollständige Freiheit, für entgegengesetzte Fraktionen und Linien, sie stellen sich die Partei als ein Gebäude mit zwei Eingängen, als einen Klub für Diskussionen vor, und das betrachten sie als das höchste, was es an Demokratie gibt.

Der Zentralismus und die Demokratie sind zwei Prinzipien die eine Einheit bilden. Auf ihrer Basis bildet und stählt sich die Aktions- und Gedankeneinheit der Partei, die dann ihre führende Rolle in der ganzen revolutionären Tätigkeit spielen kann. Der Zentralismus ohne Demokratie wird zu einem bürokratischen Zentralismus, wodurch sich die Führung über die Partei und die Klasse und gegen sie stellt. Die Demokratie ohne Zentralismus jedoch führt zu Zerfall, Anarchie und Verwirrung. Das Übel liegt also nicht im Prinzip des demokratischen Zentralismus, sondern in der Gegenüberstellung von Zentralismus und Demokratie. Im Leben entstehen zwischen diesen Seiten immer wieder Widersprüche. Es geht aber im wesentli-

chen darum, daß man weiß, wie man diese Schwierigkeiten überwinden kann und das Prinzip des demokratischen Zentralismus im Einklang mit den Bedingungen anwenden muß, unter denen die Partei wirkt. Dies gilt genauso für eine illegale wie für eine legale oder halblegale Partei, im Kapitalismus oder im Sozialismus. Ebenso muß man dieses Prinzip im Einklang mit den Entwicklungsetappen der Revolution und der Partei selbst anwenden. Die Formen, wie der Zentralismus und die Demokratie verwirklicht und kombiniert werden, sind verschieden und müssen verschieden sein. Das Prinzip des demokratischen Zentralismus aber bleibt nach wie vor das unantastbare absolut gültige Grundprinzip der revolutionären Partei der Arbeiterklasse.

Heute, wo sich die revisionistischen Parteien von den Stellungen des Marxismus-Leninismus auf allen Gebieten, dem ideologischen und politischen, wirtschaftlichen und militärischen, kulturellen und organisatorischen, endgültig entfernten, sind die marxistisch-leninistischen Parteien die einzigen Träger der proletarischen Ideologie, der Revolution und des Sozialismus. Obwohl diese Parteien in vielen Ländern noch jung sind, sind sie wirklich revolutionäre Parteien, die sich das Ziel gesteckt haben, die historische Mission der Arbeiterklasse zu erfüllen. Wenn sei eine richtige korrekte Strategie und Taktik verfolgen, sich mit den breiten Massen des Volkes eng verbinden und die Aktions- und Gedankeneinheit in ihren Reihen festigen und stählen, werden sie im Kampf gegen jeden opportunistischen rechten oder linken Einfluß bestimmt die heutige historische Forderung erfüllen und jenen subjektiven Faktor schaffen, der für die revolutionäre Umgestaltung der objektiven Realität unbedingt notwendig ist.

(Aus „Albanien heute" 1/73)





# Aufbau und Aufgaben der Post – Lage und Kampf der Postbediensteten in Österreich

### Untersuchungsbericht der Zelle Post Salzburg

*In den Gründungsdokumenten des KB Österreichs heißt es: „Um unsere Politik im Industrieproletariat verankern und unsere Organisation mit den Arbeitermassen verbinden zu können, müssen wir unser Augenmerk vor allem darauf richten, daß die Grundeinheiten der Organisation zellenmäßig arbeiten, d.h., daß sie in den objektiven Strukturen, in denen die Arbeiter- und Volksmassen leben, besonders in den großen Industriebetrieben, eine umfassende kommunistische Arbeit machen." Und weiters: „Zellenmäßiges Arbeiten unter den Massen erfordert eine genaue Kenntnis und genaue Berücksichtigung der jeweils besonderen Bedingungen und damit eine Arbeitsteilung, die sich nicht in erster Linie an innerorganisatorischen Gesichtspunkten orientiert, sondern vor allem an den objektiven Strukturen im Betrieb...." (*)*

*Die Genossen der Zelle Post der Ortsgruppe Salzburg können die Richtigkeit dieser Aussagen vollauf bekräftigen. Lange Zeit wurde die Arbeit entlang der objektiven Strukturen arg vernachlässigt. Kenntnisse über unseren Arbeitsbereich waren nur bruchstückhaft vorhanden und wurden kaum berücksichtigt. Die politische Arbeit wurde hauptsächlich nach innerorganisatorischen Gesichtspunkten ausgerichtet. Um die Massenarbeit war es schlecht bestellt.*

*Der vorliegende Untersuchungsbericht, der zu Beginn dieses Jahres in seiner ersten Fassung vorlag, war ein erster Schritt der Zelle, um sich bessere Kenntnisse über die Strukturen ihres Arbeitsbereichs zu verschaffen. Das ist die Voraussetzung, um eine umfassende kommunistische Arbeit unter Berücksichtigung der besonderen Bedingungen unseres Kampfabschnittes entfalten zu können.*

*Die Praxis hat inzwischen die Notwendigkeit dieses Schrittes bewiesen. In den letzten Monaten hat die Zelle Post eine lebhafte Agitationstätigkeit enwickelt; zwei- bis dreiwöchentlich erscheinen Flugblätter zu den brennendsten Problemen der Postkollegen. Seit Ende Mai gibt die Zelle eine Betriebszeitung heraus. Freilich dürfen wir uns mit diesen Fortschritten nicht begnügen. Der entscheidende Schritt steht noch an: der Schritt vom Agitieren zum Organisieren. So wichtig es ist, daß die Kommunisten die bestehenden Zustände enthüllen und kommentieren, so entscheidend ist es, ob und wie sie in diese Zustände eingreifen. Enthüllungen tragen bei, den Blick der Kollegen für ihre Lage zu schärfen. Die Lage selbst verändert sich dadurch noch nicht. Die Kommunisten müssen unbedingt in die Alltagskämpfe eingreifen und sie selbst organisieren. Das ist auch eine der Voraussetzungen, um tatsächlich den Alltagskampf mit dem Kampf um das Endziel zu verbinden.*

*Auf diesem Weg wird es sicher notwendig sein, die bisherigen Untersuchungen weiter zu vertiefen und zu präzisieren, um noch besser für unsere Aufgaben gerüstet zu sein.*

Arbeit geleistet.

Die Masse der Bediensteten ist in den Dienststellen des ausübenden Dienstes tätig. Das sind die rund 2.300 Post- und Telegraphenämter mit dem quantitativ größten Anteil an Bediensteten, gefolgt von den Fernmeldebetriebs- und Telegraphenbauämtern.

## II. Gliederung der Bediensteten

Die Differenzierung der Bediensteten geht eng einher mit der fortschreitenden Teilung der Arbeit im Kapitalismus. Die Zergliederung eines immer komplizierteren Arbeitsprozesses in immer kleinere, einfachere Teilprozesse hat auf der einen Seite ein Heer von gering qualifizierten und hoch spezialisierten Arbeitskräften geschaffen. Auf der anderen Seite erfordert sie Garanten für die Organisierung und Zusammenfassung der verschiedenen Teilprozesse durch einen Offiziersstab und eine Kommandozentrale.

Zur Besonderheit dieser Differenzierung gehört es, daß dieses Heer nicht von irgendeinem Privatkapitalisten kommandiert wird, sondern von der politischen Organisation der gesamten Kapitalistenklasse, dem Staat, und deren Sachverwalter. Dies entspricht eben der Funktion der Post, die wir eingangs erwähnt haben. Wenn im folgenden vom „Dienstherrn" und von der „Dienstaufsicht" die Rede ist, so verstehen wir darunter den bürgerlichen Staat, seine jeweilige Regierung sowie die bürgerliche Bürokratie im Verkehrsministerium, in der Generaldirektion und den regionalen Direktionen. Diese dünne Oberschicht, formell zwar demselben Dienstrecht und Dienstverhältnis unterworfen, verkörpert die politischen und ökonomischen Interessen des bürgerlichen Staates, in ihrer Hand liegen Wirtschaftsführung und politische Aufsicht. Obzwar von ihrem ökonomischen Status her selbst Lohnabhängige, sind ihre Interessen untrennbar mit den Interessen des Monopolkapitals verbunden.

*„Im Besitz der öffentlichen Gewalt und des Rechts der Steuereintreibung"*, schreibt Engels, *„stehn die Beamten nun da als Organe der Gesellschaft* über *der Gesellschaft."*(1) Und weiters: *„In ihr* (der demokratischen Republik) *übt der Reichtum seine Macht indirekt, aber umso sicherer aus. Einerseits in der Form der direkten Beamtenkorruption, wofür Amerika ein klassisches Beispiel, andrerseits in der Form der Allianz von Regierung und Börse ...."*(2) Und Lenin erklärt diese Interessensidentität: *„Insbesondere wird gerade das Kleinbürgertum auf die Seite der Großbourgeoisie hinübergezogen und ihr weitgehend unterworfen vermittels dieses Apparats, der den oberen Schichten der Bauernschaft, der kleinen Handwerker, Händler u.a. verhältnismäßig bequeme, ruhige und ehrenvolle Pöstchen verschafft, die deren Inhaber* über *das Volk erhebt."*(3) Wobei er im folgenden keinen Zweifel offenläßt, daß er damit im wesentlichen diese bürgerliche Demokratie meint. Die Spaltung zwischen Kapitalfunktionären und einfachen Werktätigen bei der Post streicht er hervor, wo er *„die Post als Muster sozialistischer Wirtschaft"* bezeichnet und die Bedeutung dieser Spaltung im Hinblick auf die Zerschlagung des bürgerlichen Staates aufzeigt: *„Über den 'einfachen' Werktätigen, die schuften und darben, steht hier die gleiche bürgerliche Bürokratie"* (wie bei anderen staatskapitalistischen Monopolen) *„Doch der Mechanismus der gesellschaftlichen Wirtschaftsführung ist hier bereits fertig vorhanden. Man stürze die Kapitalisten, man breche mit der eisernen Faust der bewaffneten Arbeiter den Widerstand dieser Ausbeuter, man zerschlage die bürokratische Maschinerie des modernen Staates – und wir haben einen von dem 'Schmarotzer' befreiten technisch hochentwickelten Mechanismus vor uns, den die vereinigten Arbeiter sehr wohl selbst in Gang bringen können, indem sie Techniker, Aufseher, Buchhalter anstellen und ihrer* aller *Arbeit, wie die Arbeit* aller *'Staats'beamten überhaupt, mit dem Arbeitslohn bezahlen .... Unser nächstes Ziel ist, die* gesamte *Volkswirtschaft nach dem Vorbild der Post zu organisieren ..."*(2)

Dieser Dienstaufsicht gegenüber steht die große Masse der Bediensteten. Bezüglich ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage unterscheidet sie sich in nichts von anderen Abteilungen der Werktätigen. Wie jeder andre Lohnarbeiter betritt der Postarbeiter den Arbeitsmarkt als Verkäufer seiner Arbeitskraft, ebenso wie der Kapitalist Staat als Käufer fungiert. Was der Staat den anderen Käufern von Arbeitskraft voraus hat, ist das Lockmittel der gesetzlich garantierten „Sicherheit" des Arbeitsplatzes. Diese „Sicherheit" ist aber nur ein Bestandteil eines besonderen Dienstreglements, dem sich der Postarbeiter nun zu unterwerfen hat. Die wesentliche Seite dieses Reglements sind nicht die paar Krümel besonderer Rechte, sondern die Einschränkung wesentlicher demokratischer und Arbeiterschutzrechte. Die Absicht des Dienstherrn ist augenscheinlich: Der Versuch, Konflikte, die aus der Spaltung der Bediensteten unvermeidlich hervorgehen, von vornherein einzudämmen. Und vermittels der Krümel besonderer Rechte die Spaltung für den Augenschein zu kitten und eine Komplizenschaft der Lohnabhängigen im Öffentlichen Dienst mit der Bourgeoisie herzustellen.

Die Bemühungen der Bourgeoisie, die real existierende Klassenspaltung im Öffentlichen Dienst zu vertuschen, laufen stets auf dasselbe hinaus: nämlich die Bediensteten insgesamt gegen die anderen Teile der Arbeiterklasse und des Volkes auszuspielen. „Versucht Kreisky dagegen, den Moloch (gemeint ist pauschal die Beamtenschaft) weiterhin besänftigend zu füttern, so riskiert er die Gunst des ganzen Volkes ...", weil „eine gewerkschaftlich organisierte Beamten-Hydra im Begriffe ist, jenen Steuertopf leerzufressen, aus dem Kreisky die Wähler mit Reformprogrammen speisen wollte." (5)

Gegenüber diesen Manövern und Spaltungsversuchen müssen die Kommunisten stets die Klassenspaltung im Öffentlichen Dienst herausarbeiten. Sie müssen in den Arbeiter- und Volksmassen das Bewußtsein verbreiten, daß die Masse der Öffentlich Bediensteten ein Teil der gemeinsamen Kampffront gegen den bürgerlichen Staat sind. Ebenso müssen sie in die Masse der Bediensteten das Bewußtsein tragen, daß sie zu dieser gemeinsamen Kampffront gehören.

*„Heute ist es nicht so, daß die Arbeiterbewegung einem fest mit der Bourgeoisie verwachsenen Staatsapparat gegenüberstünde, in dem es bloß einzelne gibt, die mit diesen reaktionären Ziele nicht einverstanden sind. Der 'öffentliche Dienst' stellt sich heute, zu Beginn der Reaktion, bereits* gespalten *dar. Gespalten in die Millionenmassen der Beschäftigten und in die Dienstaufsicht. Die Verbreiterung und Vertiefung dieser Spaltung ist für die Arbeiterbewegung von hohem strategischen Rang. Die Arbeiterklasse muß den Staatsapparat zerschlagen, sonst kann sie den Sozialismus nicht aufbauen. Das ist unendlich leichter, wenn der Staatsapparat nicht einheitlich ist, sondern von Kämpfen geschüttelt und zersetzt wird."*(6)

Die Spaltung zwischen Dienstaufsicht und der großen Masse der Postarbeiter ist eine entscheidende Voraussetzung für jede weitere Untersuchung.

### Beamte und Vertragsbedienstete

1976 waren bei der Post insgesamt 56.386 Bedienstete beschäftigt, davon 40.894 Beamte und 15.474 Vertragsbedienstete (Geschäftsbericht der Post für 1976). Im wesentlichen unterscheiden sich diese beiden Gruppen in

a) der Art des Dienstverhältnisses,
b) der dienstrechtlichen Stellung und
c) der Entlohnung, Sozial- und Pensionsversicherung.

zu a) Der Beamte ist einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis unterworfen, das durch Über- und Unterordnung gekennzeichnet ist. Er wird durch einseitigen staatlichen Hoheitsakt „ernannt" und damit den Bestimmungen der Dienstpragmatik verpflichtet, dem Kernstück des besonderen Dienstrechts. Der Vertragsbedienstete geht ein privatrechtliches Dienstverhältnis ein, das durch die „Gleichheit der Vertragspartner" gekennzeichnet ist – praktisch ein Angestellter oder Arbeiter beim Kapitalisten Staat. Und weil das eben ein besonderer Dienstgeber ist, unterliegt auch er einem besonderen Dienstrecht, nämlich dem Vertragsbedienstetengesetz, das in zahlreichen Bestimmungen der Dienstpragmatik entspricht.

zu b) Für seine Unterwerfung unter den bürgerlichen Staat und seine Treueerklärung auf das herrschende Gesellschaftssystem sichert der Dienstheer dem Beamten ein Dienstverhältnis auf Lebenszeit zu. Es kann nur durch ein entsprechendes Erkenntnis der Dienstbehörde im Disziplinarweg oder durch freiwilligen Verzicht des Beamten aufgelöst werden. Weiters werden Rechtsstreitigkeiten aus dem Dienstverhältnis im Dienstweg von der Dienstbehörde ausgetragen (Grundlage: Dienstrechtsverfahrensgesetz).

Der Vertragsbedienstete hat diesen Kündigungsschutz nicht. Sein Dienstverhältnis kann ohne besondere Förmlichkeit aufgelöst wer-

den. Die Kündigungs- bzw. Entlassungsgründe sind im Vertragsbedienstetengesetz (§ 32 - 34) enthalten, worin als ein Grund auch genannt wird: *„wenn eine Änderung des Arbeitsumfanges, der Organisation des Dienstes oder der Arbeitsbedingungen die Kündigung notwendig macht ...“* (§ 32, Abs. 2, lit. g).

Über Streitigkeiten aus dem Dienstverhältnis entscheidet das Arbeitsgericht. Der Vertragsbedienstete unterliegt somit einer doppelten Entrechtung. Einerseits durch das besondere Dienstrecht geknebelt wie die Beamten, hat er andererseits nicht die relative „Sicherheit“ des Arbeitsplatzes.

zu c) Beamte und Vertragsbedienstete werden nach getrennten Schemata entlohnt. Ein Beamter und ein Vertragsbediensteter, gleich eingestuft im jeweiligen Schema, werden unterschiedlich entlohnt. Zum Beispiel ein Beamter in D/I/5 erhält S 5.459,-, ein Vertragsbediensteter in d/5 S 5,711,-. Der Vertragsbedienstete hat dagegen höhere Beiträge für Kranken- und Pensionsversicherung zu entrichten.

Für beide Gruppen gibt es jeweils zwei Schemata (Beamte der Allgemeinen Verwaltung, Beamte in handwerklicher Verwendung, Vertragsbedienstete: Angestellte, Arbeiter), in jedem Schema wieder 5 bzw. 6 Untergruppen, insgesamt also 22, und für jede Untergruppe wieder bis zu 21 Gehalts- bzw. Entlohnungsstufen, summa summarum 480.

Dieses monströse Entlohnungssystem erschwert die Einheit von Beamten und Vertragsbediensteten erheblich, in ihm ist bereits deutlich die Spaltung angelegt. Ein klarer Beweis dafür ist das jüngste Gehaltsabkommen. Die ÖGB-Führer verweisen in ihren Postillen darauf, daß der 0,5 %-Gehaltsabzug für die Erhöhung der Pensionsbeiträge nur für die Beamten gilt, während die Vertragsbediensteten die vollen 8 % kriegen (falls sie nicht ohnehin in den Mindestbetrag von S 550,- brutto fallen – das sind nämlich 71 % der Postbediensteten!). Was nichts anderes bedeutet, als daß die nächste Gehaltserhöhung dank diesem System für Beamte und Vertragsbedienstete in verschiedenem Ausmaß abgeschlossen wurde.

Bezüglich Sozial- und Pensionsversicherung sind Beamte und Vertragsbedienstete unterschiedlich organisiert: die einen in der Bundesversicherungsanstalt öffentlich Bediensteter auf Grundlage des Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes und des Pensionsgesetzes; die anderen bei der Gebietskrankenkasse, der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt, der Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten bzw. Arbeiter auf der Grundlage des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes und des Arbeitslosenversicherungsgesetzes.

Zusammenfassend läßt sich sagen: Neben einem Stab schwer kündbarer Beamter, quasi einer „Stammarbeiterschaft“ beschäftigt der Staat eine große Zahl leicht kündbarer Arbeitskräfte. Und zwar vor allem in produktiven und Dienstleistungsbereichen, deren Wohl und Wehe eng mit den Krisen der kapitalistischen Wirtschaft verbunden sind. Diese Schicht – und von ihr hauptsächlich die unteren Gruppen – sind am meisten betroffen von der Rationalisierungswelle im Öffentlichen Dienst.

Vor allem bei den Beamten, aber auch bei den Vertragsbediensteten zieht sich die Spaltung zwischen Dienstaufsicht und der großen Masse der kleinen und mittleren Bediensteten durch.

### Bedienstete der „Allgemeinen Verwaltung“ und „in handwerklicher Verwendung“

Diese Unterscheidung ist im wesentlichen nichts anderes als ein Mittel, innerhalb der Masse kleiner und mittlerer Bediensteter weitere Formen der Spaltung hineinzutragen. Erstens ist es um die Aufstiegschancen der Handwerker schlechter bestellt als für Bedienstete der Allgemeinen Verwaltung. Ein gelernter Facharbeiter erreicht im besten Fall die III. Dienstklasse mit der höchsten Gehaltsstufe von S 8.283,-. Ein Beamter im Fachdienst (Verwendungsgruppe C der Allgemeinen Verwaltung) hingegen kann die V. Dienstklasse erreichen und hat außerdem die Chance, durch Ablegen von Dienstprüfungen in eine höhere Verwendungsgruppe überstellt zu werden.

Zweitens sind die Handwerker lohnmäßig schlechter gestellt. Zwar entspricht noch die unterste Verwendungsgruppe (P6) derselben der Allgemeinen Verwaltung (E), aber erst P3 entspricht der nächsthöheren in der Allgemeinen Verwaltung (D) und die oberste (P1) entspricht nicht einmal dem Fachdienst (C).

Insgesamt trägt diese Spaltung nur dazu bei, die Konkurrenz unter den Bediensteten zu erhöhen, was dem Dienstherrn ermöglicht, einzelne Gruppen gegeneinander auszuspielen. Als Boden für die Ausbildung gruppenbornierter Interessen ist diese Spaltung ein Hindernis für die Herstellung der Kampfeinheit der Kollegen.



### Gliederung nach Verwendungsgruppen

Auf die beiden höchsten Verwendungsgruppen A und B, bzw. bei den Vertragsbediensteten a und b entfallen etwa 20 % der Bediensteten. Von diesen wiederum sind etwa ein Fünftel in A bzw. a oder besetzen die leitenden Positionen.

Der Mittelbau, also Fachdienst (C,c) bzw. Facharbeiter, umfaßt rund 30 % der Bediensteten.

Der „Rest“, also die Hälfte aller Postbediensteten, sind in den untersten Verwendungsgruppen, in D und E, P4 bis P6 (an- und ungelernte Arbeiter) sowie in den untersten Entlohnungsgruppen der Vertragsbediensteten (d,e, p4 - p6). Diese Gliederung zeigt die deutliche Polarisierung zwischen einer dünnen Oberschicht bürgerlicher Bürokraten und der großen Masse einfacher Werktätiger.

## III. Lage der Bediensteten

### Unternehmensplan – Programm zur Abwälzung der Krisenfolgen

*„Um das Leben der kapitalistischen Ordnung zu verlängern, bemühen sich die Monopole und der bürgerliche Staat, die heutige Wirtschafts- und Finanzkrise dadurch zu mildern, daß sie ihre ganze Last auf die Arbeiterklasse abwälzen. Zu diesem Zweck greifen sie zu allerlei Mittel: Sie stoppen die Löhne der Arbeiter, vergrößern die Ausbeutung der Arbeiter und anderen werktätigen Massen, erhöhen die Inflation, verstärken die Militarisierung der Wirtschaft, betreiben eine Politik der Aggression und des Krieges, setzen die Preise für Waren und Dienstleistungen herauf usw.“* (7)

Zur Durchsetzung dieser Mittel steigen die Anforderungen der Bourgeoisie an ihren Staat sprunghaft an. Der Staatsapparat bläht sich gewaltig auf, um seinen Aufgaben, Sicherung des Ausbeutersystems und gewaltsame Unterdrükkung der dagegen rebellierenden Arbeiter- und Volksmassen gerecht zu werden. Der bewaffnete Gewaltapparat wird ständig ausgebaut. Eine Menge reaktionärer Gesetze zur Knebelung des Volkes und zur Verbesserung des Ausbeutungsgeschäftes werden entlassen. Die Ausplünderung der Volksmassen durch Steuern und Tarife wird ständig verschärft, um die wachsenden Kosten der staatlichen Verwaltungs- und Unterdrückungsmaschinerie zu decken.

Diese Entwicklung hat tiefgreifende Einwirkungen in die verschiedenen Sektoren des Öffentlichen Dienstes. Der Staat nützt im Rahmen der Ausplünderung des Volkes sein Postmonopol aus. Die immense Verteuerung der Tarife und Gebühren, deren erste Etappe 1976 erfolgte, ist Bestandteil seines allgemeinen Steuerraubzuges, den die SP-Regierung im Rahmen ihrer „Sanierungspolitik“ durchführt.

Gleichzeitig wächst der Druck auf die Gehälter der großen Masse der Postbediensteten und die anderen öffentlichen Bediensteten. Das Gehaltsabkommen 1976 und das eben abgeschlossene Abkommen, eine Prolongierung und Vertiefung des Lohnabbaus für die Masse der Öffentlich Bediensteten, bieten ihr eine gute Handhabe, die längst eingeleitete Rationalisierungswelle immens zu verschärfen. Ihre „Sanierungspolitik“ für die Post hat die Regierung 1975 in ein Programm gegossen, den Unternehmensplan 1975 bis 1979. Die Grundzüge dieses Plans sind:

* Verschärfte Ausplünderung der Massen über stufenweise Erhöhung der Tarife und Gebühren. Die erste Etappe 1976 hat eine 50 bis 100 %ige Erhöhung gebracht. Verschiedene Sonderleistungen für die Kapitalisten sind hingegen nur unwesentlich verteuert worden (z.B. Gebühren für Massensendungen, Beitrag für die Zustellung der Samstagzeitungen u.a.). Anfang 1977 wurden die Fernmeldegebühren kräftig angehoben, für 1978/79 steht die nächste Etappe der allgemeinen Tarif- und Gebührenerhöhung bevor. Das hat inzwischen vor allem die SP-Regierung durchgesetzt und tut es weiter.
* „Auf dem *personellen Sektor* sind alle Möglichkeiten organisatorischer und technischer Natur zur *weitgehenden Stabilisierung des Personalstandes im Planungszeitraum* auszuschöpfen.“ (8)

Organisatorischer Natur: Personalsparmaßnamen, schärfere Durchrechnungen, Abwertung vor allem von großen Ämtern und Dienststellen; da für den Planungszeitraum steigende Verkehrsleistungen und Arbeitseinheiten vorgesehen sind, bedeutet „Stabili-

sierung" nur: Rationalisierungen, wachsende Arbeitshetze, Intensivierung der Arbeit, Ausdehnung des Arbeitstages, mehr Überstunden, steigende Mehrleistung.
Technischer Natur: Automatisation, verstärkter Einsatz der Elektronik, v.a. im Fernmeldewesen und Computertechnik – damit bedingt: Abbau und Dequalifizierung der Arbeitskraft.
Untersuchen wir im einzelnen, inwieweit dieser Plan bisher verwirklicht worden ist und welche Folgen daraus für die Masse der Bediensteten erwachsen sind.

## Gehaltsniveau/Entwicklung der Gehälter

Eine Hauptwurzel der wachsenden Unzufriedenheit der Kollegen ist die miserable Gehaltssituation. Dies wird deutlich belegt durch die Tatsache, daß beim jüngsten Abkommen für 1978 71 % der Bediensteten (39.281 Kollegen) in den Mindestbetrag von S 550,- abzüglich 0,5 % Erhöhung des Pensionsbeitrages fällt. Das bedeutet, daß 71 % der Kollegen derzeit weniger als S 6.860,- brutto verdienen!

Aufgegliedert nach den einzelnen Gruppen fallen unter den Mindestbetrag:
Beamte, Verwendungsgruppe E
Handwerker, P4 - P6
Vertragsbedienst., Entlohnungsgruppe e
Arbeiter, p5 und p6
Beamte

Beamte D/III/3 (28 Dienstjahre)
P/III/3 (28 Dj.)
P2/III/2 (26 Dj.)
P1/III/1 (24 Dj.)
C/II/4 (18 Dj.)
B/II/3 ( 6 Dj.)
Vertragsbedienstete:
d/11 (22 Dj.)
p4/19 (38 Dj.)
p3/11 (22 Dj.)
p2/10 (20 Dj.)
p1/9 (18 Dj.)
c/8 (16 Dj.)
b2 ( 4 Dj.)

Während sich das Gehalt des Höchstverdieners dieser 71 % der Kollegen von 6.860,- um 550,- auf 7.410,- erhöht, steigt das Gehalt eines Sektionschefs in IX/6 von 40.556,- um 3.244,- auf 43.800,- an!

Dieses Niveau hinkt etwa um 12 bis 20 % hinter den Industrielöhnen nach. Zum Sterben zuviel – zum Leben zu wenig, das ist die Situation für die Masse der Bediensteten, und diese Situation zwingt zu Überstunden, zu Turnus-, Nacht- und Schichtarbeit, um in den „Genuß" der Zulagen für menschenunwürdige Dienste zu gelangen – hat man nichts zu beißen, muß man sich was beschaffen.

Man sieht: In diesem Gehaltsniveau ist der Zwang zur Mehrarbeit unausweichlich. Der kapitalistischen Rationalisierung ist Tür und Tor geöffnet. Die Ziele des Unternehmenplans rükken in greifbare Nähe.

Die miserablen Gehälter sind die Folge einer „Tradition" von Prozentabschlüssen. Derselbe Beamte oder Vertragsbedienstete, der heute 6.860,- verdient, hat 1971 4.372,- verdient. Seither hat er folgende Gehaltserhöhungen durchgemacht:

| | Gehaltserhöhung | Teuerungsrate |
|---|---|---|
| 1972 | 6,6 % | 6,3 % |
| 1973 | 7,7 % | 7,6 % |
| 1974 | 10,3 % | 9,5 % |
| 1975 | 11,8 % | 8,5 % |
| 1976 | 10,5 - 6,5 % | 8,0 % |
| 1977 | 1,5 % | etwa 6 - 7 % |

Man muß in Rechnung stellen, daß jede Gehaltserhöhung eine Brutto-Erhöhung ist, also Lohnsteuer und Sozialversicherung (über 20 %) abgezogen werden müssen. Ausgenommen 1975 ist faktisch jeder Abschluß mit Lohnabbau verbunden und der letzte erst recht.

Deutlich wird auch aus dieser Entwicklung die Polarisierung zwischen den kleinen Bediensteten und den Beamten der Dienstaufsicht:

| | 1971 | 1977 | 1978 | steigerung |
|---|---|---|---|---|
| niedrigstes Gehalt | 2.832 | 4.515 | 5.177 | 2.345 |
| höchstes Gehalt | 28.288 | 43.271 | 46.731 | 18.443 |



## Entwicklung des Personalstandes

(Unter besonderer Berücksichtigung des Landes Salzburg)

„... weitgehende Stabilisierung des Personalstandes ...." – dieses im Unternehmensplane genannte Ziel der Postverwaltung hat sie mehr als erreicht:

| Jahr | Beamte | VbI (Ang.) | VbII (Arb.) | Teilkräfte | Summe |
|---|---|---|---|---|---|
| 1960 | 26.438 | 11.128 | 4.583 | 2.619 | 44.768 |
| 1971 | 37.275 | 11.657 | 1.608 | 2.442 | 52.982 |
| 1973 | 38.487 | 12.140 | 1.696 | 2.573 | 54.896 |
| 1974 | 39.202 | 13.193 | 1.757 | 2.575 | 56.727 |
| 1975 | 40.028 | 11.952 | 1.772 | 2.479 | 56.231 |
| 1976 | 40.894 | 11.262 | 1.746 | 2.466 | 56.368 |
| 1977 | - | - | - | - | 55.325 |

Vb – Vertragsbedienstete

| | 1960 | 1971 | 1973 | 1974 | 1975 | 1976 | 1977 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| aktive Bed. | 44.768 | 52.982 | 54.896 | 56.727 | 56.231 | 56.368 | 55.325 |
| Zu- u. Abnahme abs. | - | +8.214 | +1.914 | +1.831 | −496 | +137 | −1.043 |
| Zu- u. Abnahme in % | - | +18,35 | +3,61 | + 3,34 | − 0,87 | +0,24 | −1,85 |

höchster Stand: 56.727 (1974)
tiefster Stand: 55.325 (1977)
Abnahme absolut: − 1.402
in %: − 2,47

Insgesamt ist der Personalstand seit 1960 um 1o.557 Bedienstete gestiegen (23,6 %). Das ist eine durchschnittliche jährliche Steigerung um etwa 1,4 %. Diese Entwicklung hat sich seit 1974 umgekehrt. Darin kommen deutlich die Auswirkungen der Krise zum Ausdruck sowie die Konsequenzen, die der bürgerliche Staat daraus gezogen hat.

Aber die Krise war nur Anlaß zu verstärkten Sparmaßnahmen. Wachsende Mehrleistungen wurden von den Bediensteten bereits vorher laufend erbracht. Zwar stieg ihre Zahl zwischen 1969 und 1974 um 5.267 an, also um 10, 24 %, doch in derselben Zeit nahmen Verkehrsleistungen und Arbeitseinheiten in den wichtigsten Bereichen um durchschnittlich 30 % zu.

Mit der Krise nahm diese Diskrepanz spürbar zu. Bei nunmehr jährlichen Steigerungsraten zwischen 2 bis 19 %, im Fernmeldesektor sogar bis 33 % (genauere Angaben siehe später). Welche gewaltigen Mehrleistungen dahinter stehen, zeigt folgender Vergleich:

| | 1969 - 1974 | 1974 - 1977 |
|---|---|---|
| jährliche Zunahme des Arbeitsvolumens in % | 5 - 6 % | 4 - 5 % |
| Jährliche Zu-/Abnahme des Personalstandes in %: | +1,4 % | −0,8 % |
| jährliche Leistungssteigerung im Durchschnitt pro Bediensteten: | +3,6 | +14,2 |

Diese Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Verbunden mit dem Personalabbau ist die Mehrleistung pro Kopf sprunghaft angestiegen. Berücksichtigt man noch die Arbeitszeitverkürzung 1975, so bedeutet dies, daß weniger Bedienstete in geringerer Zeit wesentlich mehr arbeiten müssen. (9)

Betrachtet man die Aufschlüsselung nach Beamten und Vertragsbediensteten, so steht einer relativen Zunahme der Beamten eine relative Abnahme der Vertragsbediensteten gegenüber. Dies entspricht der Tendenz, daß die Vertragsbediensteten von den Sparmaßnahmen am meisten betroffen sind. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß zahlreiche Vertragsbedienstete ins Beamtenverhältnis übernommen worden sind. Was auch die stetige Zunahme der Beamten bewirkt. Dennoch setzt sich die Tendenz voll durch: Von den bisher abgebauten Arbeitskräften beträgt der Anteil der Vertragsbediensteten 80 %.

### Personalstandsentwicklung im Land Salzburg

| | 1974 | 1975 | 1976 | 1977 |
|---|---|---|---|---|
| tatsächlicher Stand | 3.898 | 3.928 | 3.847 | 3.809 |
| Zu- u. Abnahme absolut | - | + 30 | − 81 | − 38 |
| Zu- u. Abnahme in % | - | + 0,77 | − 2,06 | − 1,0 |
| Sollstand | 4.615 | 4.705 | 4.722 | 4.722 |
| Fehlstand | 717 | 777 | 875 | 963 |

Diese Zahlen bringen zum Ausdruck: Der Personalstand, bereits 1974 als „völlig unzulänglich" bezeichnet, hat sich wesentlich verschlechtert. Die Schere zwischen tatsächlichem Stand und Sollstand klafft immer weiter auseinander. Zu berücksichtigen ist dabei, daß der Sollstand jeweils auf Grund der Verkehrsleistungen und Arbeitseinheiten des Vorjahrs für das laufende Jahr ermittelt wird. Die unveränderte Zahl von 1977 drückt nur aus, daß die Verkehrsleistungen 1976 auf Grund der saftigen Tariferhöhungen bei der Post gegenüber 1975 nicht angestiegen sind. Zwar liegen für 1977 noch keine Zahlen vor, aber es wird auch von höheren Stellen vermerkt, daß im ersten Halbjahr die Verkehrsleistungen wieder angestiegen sind. Das bedeutet also, daß der Sollstand hinter dem aktuellen Stand nachhinkt, die Personalmisere dadurch noch beschönigt wird.

Insgesamt zeichnet sich für den Zeitraum 1974 und 1977 eine Steigerung der Verkehrsleistungen und Arbeitseinheiten ab. Im Verhältnis dazu ist der Personalstand rückläufig (− 2,3 %) gegenüber 1974, − 3 % gegenüber dem Höchststand 1975); der Fehlstand, also die Differenz zwischen vorgesehenem Personalstand und dem tatsächlichen ist sogar um ein Drittel angestiegen. Das bedeutet: Vier Kollegen arbeiten einen fünften ständig ein und müssen dabei noch stets steigende Arbeitsleistungen erbringen.

### Entwicklung in den einzelnen Zweigen (Land Salzburg)

| Betriebszweig | Systemstand | | Urlaubs- u. Krankeners. | | Sollstand | | Iststand | | Fehlstand | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 1975 | (1974) | 75 | (74) | 75 | (74) | 75 | (75) | 75 | (74) |
| Inspektorat | 37 | ( 36) | --- | (---) | 37 | ( 36) | 37 | ( 36) | --- | (---) |
| Postbetriebsd. | 2064 | (2027) | 352 | (360) | 2416 | (2387) | 2161 | (2194) | 255 | (193) |
| FBA Betrieb | 181 | ( 184) | 14 | | 195 | ( 198) | 163 | ( 198) | 32 | ( 9) |
| Technik | 566 | ( 515) | --- | (---) | 566 | ( 515) | 401 | ( 385) | 165 | (130) |
| TBA | 884 | ( 873) | --- | (---) | 884 | (873) | 619 | ( 517) | 265 | (302) |
| PBL | 271 | ( 271) | 48 | ( 48) | 319 | ( 319) | 294 | ( 282) | 25 | ( 37) |
| sonst. Bed. | 288 | ( 287) | --- | (---) | 288 | ( 287) | 244 | ( 241) | 44 | ( 46) |
| | 4291 | (4193) | 414 | (422) | 4705 | (6415) | 3919 | (3898) | 786 | (717) |

*Erläuterungen:* FBA – Fernmeldebetriebsamt, TBA – Telegraphenbauamt, PBL – Postautobetriebsleitung. Die Zahlen in Klammer sind die vom 1.7.74, die daneben vom 1.9.75.
Systemstand ist jene Zahl, die auf Grund der Durchrechnungen der Direktion als notwendig ermittelt wird. Dazugezählt wird die Reserve für die Abwicklung von Krankenständen und Urlauben. Die Summe ergibt den „planmäßigen" Sollstand.

Es fällt auf, daß vor allem in den technischen Bereichen (FBA-Technik und TBA) im Verhältnis zu den dort tatsächlich Beschäftigten am meisten eingespart wird. Das wird deutlich, wenn man den Fehlstand in den einzelnen Zweigen im Verhältnis zum Sollstand ausdrückt: Beträgt der Durchschnitt 16,7 %, so erreicht er bei FBA-Technik und TBA fast das Doppelte (29,2 % und 30 %).

Gerade in diesen Bereichen sind viele Handwerker, und darunter viele an- und ungelernte Kräfte beschäftigt. Weiters fällt auf, daß bereits 1974/75 im Postbetriebsdienst eine rückläufige Tendenz eingesetzt hat trotz Steigerung der Verkehrsleistungen und Arbeitseinheiten.

Deutlich wird auch, wie die Schere zwischen Ist- und Sollstand auseinandergeht: Der Sollstand wurde um 1,95 % erhöht, der Iststand jedoch nur um 0,55 %.

Eine Kürzung wurde auch bei der Kranken- und Urlaubsreserve vorgenommen. Betrug sie 1974 noch 9,15 % vom Sollstand, sank sie 75 auf



8,8 %. Inzwischen ist sie bereits auf 2,4 % zurückgeschraubt worden – obwohl mehr als 16 % vorgesehen sein müßten (FCG-Schmied in den „Salzburger Nachrichten"). Diese Reduzierung hat eine wesentliche Verschärfung bei der Urlaubsabwicklung zur Folge. Die Zahlen stammen aus der Zeit, in der der Personalstand noch leicht zugenommen hat. Seither sind zwischen 1975 und 1977 119 Posten abgebaut worden. Man kann sich vorstellen, daß sich in jedem Betriebszweig (ausgenommen dem Inspektorat ....) die Situation wesentlich verschärft hat.

### Weitere Rationalisierungen: Durchrechnungen als eine Form der Arbeitsplatzbewertung

Die gegenwärtig scharfe Rationalisierungswelle findet ihren Ausdruck auch in Form der Durchrechnungen. Vor allem größere Postämter sind davon betroffen; wo 500 Menschen arbeiten, lassen sich leichter 5 „wegsparen", als in kleinen Postämtern, wo nur 5 arbeiten.

Die Verwaltung bedient sich dabei eines komplizierten Systems. In stichprobenartigen Erhebungen wird die Arbeitsleistung eines Postamts festgestellt, wobei als Grundlage der von den Amtsvorständen geführte „Arbeitsausweis" gilt, weiters besondere Zählungen. Die Arbeitsleistung wird mittels eines umfangreichen Schlüssels in Arbeitseinheiten umgerechnet, die mit Punkten bewertet werden. Die Gesamtpunktezahl wird dann wieder umgerechnet auf Dienstposten, wobei die verschiedenen Verwendungsgruppen (A und B, C bis E) jeweils eine abgestufte Punktezahl zugeordnet erhalten.

Bezeichnenderweise finden Durchrechnungen meist in der „toten Zeit" statt, also wenn der Arbeitsanfall vorübergehend abnimmt. Das führt zu der absurden Situation, daß die konkreten Verkehrsleistungen verschiedener Postämter ständig sinkt, die gesamte Verkehrsleistung hingegen stets steigt.

### Tabelle: Steigerung der Verkehrsleistungen 1969 – 1974

| | | 1969 | 1974 | Steigerung in % |
|---|---|---|---|---|
| Post: | | | | |
| Briefsendungen | Inland | 779,678.000 | 1,039,245.000 | + 29,95 |
| Pakete Inland | | 30,018.000 | 36,012.000 | + 20,00 |
| Postauto: | | | | |
| Fahrgäste Inland | | 71,427.374 | 120,300.570 | + 68,42 |
| Telefon: | | | | |
| Hauptanschlüsse | | 889.816 | 1,390.456 | + 54,61 |
| Gebührenstunden (In- und Ausland) | | 106.217.693 | 287.163.254 | +170,35 |

Bei den Drucksacken und Massensendungen beträgt die Steigerung zwischen 1960 und 1973 66,7 % (von 288,5 Mio. auf 481,5 Mio.); bei den Telefon-Hauptanschlüssen zwischen 1966 und 1973 198,6 % (von 428.807 auf 1,260.524), also fast das Dreifache! – Im Zeitungsdienst ist ein Anstieg zwischen 1972 (394,564.000) Exemplare) und 1974 (456,200.000 Ex.) von fast 62 Mio. zu verzeichnen; binnen 2 Jahren eine Steigerung von 15,6 %).

Die Amtsvorstände bzw. Dienststellenleiter haben beim System der Durchrechnungen Helferfunktionen. Jährlich ergehen Runderlässe der Direktionen mit der Aufforderung, den Arbeitsprozeß genau zu beobachten, „Schwachstellen" zu finden, den Kollegen zusätzliche Aufgaben aufzulasten, um so Raum für Einsparungen zu schaffen. Für diese Gehilfenrolle gibt es gutdotierte Prämien.

Die Tendenz, mit sinkendem Personalstand wachsende Verkehrsleistungen zu bewältigen, wird sich in Zukunft noch verstärken. Der „Unternehmensplan" setzt folgende Steigerungsraten in den wichtigsten Zweigen fest:

- 33 % mehr Telefonanschlüsse – damit verbunden sind erhöhte Leistungen im Leitungsbau (Ortsnetze) und Service.
- Jährliche Zuwachsraten im Postzeitungsdienst um 7 - 9 %;
- Bei der Briefpost Inland jährlich 4 - 5 %, Ausland 3 - 4 %; bei den Paketen um 3 - 4 %;
- Beim Postanweisungsdienst sowie bei Ein-

und Auszahlungen der Postsparkasse 2 %; ebenso beim Postautodienst um 2 - 3 %.

- Zusammenlegung von Zustellrayons bzw. Belassung beim derzeitigen Stand trotz immens wachsender Zustelldichte;
- Ausdehnung der Briefzustellung auf den Samstag (was bereits heute teilweise durchgeführt wird, weil die Kollegen im Zustelldienst sonst nicht mehr zusammenkommen).

Gegen die hohen Kosten, die auf Grund der Zersplitterung des Postdienstes bestehen (rund 2.300 Postämter), hat die Generaldirektion ein weiteres „Heilmittel" parat, das einerseits zu einer Verschlechterung der Dienstleistungen vor allem für die ländliche Bevölkerung führen wird, andererseits zu weiteren Personaleinsparungen und zu zusätzlichen Belastungen für jene Kollegen, die nicht eingespart werden: Und zwar der Plan, „fahrende Postämter" einzurichten. Das bedeutet: Kleine Postämter auf dem Land werden aufgelassen, Personal wird weggespart. von größeren Postämtern aus werden Landbriefträger mit Dienstautos ausgerüstet, deren Ausstattung einem Miniaturpostamt gleichkommt. Sie fahren den Bezirk ab und sind zu festgelegten Zeiten in ihren jeweiligen Stationen, den kleinen Dörfern. Der Bevölkerung wird bekanntgegeben, sagen wir, zwischen 10 und 11 Uhr ist das Postamt auf dem Dorfplatz, rennt hin, ihr Leute!

Auf Grund der ländlichen Struktur Salzburgs ist abzusehen, daß eine solche Maßnahme bald eine bedeutende Rolle spielen wird. Kosten für Instandhaltung, Ausstattung, Miete etc. von kleinen Postämtern werden eingespart, vor allem aber „nicht voll ausgelastete" Beamte, die zum Teil aufs Pflaster geworfen werden.

## Der technische Fortschritt wird zur Geißel für die Bediensteten

Einschränkung an Personal durch Ausschöpfung aller Möglichkeiten moderner Technologien, das ist eine der Hauptparolen der Postverwaltung. Tatsächlich findet heute im Fernmeldewesen eine technische Umwälzung statt, deren erste Etappe einschneidende Auswirkungen auf die hier beschäftigten Kollegen gezeitigt hat. Durch die Verwendung von Koaxialkabeln wurde der herkömmliche Leitungsbau drastisch eingeschränkt. Noch entscheidender aber war die Einführung des Richtfunks an Stelle des Erd- und Luftleitungsbaus für die Übertragung von Telefongesprächen. Hand in Hand mit dieser Neuerung ging die Vollautomatisierung des Telefonverkehrs, (Selbstwählfernverkehr), dessen Durchführung heute praktisch abgeschlossen ist. Diese Neuerungen haben zu drastischen Personaleinsparungen geführt, kombiniert mit wachsender Intensität der Arbeit: Im Fernmeldewesen arbeiten drei Kollegen einen vierten ein, während im Allgemeinen Verwaltungsdienst das Verhältnis 10:1 beträgt.

Zugleich hat diese technologische Umwälzung das Verhältnis zwischen qualifizierter und ungelernter Arbeitskraft zugunsten der letzteren verschoben, hier steht heute einer dünnen Schicht hochspezialisierter Kräfte eine große Masse dequalifizierter und ungelernter Kräfte gegenüber.

Doch das ärgste steht den Kollegen noch bevor. Derzeit wird in Wien bereits probeweise die elektronische Vermittlung von Telefongesprächen an Stelle der üblichen mechanischen Relaisschaltung durchgeführt. Die Ersetzung der herkömmlichen Technik, die mit relativ hohem Personalaufwand verbunden ist, durch „todsichere" elektronische Schaltsysteme mit geringerer Wartung wird ebenso todsicher zu einer immensen Freisetzung von Arbeitskräften führen. Diese Neuerung wirft ein Schlaglicht auf die kapitalistische Rationalisierung: Ein Hohn ist's, von „Humanisierung der Arbeitswelt" und „Sicherung der Arbeitsplätze" zu sprechen, schlägt doch unter den herrschenden Bedingungen die Umwälzung der Arbeitsmittel dem Arbeiter das Lebensmittel aus der Hand.

Ein Beispiel aus einem ganz anderen Bereich für die wachsende Arbeitsintensität ist die Computertechnik bei der Postsparkasse. Stolz vermerkt der „Geschäftsbericht 1976" der Österreichischen Postsparkassen: *„Durch laufende Rationalisierungsmaßnahmen ist es gelungen, den Personalstand der P.S.K. trotz des in den letzten Jahren stark gestiegenen Geschäftsvolumens gemäß den Bestimmungen des staatlichen Dienstpostenplanes konstant zu halten. Zum Jahresende 1967, also vor rund 10 Jahren, waren 1.678 Mitarbeiter in der P.S.K. beschäftigt; Ende 1976 waren es ebenfalls 1.678 Beschäftigte."* .... (10)

## Die Folgen der Rationalisierungswelle für die Bediensteten

Wir haben einige wesentliche Rationalisierungsmaßnahmen der Postverwaltung aufgezeigt; weiters die Ausweitung der „Kapazitäten" des Post- und Fernmeldebetriebes. Die Grundlagen dazu sind für den Kapitalismus die üblichen, „normalen" Maßnahmen: Schwächung der Widerstandskraft der Masse der Bediensteten durch Senkung des Reallohns, was sie verstärkt zu immer umfangreicheren Mehrleistungen zwingt. Auf dieser Basis trägt der bürgerliche Staat seine umfassenden Angriffe auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Bediensteten vor. In seinem „Unternehmensplan" hat er klar und eindeutig die Grundzüge seiner Angriffslinie zusammengefaßt.



Die Folgen für die große Masse der Bediensteten sind verheerend. An Hand der Gehaltsentwicklung haben wir die Verelendung breiter Teile der Kollegenschaft nachgewiesen. Die Verelendung verschärft die Konkurrenz unter ihnen, jeder versucht, noch das Bestmögliche herauszuholen, und das ist oft das Bestmögliche für die Verschärfung der Ausbeutung durch das kapitalistische Staatsmonopol. Die Mehrschinderei für ein paar lumpige Zulagen schafft ihm günstige Bedingungen für Einsparungen beim Personal, der einfachsten Grundform kapitalistischer Rationalisierung. Die Intensivierung der Arbeit geht oft hart an die Schranken der physischen Zerstörung der Arbeitskraft. Und wo trotz wachsender Intensität die stark gestiegenen Verkehrsleistungen von einer schrumpfenden Kollegenschaft innerhalb der Normalarbeitszeit nicht mehr bewältigt werden kann, wird der Arbeitstag ausgedehnt, lockt der Staat mit Überstunden zur Mehrleistung.

Folgende Zahlen zeigen das Ausmaß dieses Mittels zur vermehrten Ausbeutung: Im Dezember 1976 wurden in Salzburg 51.840 Überstunden geleistet, das ergibt einen Schnitt von 13 Überstunden pro Bediensteten; viele Kollegen kommen häufig auf 40 bis 60 Überstunden im Monat. Die meisten schimpfen über diese Plage – dennoch gibt es ein G'riß darum. Mag man auch einsehen, daß der Verschleiß an Arbeitskraft und Gesundheit ab einem bestimmten Punkt überhaupt nicht mehr in Geld aufzuwiegen ist, noch häufiger überlegt man sich: Wird mehr Personal eingestellt, dann fallen die Überstunden weg, verdiene ich weniger, wird es noch schwieriger sein, meine Familie zu erhalten ...

Hohe Intensität der Arbeit, Schicht-, Turnus- und Nachtarbeit, Überstundenschinderei haben erschreckende gesundheitliche und soziale Folgen. Schwere Dauerstörungen, Appetitlosigkeit, Schlafmangel, Verdauungsstörungen, vegetative Störungen, Magengeschwüre treffen auf 36 bis 82 % der Nacht- und Schichtarbeiter zu. Ihre Lebenserwartung liegt um 10 Jahre unter der ohnehin sinkenden durchschnittlichen Lebenserwartung. Schwere soziale Störungen, Kontaktarmut, hohe Scheidungszahlen, Alkoholismus sind weitere Folgen.

Die Beseitigung dieser Übel kann erst durch die radikale Umwälzung des kapitalistischen Ausbeutersystems restlos durchgeführt werden. Das ist auch die einzige Perspektive für die große Masse der Postbediensteten.

In welchen Formen auch immer der Preis der Ware Arbeitskraft gesenkt, der Arbeitstag verlängert, die Arbeit intensiviert wird – immer bedeutet dies: verschärfte Ausbeutung, verstärkte Spaltung und Konkurrenz unter den Kollegen, erschwerende Bedingungen für die Organisierung des vereinten Kampfes auf der Seite der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten und den bürgerlichen Staat, Schwächung der physischen und psychischen Kampfkraft und insgesamt: eine gravierende Verschlechterung der gesamten Lage der großen Masse der Postbediensteten.

Dagegen aufzutreten, alle Kräfte auf dem Boden des gewerkschaftlichen Kampfes zu sammeln, die spontane Rebellion gegen Ausbeutung und politische Knebelung, die sich heute schon immer häufiger in Versammlungen, Diskussionen und Resolutionen ankündigt, vielfach aber noch in Form individueller Protestakte, zur bewußten Kampfansage an die Ausbeuterordnung und ihrer politischen Absicherungen durch den bürgerlichen Staat zu formen – das ist die Aufgabe, die sich den Kommunisten auch im öffentlichen Dienst stellt.

In diesem Rahmen kommt dem Kampf um die Gewerkschaftseinheit, ihrer Umfunktionierung zu einem Kampfinstrument im Interesse der Bediensteten, eine entscheidende Bedeutung zu.

# IV. Die Gewerkschaft zum Kampfinstrument der Bediensteten machen!

Den Kampf für ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen können die Postbediensteten nicht neben oder außerhalb der Gewerkschaft führen. Das ist eine unumstößliche Tatsache.

Die Bewegungen der Salzburger Postbediensteten beweisen deutlich: Jeder Kampf, dessen Ziele durch einzelne gewerkschaftsfeindliche Elemente abgestumpft wurden oder in deren Verlauf die Feindseligkeit vieler Kollegen auf die Gewerkschaftsführung in offene Ablehnung der gewerkschaftlichen Organisation umgemünzt wurde, war von Anfang an zur Niederlage verdammt.

Andererseits muß in diesen Kämpfen das Vertrauen in die eignen Kräfte auf eine bewußte Stufe gehoben werden, um der Kapitulationspolitik der bürgerlichen Gewerkschaftsführer eine klare Absage erteilen zu können.

In unserer Resolution zur politischen Lage in der Welt und in Österreich heißt es:

*„Mit der Verschärfung der Krise und der Erhöhung der Konkurrenz unter den Lohnabhängigen gewinnt der Drang nach Überwindung dieser Konkurrenz im gewerkschaftlichen Zusammenschluß und Kampf auch subjektiv stark an Bedeutung. Die Gewerkschaften und die gewerkschaftliche Politik nehmen einen immer wichtigeren Platz im Denken und Handeln der Lohnabhängigen ein. Damit tritt aber notwendigerweise auch der Widerspruch zwischen den Interessen der Lohnabhängigen und der Politik der bürgerlichen Machthaber in den Gewerkschaften schärfer hervor. Unweigerlich verschärfen sich die Auseinandersetzungen in den Gewerkschaften um die Linie der gewerkschaftlichen Politik. Während die Gewerkschaftsführung immer mehr mit den Spitzen des bürgerlichen Staates und des Monopolkapitals verschmilzt und zum Teil selbst Kommandohöhen der kapitalistischen Wirtschaft innehat, die sie zielstrebig unter dem Mantel der gewerkschaftlichen Interessensvertretung auszubauen bestrebt ist („Mitbestimmung"; die Projekte zur „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand", die am 8. ÖGB-Kongreß diskutiert wurden), verschärfen sich auf der Grundlage der weiter bestehenden und sich zuspitzenden Klassengegensätze in der Gesellschaft notwendigerweise die Widersprüche zwischen der überwältigenden Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder einerseits, den bürgerlichen Machthabern in den Gewerkschaften andererseits."* (11)

Gerade in den Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes besteht eine enge Personalunion der Spitzenfunktionäre mit den obersten Funktionären des bürgerlichen Staates. Deutliches Beispiel dafür ist der nahtlose Übertritt des „harten ÖGB-Unterhändlers" Lausecker zum Staatssekretär der SP-Regierung und Verhandlungsgegner der Gewerkschaft. Wie eng die Verbandelung mit den Staatsorganen ist, kommt auch darin zum Ausdruck, daß viele Spitzenfunktionäre der Gewerkschaften selbst Beamte der höheren und höchsten Dienstklasse sind, wichtige Positionen im Verwaltungsapparat einnehmen und nicht selten die Parlamentsbank drücken, wo sie dann das Bundesfinanzgesetz mitbeschließen, die gesetzliche Hülle für Lohnraub und Sparmaßnahmen im Bundeshaushalt.

Notwendigerweise vertieft sich der Widerspruch zwischen solchen Führern und der großen Masse der einfachen Gewerkschaftsmitglieder.

Dieser Widerspruch kommt auch deutlich in einem Vergleich der Personalvertretungs- und Gewerkschaftswahlen von 1970 und 1974 zum Ausdruck:

| | 1974 | 1970 |
|---|---|---|
| SPÖ (FSG) | 28.627 (56,72%) | 29.947 (62,40 %) |
| ÖVP (FCG) | 18.170 (36,51 %) | 17.164 (35,76 %) |
| KPÖ (LB) | 1.158 (2,33 %) | .881 (1,84 %) |
| Parteifreie | .582 (1,84 %) | – – |
| FPÖ (Afa) (2,6 %) | 1.295 – (2,6 %) | – – |



Mandate:

| | 1974 | 1970 |
|---|---|---|
| SPÖ (FSG) | 576 | 579 |
| ÖVP (FCG) | 366 | 323 |
| KPÖ (LB) | 2 | 1 |
| Parteifreie | 1 | – |
| FPÖ | 5 | – |

Wahlberechtigte: 55.661 (51.726)
gültige Stimmen: 49.768 (48.992)
Wahlbeteiligung: 92,65 % (95,31 %)

*Erläuterungen:* FSG – Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter,
FCG – Fraktion Christlicher Gewerkschafter,
LB – Linksblock,
Afa – Arbeitsgemeinschaft Freiheitlicher Arbeitnehmer.

Die Mandate beziehen sich auf den Vertrauensmänner-Ausschuß.

Auffallend sind hier folgende Erscheinungen:

- Sinkende Wahlbeteiligung: 1970 2.426 Nichtwähler, 1974 4.047 Nichtwähler. Der prozentuelle Anteil der Nichtwähler ist von 4,7 auf 7,4 % gestiegen.
- Ansteigen der ungültigen Stimmen: 1970 nur 308 (0,63 %), 1974 1.246 (2,44 %).
  Hat 1970 nur jeder 20. Postler nicht oder ungültig gewählt, so war es 1974 bereits jeder 5. Postler. Hierin drückt sich eine wachsende Desillusionierung über die Politik der wahlwerbenden etablierten Listen aus. Freilich beinhaltet diese Entwicklung auch die Tendenz der „perspektivlosen Abwendung von den Gewerkschaften und des Rückfalls in Unorganisiertheit und Zersplitterung." (12)
- Auch innerhalb der gültigen Stimmen haben sich rege Umschichtungen vollzogen: Stimmenverluste der FSG an FCG und Parteifreie, relativ hoher Anteil der zwei neuen Listen (über 4 %) und Stimmengewinne für den Linksblock.

Insgesamt weisen diese Zahlen auf eine wachsende Unzufriedenheit mit der sozialdemokratischen Gewerkschaftspolitik hin.

Dieses Wahlergebnis ist ein Indiz für die Verschärfung der Widersprüche zwischen der Masse der Mitglieder und den Gewerkschaftsführern, die sich zur Wahl stellten. Mehr nicht. Sie sind keinesfalls direktes Anzeichen des wachsenden Vertrauens in die eigene Kraft.

Diese Anzeichen sind auch heute noch spärlich. Die allgemeine und recht undifferenzierte Feindseligkeit gegenüber einem von den Massen losgelösten Apparat, die Ratlosigkeit, wie man den Kampf um die Tagesinteressen in die Hand nimmt – das alles sind heute noch weit verbreitete Erscheinungen bei den Kollegen.

Aber dahinter bahnt sich eine neue Entwicklung an, deren Förderung von entscheidender Bedeutung ist: der allmähliche Fortschritt der Kollegen in der Herausbildung gewerkschaftlichen Bewußtseins, die schrittweise Einsicht und das langsam wachsende Vertrauen in die eigenen Kräfte. Diese Entwicklung zeigt sich an Hand einiger Kampfaktionen, vor allem in der letzten Zeit.

## Bewegungen unter den Postbediensteten

1973 gelang es gewerkschaftsfeindlichen Elementen noch, die Empörung der Kollegen über die immensen Sommermehrleistungen in schädliche Bahnen zu lenken. Auf einer Unterschriftenliste, die im Postamt 5020 Salzburg herumging, erklärten rund 100 Kollegen ihren Au-

1973 gelang es gewerkschaftsfeindlichen Elementen noch, die Empörung der Kollegen über die immensen Sommermehrleistungen in schädliche Bahnen zu lenken. Auf einer Unterschriftenliste, die im Postamt 5020 Salzburg herumging, erklärten rund 100 Kollegen ihren Austritt aus dem ÖGB, dessen Führer in der Postgewerkschaft nichts unternahmen, um die Kollegen gegen die Mehrleistungen zusammenzuschließen. Die Auseinandersetzungen um die Sommermehrleistungen brachten den Kollegen keinen Erfolg.

Die Auseinandersetzung schwelte weiter und kam im Frühjahr 1974 wieder zum Ausbruch. Zahlreiche Protestversammlungen wurden organisiert. Die Landesführung gab dem Druck dieser Bewegung in Worten nach und beschloß Kampfmaßnahmen. Diese wurden jedoch abgeblasen. Ein recht zweifelhafter Erfolg war die kurz darauffolgende Erhöhung der Mehrleistungszulage. Zweifelhaft deswegen, weil sie in drei Gruppen aufgespalten wurde.

1975: Bewegung unter den Kollegen im Zustelldienst. Anfang Jänner wurde von 4 Landes-

gewerkschaften trotz der väterlichen Warnungen Kreiskys ein 1-tägiger Boykottstreik durchgeführt. in dieser Phase wurde es den ÖGB-Führern zu heiß. Kam bei vielen Kollegen die Meinung, die Samstagszustellung endgültig einzustellen, so gelang es der Gewerkschaftsführung mit den Versprechungen, eine „vernünftige" Lösung am Verhandlungstisch zu finden, die Streikbereitschaft der Kollegen zu untergraben. Als die Verhandlungen sich dahinschleppten, wuchs die Proteststimmung unter den Kollegen, die Gewerkschaftsführung sah sich wieder genötigt, einen Streik für den Fall des Nichtzustandekommens einer Lösung anzudrohen.

In diese Boykottaktion schalteten sich Kreisky und Benya beschwichtigend ein. Die steirische Landesgruppe hatte rasch einen Vorschlag parat: Ein schlechter Kompromiß wurde mit den Zeitungskapitalisten ausgefeilscht, es blieb bei der Samstagszustellung, als Gegenleistung wurde die Samstagszulage eingeführt und der Überstundenzuschlag erhöht.

Im Herbst 76 fanden Protestversammlungen gegen Personalabbau und Rationalisierungen in Tirol und Vorarlberg statt (der „Klassenkampf" hat darüber berichtet), denen im Frühjahr 77 weitere Versammlungen folgten. Dennoch brachten die Gewerkschaftsführer die Gehaltsverhandlungen relativ unbehelligt über die Bühne.

Die großen Verschlechterungen, die die Kollegen durch die beiden letzten Gehaltsabkommen hinnehmen mußten, zeigen auch die Grenzen der bisherigen selbständigen Regungen auf. Im Abschluß solcher Abkommen kommt sehr deutlich zum Vorschein die Diskrepanz zwischen bürgerlicher Gewerkschaftsführung, die die Interessen der großen Masse der Bediensteten den Interessen des Staates und seiner Sachverwalter unterordnet; auf der anderen Seite die Bediensteten, unter denen der Ausverkauf ihrer Interessen zwar große Empörung hervorgerufen hat, die aber noch nicht sehr weit sind, ihre Sache in einheitlichen, selbständigen und koordinierten Aktionen in die Hand zu nehmen, eine Kampffront gegen Staat und Regierung aufzubauen und die bürgerliche Gewerkschaftspolitik zurückzudrängen und zu schlagen.

Diese Situation zeigt die konkreten Aufgaben für die Arbeit der Kommunisten im Bereich der Post auf.

B.W., Zelle Post
der Ortsgruppe Salzburg

(*) Kommunist 1/76, Seite 55

(A) Programm und Statut des Kommunistischen Bundes Österreichs, Seite 12. Wie dies in der Geschichte der Entwicklung des Kapitalismus zuerst die Verkehrsanstalten erfaßt, führt Engels in seiner Schrift „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft", MEW, Band 19, S. 221/222, aus.

(B) Lenin, Werke Band 25, Seite 439

(C) Dienstpragmatik, § 21

(1) Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, in: Marx, Engels Werke, Band 21, Seite 166

(2) Ebenda, Seite 167

(3) Lenin, Staat und Revolution in: Lenin, Werke Band 25, Seite 420

(4) ebenda, Seite 439 f.

(5) „profil" 4/73, Seite 24

(6) Kommunistische Volkszeitung Nr. 9/76, Seite 7; Der vorliegende Bericht geht auf das besondere Dienstrecht nicht näher ein. Darüber werden noch genauere Untersuchungen durchgeführt, was notwendig ist angesichts der hohen politischen Bedeutung dieses Rechts: Für die Bourgeoisie Grundlage für die Organisierung eines vom Volk abgesonderten Verwaltungs- und Unterdrückungsapparats sowie für die politische Knebelung und Disziplinierung der im Öffentlichen Dienst Beschäftigten; für die Arbeiterklasse ein reaktionäres Bollwerk, das sie auf dem Weg zum Sozialismus beseitigen muß.

(7) Kommunist 1/77, Seite 13

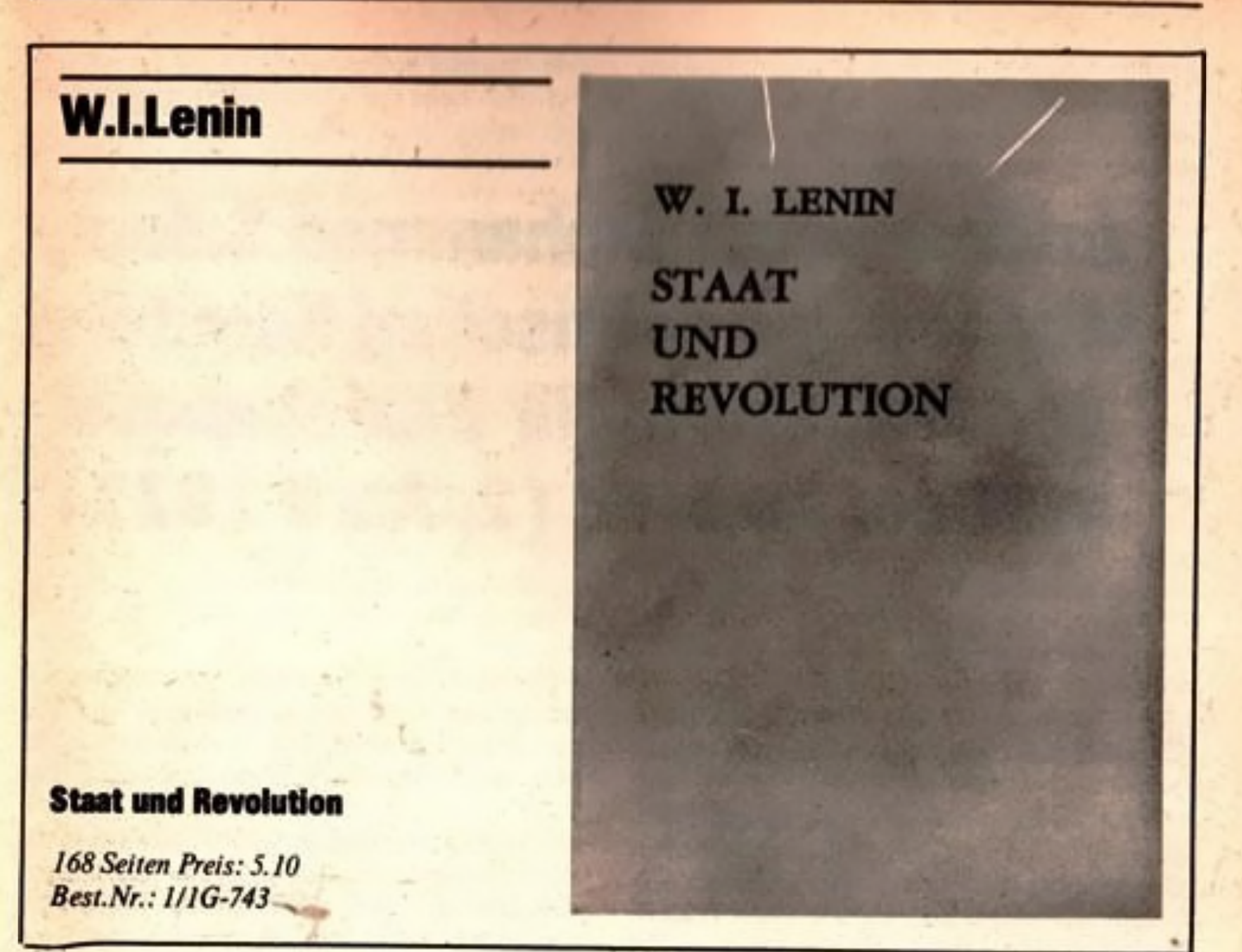
(8) Unternehmensplan 1975 - 1979, Seite 7, herausgegeben von der Generaldirektion der österreichischen Postverwaltung.

(9) Siehe KLASSENKAMPF Nr. 12/1977, Seite 9: „Die Verschärfung der Arbeitshetze aber, die die kapitalistische Rationalisierung mit sich bringt, ist bereits seit langem ganz offiziell im Staatshaushalt eingeplant: Die Budgetansätze sprechen eine deutliche Sprache: Fast in jedem Bereich des öffentlichen Dienstes überschreiten die Anteile der Ausgaben für die Mehrleistungen die 10 %-Grenze der Personal-Gesamtaufwendungen. So sollen 11 % (oder eine Milliarde) des Gesamtpersonalaufwandes bei der Post Aufwand für Mehrleistungen sein. 1975 waren es noch 9 %."

(11) Kommunist 1/76, Seite 28

(12) ebenda, Seite 30





# Interview mit Mohammed Salem, Mitglied des politischen Komitees der F. Polisario für Beziehungen mit dem Ausland (2. April 1977)

*Frage: Könntest Du uns bitte einen kurzen geschichtlichen Überblick über den Kampf des saharauischen Volkes geben?*

*M.S.:* Der Kampf unseres Volkes gegen die Invasionen von außen durch die benachbarten Volksstämme oder durch die ausländischen Kolonialkräfte wurde und wird von den Historikern anerkannt. Unser Volk war um den „Rat der 40" (Ait Arein) herum organisiert. Dieser Rat beschäftigte sich mit der Organisierung der Verteidigung unserer Grenzen. Diese Grenzen sind geschichtlich als die „Linie der Angst" anerkannt. Diese Grenze bildete sich auf der Basis des Kampfes gegen die Invasionen der Salz-, Gold- und Sklavenhändler. Soweit in bezug auf die inneren Grenzen. An der Küste hat unser Volk gegen die kolonialen Invasionen der Portugiesen, der Engländer, der Franzosen und der Italiener standgehalten und Widerstand geleistet. Später setzte es diesen Widerstand und diesen Kampf gegen den spanischen Kolonialismus fort. Nach der Konferenz von Berlin (1884) fiel unser Land in die Einflußsphäre Spaniens. Die Spanier begannen sich zu dieser Zeit durch den Handel zu infiltrieren; es gelang ihnen, einige kleine militärische Basen im Küstengebiet zu errichten, aber es gelang ihnen bis 1934 nicht, in das Innere der Sahara vorzudringen und sie militärisch zu beherrschen. Zu dieser Zeit beschlossen Frankreich und Spanien, gemeinsam den Widerstand des saharauischen Volkes gegen das spanische und das französische Eindringen auf unser Gebiet zu brechen. Die Franzosen drangen von Mauretanien, Marokko und Algerien in unser Gebiet ein, die Spanier von der Küste her. Im selben Jahr besetzten sie zum ersten Mal die historische Hauptstadt Smara. Die Stadt wurde geplündert, die Bibliotheken wurden verbrannt, mehr als 5000 Manuskripte gestohlen und ins Ausland gebracht. Von diesem Zeitpunkt an beherrschte Spanien militärisch und administrativ das Gebiet und begann eine authentisch koloniale Politik. Diese begann mit der Vernichtung der geschichtlichen und der natürlichen Überlebensgrundlagen in der Wüste; diese Politik hatte zum Ziel, die Nomadenbevölkerung direkt von der kolonialen Verwaltung in einigen bestimmten und konkreten Punkten abhängig zu machen. 1957 wurde die saharauische Befreiungsarmee gegründet. In weniger als zwei Jahren gelang es uns, die Kolonialtruppen auf einige Küstengebiete zurückzudrängen. Die Franzosen und die Spanier kamen neuerlich überein, diesen Widerstand und diese Befreiungsarmee zu beseitigen. Damals, nämlich im Jahre 1958, kollaborierte die marokkanische Monarchie unter Mohamed V. mit den Franzosen und den Spaniern, indem sie die Grenzen Marokkos, durch welche die saharauische Befreiungsarmee technische und materielle Hilfe bekam, sperrte. Diese Operation ist unter dem Namen „Ecuvillon" (Schraubstock) bekannt. In dieser Operation wurde die marokkanische Grenze geschlossen, währen von Algerien und Mauretanien her die französischen Heere und von der Küste her die spanischen Heere eindrangen. Es gelang ihnen auch, die saharauische Befreiungsarmee zu schwächen. Ein Großteil derer, die von dieser Armee übergeblieben waren, ging nach Algerien, wo er an der algerischen Revolution teilnahm; andere gingen nach Mauretanien und nahmen an der antikolonialen Bewegung Mauretaniens teil. Von diesem Moment an begann eine neue Unterdrückung der Bevölkerung, die sie zu einem Exodus zwang. Die Bevölkerung zog sich nach Mauretanien, Marokko und Algerien zurück. 1967 wurd die saharauische Befreiungsbewegung M.L.S. gegründet. Die Basis dieser Bewegung bildeten ehemalige Mitglieder der saharauischen Befreiungsarmee, die 1958 aufgelöst worden war – Studenten und Arbeiter aus der Sahara. Eine politische Arbeit und ein politischer Kampf begann in der Illgalität. Diese illegale Arbeit dauerte bis 1970. 1970 wollte Spanien die Sahara in ein ihr verbündetes Land, eine sogenannte Föderation, verwandeln. Vor diesem Manöver organisierte die saharauische Befreiungsbewegung eine große Massendemonstration, und diese war die erste öffentliche Demonstration die in der Hauptstadt der Sahara, Aaiun stattfand. Sie fand am 17. Juni 1970 statt. Selbstverständlich wurde sie von der spanischen Fremdenlegion aufgelöst. Die Fremdenlegion besteht aus kolonialen Truppen, Söldnern, Mördern und zum Tode Verurteilten. Die Bilanz dieser Demonstration waren 40 Tote, Hunderte von Verletzten und ungefähr tausend Verhaftete. Unter ihnen der Führer dieser Bewegung, Brahim Basiri, der bis heute verschwunden ist. Dies war ein schwerer Schlag für die Befreiungsbewegung. Die Jahre 1971/72 waren Jahre des Wiederaufbaus. Dieser führte zur Gründung der Frente POLISARIO am 10.5. 1973. In ihrem ersten Kongreß am 10. Mai wird der bewaffnete Kampf als der Weg zur Befreiung bestimmt. Weiters wird die Einbeziehung der Frau in den bewaffneten Kampf und als Ziel die Gründung eines blockfreien Staates beschlossen. Am 20. Mai 1973, d.h. zehn Tage nach dem ersten Kongreß, fand die erste militärische Operation gegen einen Posten der spanischen Armee in El Janga statt. Von diesem Zeitpunkt an bildeten sich zwei Kampffronten. Eine militärische, die Guerilla, die sich gegen die militärischen Positionen der Kolonialkräfte richtete, und eine politische Front, die in den inneren Gebieten mit den Volksmassen arbeitete. So gelang es unseren Guerillas in weniger als zwei Jahren, bis zu 80 % unseres Landes zu befreien. Wir hatten zahlreiche spanische Kriegsgefangene und hatten der kolonialen Streitmacht schwere menschliche und materielle Verluste zugefügt. Soweit im militärischen Bereich. Im Inneren des Landes wurden große Demonstrationen veranstaltet, Zeitschriften und Propaganda wurden verteilt; und so befinden wir uns am Ende des Jahres 1974. Soweit in bezug auf den historischen Aspekt des Kampfes des saharauischen Volkes. Parallel dazu entwickelt sich der rechtliche Kampf. 1960 stimmen die Vereinten Nationen dem Antrag 1514 zu. Dieser bezieht sich auf das Selbstbestimmungsrecht und auf die Unabhängigkeit der Länder, oder, besser gesagt, der nicht autonomen Völker. 1965 trifft eine Sonderkomission der Vereinten Nationen den ersten Beschluß, der sich auf die Gebiete der Sahara und des Ifni bezieht und ihnen das Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit anerkennt. Ab diesem Jahr und diesem Beschluß haben die Vereinten Nationen immer wieder verschiedene Beschlüsse in bezug auf die Sahara gefaßt, die den Beschluß von 1965 als Basis nehmen und die das Selbstbestimmungsrecht und die Unabhängigkeit des saharauischen Volkes anerkennen. Dies taten auch die blockfreien Länder und die OAU. Ende 1974, zu einem Zeitpunkt als es dem saharauischen Volk gelungen war, einen großen Teil seines Gebietes zu befreien und es gerade dabei war, den Kolonialismus aus unserem Land zu vertreiben, begann das spanische Kolonialregime mit typisch kolonialistischen Manövern zu taktieren. Indem es Propaganda über Parteien wie die PUNS verbreitete, verfolgte es das Ziel, Verwirrung in der internationalen Meinung zu stiften. Aber all diesen Manövern trotzend und vor dem Druck, den das saharauische Volk ausübte, delegierten die Vereinten Nationen eine Sonderkommission, um die Zustände in der Sahara zu studieren. Dies geschah am 12. März 1975. Die Untersuchungskommission der Vereinten Nationen wohnte Massendemonstrationen mit Fahnen der Frente POLISARIO in der ganzen Sahara bei. Im Bericht, den diese Kommission an die Generalversammlung der Vereinten Nationen weiterleitete, wurde die Repräsentativität der Front POLISARIO für das ganze saharauische Volk anerkannt; weiters schloß sie, daß das saharauische Volk in der Lage war, seine Unabhängigkeit zu erlangen.

Im Frühjahr 1975 bat die Generalversammlung der UNO den internationalen Gerichtshof von Den Haag, eine Untersuchung über den juridischen und historischen Aspekt der Sahara zu unternehmen.

Der Bericht, den sie erarbeitete und der zum Urteil des internationalen Gerichtshofes wurde, anerkannte, daß das saharauische Volk eine Einheit bildet und daß es nicht den geringsten Anspruch einer Souveränität über die Sahara von seiten Marokkos und Mauretaniens gab. Zu dieser Zeit trafen sich mehrere Ereignisse. Die innere politische Krise Marokkos, die Erkrankung Francos und der Druck, den die internationalen Organisationen auf Spanien ausübten, um der Sahara die Unabhängigkeit zu geben. Dies hatte zur Folge, daß Marokko, Mauretanien und Spanien, dem imperialistischen Weg folgend, den „Dreierpakt" von Madrid schlossen. Dieser hatte die Aufteilung und die Verteilung der Bodenschätze der Sahara zum Inhalt.

*Zwischenfrage: War die politische Krise in Spanien nicht auch das Ergebnis des Kampfes des spanischen Volkes und der spanischen Arbeiterklasse? Und spielte dabei nicht, so wie es in Portugal gewesen ist, der Kampf der kolonialisierten Völker, in diesem Fall des saharauischen Volkes gegen den spanischen Kolonialismus, eine Rolle?*

*M.S.:* Richtig, diese Elemente kamen dazu.

Einerseits war der Druck des inneren politischen Kampfes in Spanien sehr zugespitzt und andererseits war das spanische Heer, welches sich in der Sahara befand, unzufrieden. Deshalb fürchtete sich das Regime in Madrid vor den Truppen, die es in den Kolonien hatte. So erklärt sich auch die Reise von Juan Carlos am 2. November in die Sahara. Dieser Besuch sollte die Gemüter der spanischen Truppen beschwichtigen. Denn als Marokko den „Grünen Marsch" angekündigt hatte, daß sie dort kämpften, um das Eindringen Marokkos zu verhindern, und denen Spanien bis zu diesem Zeitpunkt immer gesagt hatte, daß sie dort wären, um die Rechte des saharauischen Volkes zu verteidigen – nicht damit einverstanden.

Das Ziel des „Grünen Marsches" war es, die öffentliche internationale Meinung irrezuführen, das spanische Heer zu zwingen, nicht militärisch einzugreifen, um Druck auf die öffentliche Meinung in Marokko und Spanien auszuüben und um das Spiel der oligarchischen Kreise Marokkos und Spaniens zu begünstigen und vom Verkauf der Sahara im „Dreierpakt" abzulenken. Wir wußten, daß wir es hier mit einem imperialistischen Manöver zu tun hatten, das Verwirrung, vor allem in bezug auf die internationale Meinung, stiften sollte. Für uns war es vollkommen klar, daß wir den Kampf gegen die Kolonialisten und gegen die neuen Kolonialisten fortsetzen mußten. Wir sahen, daß trotz unserer Zusammenkunft mit Cortina Mauri, dem spanischen Außenminister, es nichts anderes als ein zusätzliches Element war, um uns zu täuschen. Unsere Antwort auf alle diese Manöver war, unser Volk zu mobilisieren, das beschlossen hatte, die Waffen gegen alle imperialistischen und reaktionären Kräfte aufzunehmen, die gerade dabei waren, ein Komplott gegen unser Volk zu organisieren.

Vier Tage vor dem „Grünen Marsch" hatte bereits die marrokanische militärische Invasion begonnen. Wir hielten diesem Angriff stand und begannen, gegen diese militärische Invasion zu kämpfen. Von diesem Zeitpunkt an begannen die spanischen Truppen mit den marokkanischen Truppen zusammenzuarbeiten, um ihnen die Stellungen, die sie noch hatten, zu übergeben. In den ersten Stellungen, die von den Spaniern den marokkanischen Truppen übergeben wurden, massakrierten letztere die zivile Bevölkerung der kleinen Städte. Konkret war dies zum Beispiel in Ideria der Fall, wo 206 Saharauis vor der zivilen Bevölkerung erschossen wurden. Dasselbe geschah in Hagonia. Diese barbarische Handlungsart, diese unmenschliche Handlungsart der marokkanischen Invasoren brachte die Ziele des Regimes Hassan II. klar ans Tageslicht, nämlich einen Völkermord gegen unser Volk durchzuführen, um sich unsere Bodenschätze anzueignen und sie auszubeuten und die Ausbeutung unseres Landes den multinationalen Konzernen und dem internationalen Kapital zu öffnen. Dies hatte den massiven Exodus aus den besetzten Städten zur Folge. Dieser Exodus der zivilen Bevölkerung – der Frauen, Kinder und Greise – brachte unzählige menschliche Tragödien mit sich: die Schwierigkeiten, mit denen sie in der Wüste konfrontiert wurden, die Kälte, der Durst, der Hunger und die Krankheiten. Ein Großteil dieser Bevölkerung floh zu Fuß; sie kannte alle diese Schwierigkeiten, aber sie zog sie dem Sterben unter den Bajonetten des spanischen Heeres vor. Sie wußten, daß sich die Frente Polisario in den befreiten Gebieten befand. So verließ diese Bevölkerung ihre Häuser nur mit dem, was sie anhatten und begann den Weg in die Wüste auf der Suche nach der Frente Polisario. Zur gleichen Zeit mußte nun die Frente Polisario der militärischen Invasion standhalten und einen Großteil ihrer Kraft dazu verwenden, die Bevölkerung in der Sahara zu suchen, strategisch günstige Zonen zu suchen, um Lager zu bilden und schließlich um deren Verteidigung zu sichern. Ein Teil unserer Kader mußte auch ins Ausland gehen, um Hilfe zu verlangen. Durch und nach dieser Etappe folgte eine zweite Etappe neuer Schwierigkeiten. Die Schwierigkeiten dieser neuen Etappe entsprangen aus der Bombardierung der Flüchtlingslager durch die marokkanische Luftwaffe mit Napalm, Phosphor und anderen Arten von Bomben, die ausschließlich gegen die Zivilbevölkerung gerichtet sind. Was er eigentlich wollte, war die physische Beseitigung unseres Volkes. Dies kommt in der Bombardierung der Zivilbevölkerung in den Flüchtlingslagern, die aus Frauen und Kindern bestehen, zum Ausdruck. Als diese Greueltaten verübt wurden, mußten wir es auf uns nehmen, diese Bevölkerung aus den befreiten Gebieten in das Gebiet von Tindouf, eine sichere Gegend im Westen Algeriens zu bringen. Während des Aufbaus dieser neuen Lager im Gebiet von Tindouf, wurde die Zivilbevölkerung mit vielen Schwierigkeiten konfrontiert, was die Nahrung, die Kleidung, die Gesundheit, die Hygiene etc. betrifft. Und in diesem kritischen und schwierigen Moment wurde am 27.2.76 die Demokratische Arabische Republik Sahara W(D.A.R.S. bzw. R.A.S.O.) ausgerufen. In ihr drückte unser Volk seinen Wunsch und seinen Willen aus, frei und unabhängig zu sein und bewies zur gleichen Zeit der öffentlichen Meinung, daß unser Volk gekämpft hatte, daß es kämpft und daß es weiter für sein Recht kämpfen werde, frei und unabhängig zu sein. Die Ausrufung der Republik stimmt auch mit dem offiziellen Abzug der spanischen Kolonialmacht am 26.2.76 unseres Landes überein. Und da das saharauische Volk der legitime Erbe der Souveränität seiner Erde ist, nahm es sich in der Ausrufung dieser Republik diese Souveränität.

*Zwischenfrage: wie schätzt die Frente Polisario die A.L.N. (Nationale Befreiungsarmee Marokkos) ein?*

*M.S.:* Gut. Diese marokkanische nationale Befreiungsarmee, die mit unserer nationalen Befreiungsarmee in Sahara nach 1957 zusammengearbeitet hat, wurde auch als anti-koloniale Bewegung, im Kampf gegen den französischen Kolonialismus in Marokko geboren. Aber diese nationale Befreiungsarmee wurde nach dem Willen der Franzosen und der marokkanischen Monarchie aufgelöst. Im Jahre 1956, mit der Gefahr konfrontiert, daß die nationale Befreiungsarmee die Unabhängigkeit erobern werde, gab der französische Kolonialismus die Unabhängigkeit an Marokko. Indem er Mohammed V., der in Madagaskar eingekerkert war, nach Marokko zurückholte und ihn zum König von Marokko machte, wollte der französische Kolonialismus jegliche Möglichkeit der Bildung eines revolutionären Regimes verhindern. Dies muß man auch in Beziehung bringen mit der algerischen Revolution, mit dem Fortschreiten der Revolution in der Sahara und mit der nationalen Befreiungsarmee. Die Franzosen hatten Kolonien: Marokko, Algerien und Mauretanien, und in diesen drei Ländern gab es anti-kolonialistische Bewegungen. Zu diesem Zeitpunkt wurde eine andere Bewegung gegen den spanischen Kolonialismus in der Sahara geboren. Natürlich gab es Beziehungen und eine Zusammenarbeit zwischen uns allen. Die technische und materielle Hilfe, welche unsere Bewegung von der marokkanischen Befreiungsarmee bekam, wurde gerade mit dem Machtantritt der Monarchie und mit der Unabhängigkeit Marokkos gestoppt. Die Beziehungen wurden durch die Schließung der Grenze 1958 abgebrochen. Und nach der Schließung der Grenze wurde an die Auflösung der nationalen Befreiungsarmee herangegangen, denn diese stellte eine Gefahr für die Monarchie dar. Und dies interessierte weder das monarchistische Regime noch den französischen Kolonialismus. Denn der französische Kolonialismus war zur gleichen Zeit mit der algerischen Revolution im Nachbarland konfrontiert und brauchte dabei Hilfe und sichere Grenzen mit der durch Spanien kolonialisierten Sahara und mit Marokko, unter einem Regime, welches dem Neokolonialismus dient. Deshalb führten Spanien, Frankreich und Marokko zusammen im Jahre 1958 die Operation „Ecuillon" was nichts anderes als „Schraubstock" heißt. Heute möchte das Regime von Hassan II. den Namen der marokkanischen Befreiungsarmee verwenden, um zu sagen, daß er schon damals für die Zurückgewinnung der Sahara gekämpft hatte. Aber in Wirklichkeit kämpfte die marokkanische Befreiungsarmee, um den Neokolonialismus und natürlich auch die Monarchie zu beseitigen.

*Frage: Kannst Du uns bitte berichten, wie der Kampf des saharauischen Volkes sich in den letzten Monaten entwickelt hat. Besonders würden uns die Ergebnisse des 3. Kongresses der Front Polisario im August 1976 und die Entwicklung des militärischen und des diplomatischen Kampfes seither interessieren.*

*M.S.:* Der Kampf unseres Volkes gegen die Aggression ist nichts anderes als die Fortsetzung des Kampfes in dem wir im Kampf gegen den spanischen Kolonialismus eingestiegen waren. Er hat sich weiterentwickelt, wir haben ihn besser vorbereitet. Weiters haben wir neue Strategien erarbeitet.

Der dritte Kongreß hat die politische und militärische Entwicklung, die Problematik, die in den vorigen Etappen aufgetaucht waren und die neuen Perspektiven, die man dem Kampf nach dem dritten Kongreß geben sollte, studiert. Für uns fand dieser Kongreß zu einem sehr kritischen Moment im Kampf statt, während einer der wichtigsten Etappen, die unser Kampf bisher durchging. Im dritten Kongreß wurde die ganze Dokumentation erarbeitet, die die verschiedenen Aspekte der Entwicklung der vorigen, jetzigen und zukünftigen Etappen zusammenfaßt. Mit dem „Allgemeinen Nationalen Programm" und mit dem „Politischen Manifest" und mit der „Verfassung der Republik" wurde der innere politische Aspekt gefestigt. Was das militärische Niveau anbelangt, so ist dieses weitgehend in diesen Programmen einbegriffen sowie in den neuen Taktiken und in den neuen Vorgangsweisen, die in den nächsten Etappen ihren Ausdruck finden werden. Auf dem diplomatischen Niveau wurde im dritten Kongreß die Unterstützung zum legitimen Kampf unseres Volkes durch unsere Freunde und Verbündete wieder bekräftigt. Der Kongreß war weiters ein Beweis für die öffentliche internationale Meinung, für die Entschlossenheit des saharauischen Volkes, für seine Rechte zu kämpfen, um frei und unabhängig zu sein und um die Souveränität über sein Land zu erlangen.

Zusammenfassend kann ich sagen, daß der Kongreß zwei Etappen verbindet. Vom zweiten Kongreß an beginnt die Etappe der Generaloffensive. Im militärischen Bereich bedeutet die Generaloffensive die Bildung von Fronten im Inneren, in Marokko und in Mauretanien, und die Verstärkung der bestehenden Fronten im Inneren der Sahara. Im Bereich der Innenpolitik bedeutet dies die Offensive bei der Arbeit, bei der politischen Ausbildung in den Flüchtlingslagern, in der Alphabetisierungskampagne und in der Ausbildung der Lager in Basen für die Volksbefreiungsarmee. Nach außen hin manifestiert sich diese Generaloffensive durch Ausweitung und Entwicklung der Kontakte mit allen Völkern, mit allen demokratischen Kräften und mit allen Staaten der Welt, die unserem Volk und dem Kampf der Völker für ihre Befreiung freundlich gesinnt sind.

*Frage: Euer Land ist sehr reich an Bodenschätzen und natürlichen Ressourcen sowie strategisch bedeutsam. Die Imperialisten versuchen alles, diese Reichtümer unter ihre Kontrolle zu bekommen. In welcher Weise greifen sie ein und welche Auswirkungen hat ihr Eingreifen auf euren Befreiungskampf?*

*M.S.:* Man muß eines im Kopf haben. Wenn die Sahara nicht so reich an Mineralien wäre, würde sie die Imperialisten nicht interessieren. Und wenn sie keine solch große strategische Bedeutung für die Imperialisten haben würde, würde sie noch immer nicht die Imperialisten interessieren. Weiters wissen wir, daß der Imperialismus mit seinen Angriffen auf die indochinesischen und afrikanischen Völker Schiffbruch erlitten hat und von diesen Völkern besiegt wurde. Heute wechselt der Imperialismus seine Strategie. Er benützt seine Agenten in den betreffenden Regionen, um andere Völker und Staaten, an denen er wirtschaftlich und strategisch interessiert ist, anzugreifen.

Im konkreten Fall der Sahara, forderte Marokko einen Teil des Mali. Mauretanien und einen Teil Algeriens als integiererender Bestandteil „Großmarokkos". Die imperialistischen Kräfte zogen ihren Vorteil aus den expansionistischen Wünschen Rabats, indem sie als ersten Schritt die Sahara angriffen und besetzten. Später wäre Mauretanien dran und noch später die anderen Gebiete, die Hassan II. fordert.

Wir haben dies durchschaut. Bereits heute werden die strategischen Punkte Mauretaniens durch die marokkanischen Truppen kontrolliert. Daraus sehen wir, daß Marokko von den imperialistischen Kräften ausgenützt und Mauretanien durch Marokko ausgenützt wird. Wir verstehen, daß Marokko weder die Kraft noch die wirtschaftliche Stärke hat, um einen Krieg gegen das saharauische Volk zu unterhalten. Weiters wissen wir, daß die wirtschaftlichen Kräfte und die finanziellen Quellen dieses Krieges gegen unser Volk in Frankreich und in den Vereinigten Staaten zu suchen sind. Die Waffen, die in diesem Krieg auf unser Volk gedreht werden, stammen aus den Waffenfabriken der westeuropäischen Länder. Die Waffen, die wir vom Feinde erobert haben, stammen aus Holland, Spanien, Frankreich, Italien und aus den Vereinigten Staaten. Daraus sehen wir, daß es die imperialistischen Staaten und Länder sind, die für die Ausgaben dieses Krieges gegen unser Volk aufkommen.



Das Bewußtsein des saharauischen Volkes ist klar, daß es kämpfen muß und den Preis zahlen muß, um seine totale und vollkommene Unabhängigkeit zu erlangen. Und darüber hinaus wissen wir auch, daß unsere Reichtümer von uns kontrolliert und ausgebeutet werden müssen und nicht von den Imperialisten. Weiters wissen wir, daß, solange das marokkanische Volk nicht frei ist, das saharauische Volk nicht frei sein kann. Wir haben auch das Bewußtsein, daß, solange das mauretanische Volk nicht frei ist, das saharauische Volk nicht behaupten kann, frei zu sein. Und wenn das tunesische Volk nicht frei ist, kann das saharauische Volk nicht frei sein.

In der Sahara stoßen die Kräfte, die für ein Magreb der Völker, mit den imperialistischen und reaktionären Kräften, die für ein Magreb der Staaten kämpfen, zusammen.

*Frage: Wie ist das Leben und die Arbeit in den Flüchtlingslagern organisiert? Wie wird, eurer Meinung nach, das zukünftige freie und unabhängige Sahara sein?*

*M.S.* Die zivile Bevölkerung, die in den Flüchtlingslagern wohnt, sind in erster Linie Frauen und Kinder. In den Lagern schaut die administrative Einteilung folgendermaßen aus:

Als erstes gibt es die Provinzen, die in Zirkel unterteilt sind. In jeder einzelnen dieser Provinzen gibt es Staatseinrichtungen, die von den verschiedenen Ministerien (Gesundheits-, Erziehungs-, Innen-.... ministerien) abhängen. Nach innen sind die Lager in Arbeitskomitees und dann in Zellen organisiert. Die Komitees spezialisieren sich je nach den Notwendigkeiten des Lagers. Sie sind aus materiellen Gründen noch ziemlich unentwickelt. Im Alltag werden in den Lagern die Kampagne des traditionellen saharauischen Handwerks durchgeführt, die Kampagne des nationalen Aufbaus, die darin besteht, Schlammziegel zu erzeugen, mit welchen verschiedene Gebäude gebaut werden. Dafür werden nationale Mobilisationen in Gang gebracht werden. Weiters gibt es Komitees, die sich mit dem Gesundheitswesen, mit dem Erziehungswesen, mit der politischen Bildung, mit der Verwaltung, mit dem Transportwesen, Komitees, deren Aufgabe es ist, das Holz (zum Kochen) zu sammeln etc... Dies sind die verschiedenen Arten von Komitees die es gibt. Diese Komitees werden in Hinblick auf den Aufbau unseres zukünftigen Staates errichtet. In den Flüchtlingslagern wird die Struktur des Staates vorbereitet, den wir gründen werden, wenn wir die nationale Unabhängigkeit erlangt haben. Wenn unser Volk in seine Häuser zurückkehren wird können und wenn wir in der Lage sein werden zu sagen: So eine Nation, so einen Staat wollen wir aufbauen. Aber bis jetzt sind dies nur Vorsorgen in Hinblick auf unseren zukünftigen Staat.

Nach der Verfassung wollen wir einen Staat mit sozialistischer Zielrichtung gründen.

*Frage: Wie sieht die Front Polisario die Aufgabe der Solidarität und die Hilfe, die wir in Österreich leisten können?*

*M.S.:* Wie ihr wißt, lebt unser Volk zum jetzigen Zeitpunkt aus der internationalen Hilfe, der Hilfe, die es von den befreundeten Völkern, der Hilfe der Assoziationen und Komitees, die in den europäischen Ländern gegründet werden, aus Spenden und Solidaritätskampagnen mit dem saharauischen Volk, aus der Hilfe der internationalen humanitären Organisationen und aus der konkreten Hilfe einiger befreundeter und Bruderstaaten. Ich glaube, daß man die konkrete Hilfe, die ihr dem saharauischen Volk geben könnt, folgendermaßen zusammenfassen kann: Hilfe im politischen, moralischen Bereich, im Bereich der Information und der Verbreitung der Information über den Kampf des saharauischen Volkes, humanitäre Hilfe wie man sie durch Medikamente leisten kann, Nahrungsmittel, Kleidung und natürlich auch mit Geld.

Dies sind die Formen der konkreten Hilfe, das ist die Hilfe, die unser Volk braucht.





*Mahfoud Laroussi, Interimsgeneralsekretär der F. POLISARIO nach dem Tod von El Ouali*



*v.l.n.r.: Bachir Mustafa Seyid, Bruder von El Ouali; Ould Kaid Ahmed, Kommandeur; Mahfoud Laroussi; neuer Generalsekrtär Mohamed Abdel Aziz*





*Guerillaeinheit beim Munitionieren aus Beutebeständen*

*Sahrauis beim Knacken eines marokkanischen Panzers*





























# Anmeldung des KB Österreichs nach dem Parteiengesetz

## Vorbemerkung

*Der Kommunistische Bund Österreichs fordert in seinem Programm die Aufhebung aller gesetzlichen Beschränkungen der Vereins-, Gewerkschafts-, Versammlungs-, Demonstrations-, Rede- und Pressefreiheit; insbesondere die Aufhebung des Vereins-, Versammlungs- und Pressegesetzes.*

*Die Beschränkungen dieser demokratischen Rechte sind für die österreichische Arbeiterklasse und das Volk ohne Zahl. Der Katalog dieser Beschränkungen ist eine unübersehbare Demonstration der Tatsache, daß in der herrschenden Gesellschaftsordnung die Arbeiterklasse und das Volk weitestgehend entrechtet sind und so weit ihnen überhaupt Rechte auf dem Papier zugestanden werden, die Bourgeoisie ihnen auf der Grundlage der Ausbeuterordnung und ihrer Besitzlosigkeit die praktische Möglichkeit der Wahrnehmung selbst dieser verstümmelten Rechte mit allen Mitteln streitig macht. All diese Beschränkungen sind darauf gerichtet, die Entfaltung des Klassenkampfs des Proletariats und die Organisierung und Aufstellung der Kräfte für die proletarische Revolution zu behindern, so wie umgekehrt der Kampf um Demokratie darauf abzielt, an die proletarische Revolution heranzukommen und freien Raum für die Entfaltung des Klassenkampfs zu schaffen mit dem Ziel des Sturzes der bürgerlichen Diktatur und der Errichtung der Diktatur des Proletariats zum Zweck der sozialen Befreiung der Arbeiterklasse.*

*Das noch aus der Monarchie stammende Vereinsgesetz versucht die politische Organisierung der Arbeiterklasse in besonders enge Fesseln zu schlagen und der ständigen polizeilichen Bespitzelung und Gängelung zu unterwerfen. Bis jetzt mußten sich alle politischen Parteien und Organisationen in Österreich mit Ausnahme der staatsgründenden Parteien SPÖ, ÖVP und KPÖ diesem Gesetz unterwerfen. Auch der KB Österreichs ist nach diesem Gesetz als Verein angemeldet. Vor einem Jahr hat nun das Parlament das Parteiengesetz beschlossen, vor allem zu dem Zweck, den bürgerlichen Parteien mehr Bewegungsspielraum zu schaffen und ihnen den offiziellen Zugriff auf die Steuergelder zur Finanzierung ihrer volksfeindlichen Tätigkeit zu ermöglichen. Dementsprechend ist dieses Gesetz in seiner bisherigen Fassung frei von Einschränkungen der Betätigung der so konstituierten Parteien. So wird es nicht bleiben. Schon jetzt werden Novellierungen des Gesetzes debattiert, die seine Ausnützung durch revolutionäre Organisationen der Arbeiterklasse behindern sollen. Trotzdem ist es so, daß dieses Gesetz gegenwärtig weit größeren Spielraum als das Vereinsgesetz bietet.*

*Deshalb hat auch das ZK des KB Österreichs beschlossen, den Kommunistischen Bund nach dem Parteiengesetz anzumelden und anschließend die Auflösung des Vereins nach dem Vereinsgesetz zu vollziehen. Dies ändert nichts daran, daß wir entschiedene Gegner der Mästung der bürgerlichen Parteien aus den dem Volk abgepreßten Steuergeldern sind und selbst von den Finanzierungsklauseln des Gesetzes keinen Gebrauch machen werden, daß wir weiterhin die Aufhebung des Vereinsgesetzes fordern und daß keine gesetzliche Beschränkung verhindern wird können, daß die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse – ob legal oder illegal – aufgebaut werden wird.*

*Im folgenden veröffentlichen wir das Statut, wie es das Parteiengesetz fordert.*

## Statut

### I.

§ 1. Mitglied des Kommunistischen Bundes Österreichs (KB) ist, wer sein Programm und Statut anerkennt, aktiv in einer Einheit der Organisation arbeitet und den Mitgliedsbeitrag zahlt.

§ 2. 1. Zum Zweck der politischen Bewährung, Schulung und Einführung in die Arbeit der Organisation ist der Aufnahme als Mitglied eine Kandidatenzeit vorgeordnet, die für Arbeiter und einfache Werktätige ein halbes Jahr, für Intellektuelle und Angehörige anderer, ihrer sozialen Stellung nach vom Volk abgehobener Schichten in der Regel ein Jahr beträgt. Während der Kandidatenzeit arbeitet der Kandidat in einer Grundeinheit mit. Er hat dieselben Pflichten wie ein Mitglied, hat aber nur beratende Stimme und kann keine Leitungsaufgaben übernehmen.

2. Nach Ablauf der Kandidatenzeit muß die Grundeinheit über die Aufnahme des Kandidaten als Mitglied der Organisation entscheiden. In Fällen, wo eine Aufnahme durch eine Grundeinheit nicht möglich ist, entscheidet die Ortsleitung. Solche Entscheidungen sind durch das nächsthöhere Leitungsorgan zu bestätigen. Die Mitgliedsaufnahme kann auch direkt durch das Zentralkomitee (ZK) erfolgen. Das ZK und die Ortsleitungen können in begründeten Ausnahmefällen auch eine Verkürzung der Kandidatenzeit bis auf die Mindestdauer von einem halben Jahr vornehmen.

§ 3. Das höchste Organ des KB ist die Nationale Delegiertenkonferenz. Sie wird einmal jährlich vom ZK einberufen. Die Nationale Delegiertenkonferenz beschließt über Programm und Statut, bestimmt die politische Linie des KB, nimmt den Rechenschaftsbericht des ZK entgegen, wählt das ZK und die Zentrale Kontrollkommission (ZKK) und legt Richtlinien über die Höhe und Aufteilung der Mitgliedsbeiträge fest.

§ 4. Durch Beschluß des ZK, oder wenn dies von Ortsgruppen und ZK-unmittelbaren Einheiten, die auf der letzten Delegiertenkonferenz zusammen ein Drittel der Stimmen hatten, verlangt wird, muß eine außerordentliche Delegiertenkonferenz durchgeführt werden.

§ 5. Das ZK leitet zwischen den Nationalen Delegiertenkonferenzen die gesamte Tätigkeit der Organisation. Es ist an die Beschlüsse der Nationalen Delegiertenkonferenz gebunden und ihr gegenüber verantwortlich, verwaltet die zentrale Kasse, gibt ein Zentralorgan und ein theoretisches Organ heraus. Das ZK besteht aus 13 Mitgliedern und 3 Kandidaten zum ZK. Die Kandidaten zum ZK haben nur beratende Stimme. Das ZK wählt aus seiner Mitte einen 5-köpfigen Ständigen Ausschuß, der zwischen den ZK-Sitzungen dessen Aufgaben wahrnimmt. Ferner wählt das ZK einen Sekretär. Wenn ein Mitglied des ZK auf Dauer an der Erfüllung seiner Pflichten verhindert ist, kann das ZK aus der Reihe der Kandidaten ein Ersatzmitglied wählen.



§ 6. Das ZK ist verpflichtet, wenigstens 6 Wochen vor jeder ordentlichen Nationalen Delegiertenkonferenz den schriftlichen Rechenschaftsbericht der Organisation vorzulegen.

§ 7. 1. Die Zentrale Kontrollkommission überprüft im Namen der Nationalen Delegiertenkonferenz das gesamte Rechnungswesen des KB. Alle Organe des KB sind verpflichtet, der ZKK Auskunft und Einsicht in ihr Rechnungswesen zu geben. Die ZKK nimmt Stellung zu den Finanzberichten an die Nationale Delegiertenkonferenz, an das ZK und an die örtlichen Mitgliederversammlungen bzw. Delegiertenkonferenzen und empfiehlt Annahme oder Ablehnung dieser Berichte.

2. Die ZKK besteht aus 3 Mitgliedern des KB, die weder dem ZK noch einer Ortsleitung angehören dürfen.

§ 8. 1. Auf Beschluß des ZK werden Ortsgruppen gebildet. Die Mitgliederversammlung bzw. die Delegiertenkonferenz der Ortsgruppe wählt die Ortsleitung sowie die Delegierten zur Nationalen Delegiertenkonferenz.

2. Delegierte zur Nationalen Delegiertenkonferenz werden auch von den ZK-unmittelbaren Einheiten gewählt. ZK-unmittelbare Einheiten werden auf Beschluß des ZK eingerichtet. Die Aufnahme von Kandidaten und Mitgliedern in solche Einheiten erfolgt durch das ZK. Ansonsten sind die ZK-unmittelbaren Einheiten mit den Grundeinheiten der Organisation in ihren Rechten und Pflichten gleichgestellt.

§ 9. 1. Alle Ortsleitungen der Organisation werden jährlich gewählt und wählen aus ihrer Mitte einen verantwortlichen Sekretär. Jede Ortsleitung und jeder Sekretär bedarf der Bestätigung durch das ZK.

2. Das ZK kann den Sekretär einer Ortsleitung jederzeit abberufen und eine Neuwahl anordnen. Das ZK kann Orts- und Zellenleitungen vollständig oder einzelne Mitglieder davon jederzeit abberufen und eine Neuwahl anordnen.

§ 10. Die Grundeinheiten der Organisation sind die Zellen, die auf Beschluß der Ortsleitung bzw. des ZK gebildet werden. Jede Zelle wählt sich jährlich eine Zellenleitung. Die Zellenleitung bedarf der Bestätigung durch die Ortsleitung.

§ 11. Alle Grundeinheiten und Leitungsorgane sind rechenschaftspflichtig und müssen regelmäßig über ihre Tätigkeit schriftliche Berichte abfertigen.

§ 12. Jedes Mitglied ist verpflichtet, sich den Beschlüssen der Organisation unterzuordnen. die Minderheit ist verpflichtet, sich den Beschlüssen der Mehrheit unterzuordnen. Die unteren Leitungsorgane sind verpflichtet, sich den Beschlüssen der oberen Leitungsorgane unterzuordnen. Die Beschlüsse auf allen Ebenen der Organisation werden mit einfacher Mehrheit gefaßt.

§ 13. Ein Mitglied kann ausgeschlossen werden, wenn es die Bestimmungen des Statuts verletzt. Ein Mitglied, das im revolutionären Willen nachläßt und trotz nachhaltiger Erziehungsarbeit wenig oder keine Änderung zum Besseren zeigt, kann in den Kandidatenstand rückversetzt oder aus der Mitgliederliste gestrichen werden.

2. Über diese Maßnahmen entscheidet die Einheit der Organisation, in der das betreffende Mitglied mitarbeitet oder die Ortsleitung. Sie sind durch das nächsthöhere Leitungsorgan zu bestätigen. Das ZK kann diese Maßnahmen auch direkt verfügen.

3. Der von einer solchen Maßnahme Betroffene hat das Recht, sich mit einem Revisionsantrag bis an die Nationale Delegiertenkonferenz zu wenden.

## II.

§ 14. Organe des Kommunistischen Bundes Österreichs sind:

1. Organe der Zentrale:
   a. Die Nationale Delegiertenkonferenz (§ 3)
   b. Das Zentralkomitee (§ 5)
   c. Der Ständige Ausschuß des Zentralkomitees (§ 5)
   d. Der Sekretär des Zentralkomitees (§ 5)
   e. Die ZK-unmittelbaren Einheiten (§ 10)
   f. Die Leitungen der ZK-unmittelbaren Einheiten (§ 10)
   Die Zentrale Kontrollkommission (§ 7).
2. Organe der Ortsgruppen:
   a. Die Mitgliederversammlung bzw. Delegiertenkonferenz der Ortsgruppe (§ 8)
   b. Die Ortsleitung (§ 9)
   c. Der Sekretär der Ortsleitung (§ 9)
   d. Die Grundeinheiten der Ortsgruppe (§ 10)
   e. Die Leitungen der Grundeinheiten der Ortsgruppe (§ 10)
3. Die Ortsgruppen selbst sind Organe der Gesamtorganisation (§ 8). Sie können auch die Bezeichnung „Ortsaufbaugruppe" tragen.

§ 15. 1. Der Sekretär des Zentralkomitees vertritt den Kommunistischen Bund Österreichs in allen Angelegenheiten nach außen.

2. Der Sekretär des Zentralkomitees hat alle für die Organisation bindenden Ausfertigungen und Bekanntmachungen zu unterfertigen.

3. Der Sekretär des Zentralkomitees kann mit seiner Vertretung jederzeit ein anderes Mitglied des Kommunistischen Bundes Österreichs betrauen. Eine entsprechende Vollmacht bedarf der Schriftform.

§ 16. 1. Der Sekretär der Ortsleitung vertritt die Ortsgruppe in allen Angelegenheiten nach außen.

2. Der Sekretär der Ortsleitung hat alle für die Ortsgruppe bindenden Ausfertigungen und Bekanntmachungen zu unterfertigen.

3. Der Sekretär der Ortsleitung kann mit seiner Vertretung jederzeit ein Mitglied der Ortsgruppe betrauen. Eine entsprechende Vollmacht bedarf der Schriftform.

§ 17. 1. Die Mitglieder des Kommunistischen Bundes Österreichs haben das Recht, im Rahmen der Bestimmungen dieses Statuts an der gesamten Tätigkeit der Organisation teilzunehmen. Sie haben das Recht, gemäß den Bestimmungen dieses Statuts, die Organe des Kommunistischen Bundes Österreichs zu wählen und in diese gewählt zu werden.

2. Die Mitglieder des Kommunistischen Bundes Österreichs haben die Pflicht, regelmäßig in einer Einheit der Zentrale oder einer Ortsgruppe mitzuarbeiten. Sie sind verpflichtet, die Bestimmungen von Programm und Statut einzuhalten und den Mitgliedsbeitrag zu bezahlen. Die Mitglieder sind verpflichtet, sich den Beschlüssen der Organisation unterzuordnen.

§ 18. 1. Die Kandidaten des Kommunistischen Bundes Österreichs haben das Recht, im Rahmen der Bestimmungen dieses Statuts an der gesamten Tätigkeit der Organisation teilzunehmen. Sie haben nur beratende Stimme und können keine Leitungsaufgaben übernehmen.

2. Die Kandidaten des Kommunistischen Bundes Österreichs haben dieselben Pflichten wie seine Mitglieder.

## III.

§ 19. 1. Der Kommunistische Bund Österreichs wird sich aller Mittel in Schrift, Bild und Ton bedienen, die der ideologischen und politischen Aufklärung und Erziehung der Arbeiterklasse und des Volkes dienlich sind. Der Kommunistische Bund Österreichs strebt in Übereinstimmung mit den Lehren und Erfahrungen der marxistisch-leninistischen Bewegung die



Beteiligung an Wahlen auf Bundes-, Landes-, Gemeinde- und Bezirksebene an, so weit dies den programmatischen Zielen und den taktischen Festlegungen der Organisation in der gegebenen Lage entspricht.

2. Die Entscheidung über die Beteiligung an Wahlen trifft jeweils das Zentralkomitee.

**Bücher, Broschüren und Zeitschriften zum Studium des wissenschaftlichen Sozialismus, der Arbeiterbewegung und des Kampfes der unterdrückten Völker**

* Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin, Mao Tsetung, Hua Guo-feng und Enver Hoxha .....
* Zum theoretischen Kampf gegen den Modernen Revisionismus
* Aufbau des Sozialismus in der Volksrepublik China und der Volksrepublik Albanien
* Schriften zum Kampf der Völker gegen den Imperialismus
* Klassenkampf in Österreich – Dokumente des Kommunistischen Bundes Österreichs
* Romane, Erzählungen, Lieder


Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Klassenkampf
Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Klassenkampf - Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs. Herausgeber: Zentralkomitee des Kommunistischen Bundes Österreichs.
Der Klassenkampf erscheint 14-tägig.

Einzelpreis: 5,- Schilling
Jahresabonnement: 150,- Schilling
Halbjahresabonnement: 75,- Schilling

Ausland: Jahresabonnement: 224,- Schilling
Halbjahresabonnement: 112,- Schilling

Bezahlung nach Erhalt der ersten Nummer.
*Zu bestellen bei: Kommunistischer Bund Österreichs, Zentraler Vertrieb, Halbgasse 12, 1070 Wien*

# Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

zu bestellen bei: Kommunistischer Bund Österreichs, Zentraler Vertrieb, Halbgasse 12, 1070 W

Inhalt Heft 1/76: * Kommunistischer Bund Österreichs gegründet, Gründungserklärung * Die politische Lage in der Welt und in Österreich * Die Kommunistische Partei auf der richtigen Linie aufbauen!* Zum Kampf gegen das Hegemoniestreben und die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte und für die Unabhängigkeit Österreichs * Beschluß des ZK zum Zentralorgan * Spendenaufruf

Inhalt Heft 2/76: * Zur Auseinandersetzung mit der „Roten Fahne" der MLPÖ über das Programm des Kommunistischen Bundes Österreichs * Programmkritik der „Roten Fahne"* Stellungnahme zur Programmkritik* Einige Lehren aus den Auseinandersetzungen mit der Liquidatorenfraktion in der Wiener Ortsgruppe des KB * Die Linie der VRA in der Minderheitenfeststellung - rechte Abweichungen vom Marxismus-Leninismus

Inhalt Heft 3/76: * Stellungnahme zur Programmkritik der „Roten Fahne" (II. Teil) * Die palästinensische und arabische Revolution und die Aufgaben der österreichischen Kommunisten * Der antifaschistische Partisanenkampf im Oberösterreich und die Fälschungen der Revisionisten am Buch des Genossen Pliseis * Der Kampf um die „Arena" war ein Schritt vorwärts

Inhalt Heft 1/77: * Die Wirtschafts- und Finanzkrise und die sich zuspitzenden Widersprüche der kapitalistisch-revisionistischen Welt * Stellungnahme zur Programmkritik der „Roten Fahne" (III. Teil)* Südafrika: Es lebe die Bewegung des 16. Juni!* Südafrika: Über die Einheitsfront * Vom Generalstreik der österreichischen Arbeiter im Jänner 1918 bis zur Gründung der Kommunistischen Partei

Inhalt Heft 2/77: * Der Status der sogenannten Republik Südafrika * Die revolutionäre Bewegung von heute und der Trotzkismus * Vorbereitung und Charakter des II. Weltkrieges - Einschätzung und Kampf der Kommunistischen Internationale

Inhalt Heft 3/77: * Die Slowenen in Kärnten * Die armen Bauern und Arbeiterbauern für das Bündnis mit der Arbeiterklasse gewinnen!* Politisches Kommunique des 13. Palästinensischen Nationalrates

Inhalt Heft 4/77: * Ein großes Ereignis für die internationale marxistisch-leninistische Bewegung: Band V der Ausgewählten Werke des Vorsitzenden Mao Tsetung erschienen * (Beschluß des ZK der KP Chinas über das Studium von Band V der „Ausgewählten Werke", Vorbemerkung zu Band V der „Ausgewählten Werke" * Einführung zu Band V der „Ausgewählten Werke" * Die Geschichte der Erkenntnis und Nutzung der Energiequellen durch den Menschen * „Kein Kongolese kann je vergessen, daß sein Land in einem täglichen Kampf erobert werden mußte" (Patrice Lumumba) (Zur Geschichte des Kongo-Konfliktes, mit einem Anhang zur österreichischen Beteiligung)

Preis: 25.-